



## Zu Transparency Deutschland

Transparency International Deutschland e. V. arbeitet deutschlandweit an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung und Eindämmung der Korruption. Dazu müssen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Koalitionen bilden. In Arbeits- und Regionalgruppen werden die Ziele an entscheidende Stellen transportiert, Lösungen erarbeitet und gesellschaftliche wie politische Entwicklungen kritisch begleitet.

<b>Vorwort</b>			<b>2</b>
<hr/>			
<b>01 Das Jahr im Überblick</b>			<b>4</b>
<hr/>			
<b>02 Arbeitsgruppen und Projekte</b>			<b>18</b>
<hr/>			
- Politik	- Hinweisgeber	- Staatliche Entwicklungszusammenarbeit	
- Bundes- und Landesverwaltung	- Strafrecht	- Wissenschaft	
- Informationsfreiheit	- Gesundheitswesen	- Politische Bildung	
- Vergabe	- Transparenz in den Medien	- Wissenschaftlicher Arbeitskreis	
- Integritätspakt	- Sport		
- Wirtschaft	- Transparenz in der Zivilgesellschaft		
- Internationale Vereinbarungen	- Kirchliche		
- Kommunen	Entwicklungszusammenarbeit		
- Finanzmarkt			
<hr/>			
<b>03 Aus den Regionalgruppen</b>			<b>38</b>
<hr/>			
- Baden-Württemberg	- Metropolregion Nürnberg	- Sachsen	
- Berlin/Brandenburg	- München	- Thüringen/Sachsen-Anhalt	
- Bremen	- Niedersachsen		
- Frankfurt/Rhein-Main	- Ruhrgebiet-Westfalen		
- Hamburg/Schleswig-Holstein			
<hr/>			
<b>04 Bericht des Beirats</b>			<b>48</b>
<hr/>			
<b>05 Medien- und Öffentlichkeitsarbeit</b>			<b>50</b>
<hr/>			
<b>06 Finanzen und Mitglieder</b>			<b>54</b>
<hr/>			
- Erträge	- Bilanz	- Einnahmen über 1.000 Euro	
- Aufwand	- Mitglieder und Förderer	- Korporative Mitglieder	
- Rücklagen	- Mitgliederentwicklung im		
- Ergebnis	Jahresvergleich		
- Gewinn- und Verlustrechnung			
<hr/>			
<b>07 Organisation</b>			<b>64</b>
<hr/>			
- Vorstand	- Arbeitsgruppenleiter/-innen	- Sitzungen	
- Beirat	- Regionalgruppenleiter/-innen	- Geschäftsstelle	
- Ethikbeauftragter	- Gremienvertretungen	- Bibliothek	
<hr/>			
<b>Impressum</b>			<b>69</b>
<hr/>			

# VORWORT

Auch im Jahr 2014 wurde die Korruptionsprävention ein gutes Stück voran gebracht. Hilfreich war wieder der Druck von außen. Stichworte sind die Verschärfung der EU-Anti-Geldwäscherichtlinie, die Novellierung des EU-Vergaberechts, die EU-Richtlinien zur Rohstofftransparenz sowie zur Offenlegung der Unternehmensverantwortung. Die Umsetzung in deutsches Recht ist im Gange und erfordert unsere Wachsamkeit. Nur ein Beispiel: Die Bundesregierung hat ein Eckpunktepapier zur Reform des deutschen Vergaberechts verabschiedet. Für das von uns seit langem geforderte bundesweite Korruptionsregister enthält es lediglich einen Prüfauftrag. Hier müssen wir noch Überzeugungsarbeit leisten.

Die Bundesregierung arbeitet zügig den Koalitionsvertrag ab. Im Januar 2014 wurde das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption verabschiedet. Ein Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Bestechung im Gesundheitswesen ging in die Ressortabstimmung. Anfang 2015 hat die Bundesregierung auch den Entwurf eines Karenzgesetzes für den Wechsel von Ministern und Parlamentarischen Staatssekretären in private Unternehmungen ins Gesetzgebungsverfahren gebracht. Er sieht lediglich eine zwölfmonatige, in besonderen Fällen eine 18-monatige, Karenzzeit vor. Hier werden die Parlamentarier nachbessern müssen. Hilfreich könnte das »bessere Beispiel« aus Hamburg sein. Eine fraktionsübergreifende Initiative will hier eine zweijährige Karenzzeit einführen.

Die Europäische Union ist mitunter besser als ihr Ruf. Dies gilt auch für den deutschen Föderalismus. Unsere Forderung nach mehr Transparenz bei der Finanzierung von Forschung und Lehre durch die gewerbliche Wirtschaft soll nun in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden. Die Novelle

des dortigen Informationsfreiheitsgesetzes sieht die Einbeziehung des Wissenschaftssektors vor. Es zeigt sich erneut, dass die Arbeitsweise von Transparency Deutschland angesichts der verschiedenen politischen Arenen sehr hilfreich ist, um den politischen Wettbewerb zu mobilisieren.

Wir werden in Zukunft nicht arbeitslos werden, auch wenn unsere »alten Forderungen« allmählich erfüllt werden. Die wirtschaftliche, technische und politische Entwicklung stellt uns ständig vor neue Aufgaben. Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten haben gezeigt, dass Korruptionsprävention eine komplexe Angelegenheit ist. Wir nehmen daher auch strukturelle Bedingungen in den Blick, um die Ursachen für Korruption und unehrenhaftes Finanzgebaren zu bekämpfen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich heute im Bereich des Welthandels. Er ist durch einen unerbittlichen Wettbewerb gekennzeichnet, bei dem soziale und ökologische Werte nicht selten unter die Räder kommen.

Eine Projektgruppe von Transparency begleitet seit einigen Monaten die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA. Befürchtet wird, dass die hochgradige Intransparenz der Verhandlungen sowie der ungleichgewichtige Einfluss von Lobbyisten, die an möglichst weitgehender Deregulierung interessiert sind, Regelungen im künftigen Abkommen befördert könnten, die den Boden für Korruption bereiten und den Missbrauch wirtschaftlicher Macht zum Nachteil von Gemeinwohlzielen begünstigen.

Einige Mitstreiter von Transparency sind der Meinung, dass die Beschäftigung mit den Einzelheiten von TTIP nicht zum Mandat von Transparency

## Was ist Korruption?

Transparency Deutschland definiert Korruption als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.

gehört. Im Vorstand wurde daher beschlossen, das vom TTIP-Team ausgearbeitete Papier in der Mitgliedschaft zur Diskussion zu stellen. Ich begrüße diese Entscheidung als einen Beitrag zu neuen Formen der Beteiligung an der vereinsinternen Meinungsbildung sehr und bin gespannt auf die Erfahrungen, die wir machen werden.

Dies ist eher ein Werkstattbericht als der übliche Rückblick und Dank für Geleistetes. Herzlichen

Dank Allen, die mitgearbeitet haben oder in vielfältiger Weise geholfen haben, die Wirksamkeit und das Ansehen von Transparency Deutschland zu mehren.

Prof. Dr. Edda Müller  
Vorsitzende

BILD:  
DOMINIK BUTZMANN



# 01

# DAS JAHR IM ÜBERBLICK

BILDER:  
BERND SCHÄLTE/LANDTAG NRW  
LOTHAR HERMES  
TRANSPARENCY INTERNATIONAL  
MOE/Flickr.COM  
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

## JAN

**13**  
**Konstituierung der Ausschüsse im Deutschen Bundestag**  
Anlässlich der Konstituierung der Bundestagsausschüsse der 18. Legislaturperiode erneuert Transparency Deutschland seine Erwartungen an die Große Koalition und erinnert an Versprechen im Koalitionsvertrag. Dazu gehören die Neuregelung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung und die Schaffung von Straftatbeständen gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen. Transparency fordert darüber hinaus Regelungen gegen Drehtüreffekte zwischen Politik und Wirtschaft, die Einführung eines Lobby-

checks und -registers und eine bessere Regulierung der Parteienfinanzierung.

**14**  
**PHOENIX-Runde zum Thema Karenzzeiten**  
Die Vorsitzende Edda Müller ist zum Thema »Pofalla, Schröder & Co. – Jobbörse Politik« zu Gast und diskutiert mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz Kurt Beck, der New York Times-Korrespondentin Alison Smale und dem stellvertretenden Chefredakteur der Bild am Sonntag Michael Backhaus angesichts des angekündigten Wechsels des früheren Kanzleramtsministers Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn über Karenzzeiten. Transparency fordert eine Karenzzeit von drei Jahren.

**29**  
**Global Go To Think Tank Rating: Transparency International unter den führenden Think Tanks weltweit**  
Im globalen Think Tank Rating des Think Tanks and Civil Societies Program (TTCSP) belegt Transparency International einen Führungsrang. Im weltweiten Vergleich findet sich Transparency International auf dem zwölften Platz wieder und ist damit unter den fünf erfolgreichsten Think Tanks außerhalb der USA. Indikatoren der Bewertung sind unter anderem Ressourcen, Reputation, Output und Einfluss einer Organisation.

> AHMEDOU OULD-ABDALLAH, EHEMALIGER AUSSENMINISTER MAURETANIENS UND MARK PYMAN, TI UK DEFENCE & SECURITY PROGRAMME, BEI DER BREAKOUT SESSION »THE POST-CONFLICT CONUNDRUM« AUF DER MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ



## FEB

**1**  
**Vorstellung einer Studie zu Korruption als Friedensbedrohung bei 50. Münchner Sicherheitskonferenz**  
Auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz stellt Transparency Deutschland eine Studie vor, die



zeigt, wie Korruption Stabilität erschwert und Frieden weltweit unterminiert. Sie identifiziert Korruption als eine Hauptbedrohung für Stabilität und Frieden und stellt fest, dass Korruption ein blinder Fleck in der internationalen Sicherheitspolitik ist. Die Studie »Corruption as a Threat to Stability and Peace« ist Teil des von der Robert Bosch Stiftung geförderten einjährigen Projektes zum Thema »Korruption als Friedensbedrohung«.

3

### EU-Kommission veröffentlicht ersten EU-Antikorruptionsbericht

Die EU-Kommission veröffentlicht ihren ersten EU-Antikorruptionsbericht und mahnt Reformen in allen Mitgliedstaaten an. Der Bericht unterzieht die 28 Mitgliedstaaten einem Integritätscheck und soll den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten um mehr Integrität fördern. Deutschland muss Gesetzeslücken bei Bestechung im geschäftlichen Verkehr und der Abgeordnetenbestechung schließen. Laut EU-Kommission gehört Deutschland trotzdem zu den Ländern, die Korruption am erfolgreichsten bekämpfen.

19

### Bündnis »NRW blickt durch« übergibt Entwurf für ein Transparenzgesetz

Das Bündnis »NRW blickt durch« bestehend aus Transparency Deutschland, dem Bund der Steuerzahler, Mehr Demokratie, dem Chaos Computer Club (CCC), der Digitalen Gesellschaft und dem Whistleblower-Netzwerk übergibt einen Entwurf für ein Transparenzgesetz an die nordrhein-westfälische Landtagspräsidentin Carina Goedecke. Die Initiative hat sich im April 2013 gegründet und fordert ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild für Nordrhein-Westfalen.

## MRZ

7-9

### Führungskreistreffen in Erfurt

Das jährliche Strategietreffen des Führungskreises von Transparency Deutschland findet im Augustinerkloster zu Erfurt statt. Der Führungskreis zählt aktuell über fünfzig Mitglieder: Vorstandsmitglieder, die Leiter der Arbeits- und Regionalgruppen sowie Einzelzuständige. Im Fokus stehen die Themen »Whistleblowing« und »Schattenfinanzzentren« und die Diskussion über das Selbstverständnis des Vereins.

> BÜNDNIS »NRW BLICKT DURCH« ÜBERGIBT DEN ENTWURF FÜR EIN TRANSPARENZGESETZ





> FÜHRUNGSKREISTREFFEN IN ERFURT

14

#### Urteil gegen Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung

Das Landgericht München verurteilt den ehemaligen FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung zu dreieinhalb Jahren Haft. Sylvia Schenk, Leiterin der Arbeitsgruppe Sport von Transparency Deutschland, fordert nach dem Urteil gegen Uli Hoeneß die Bundesligaklubs auf, sich Compliance-Regeln zu geben, die den Geschäftsumgang der Klubs auf eine neue Grundlage stellen.

15

#### Werkstattgespräch mit der Bundesärztekammer

Die Arbeitsgruppen Gesundheit und Informationsfreiheit veranstalten mit der Bundesärztekammer einen Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Bundesärztekammer (BÄK) und der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft (AKdÄ) zu Anwendungsbeobachtungen. Hintergrund sind die drei Auskunftsverfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die die beiden Arbeitsgruppen verfolgen, um das Korruptionpotential von Anwendungsbeobachtungen zu untersuchen.

21

#### Transparency Deutschland weist auf die Verletzung von Verhaltensregeln hin

Transparency Deutschland fordert angesichts der ausstehenden Veröffentlichung der Nebeneinkünfte von Parlamentariern Aufklärung. Laut der Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete sind innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erwerb der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag Angaben zu den Nebeneinkünften einzureichen. Erstmals müssen Abgeordnete nach zehn statt wie bisher drei Einkommensstufen veröffent-

lichen. Noch am selben Tag werden auf der Webseite unter den Einzelbiographien der Parlamentarier die »Entgeltlichen Tätigkeiten neben dem Mandat« veröffentlicht.

## APR

4

#### Stellungnahme zum Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten

Transparency Deutschland reicht für den Innen- und Rechtsausschuss im Landtag Schleswig-Holstein eine schriftliche Stellungnahme zum Thema externes Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten ein. Die Sicherstellung der Weisungsunabhängigkeit von der Exekutive ist eine der zentralen Forderungen von Transparency Deutschland. Die Anträge der Fraktionen der PIRATEN und der CDU werden begrüßt, um dadurch erneut in die Diskussion über das externe Weisungsrecht und die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz einzutreten.

9

#### Beiratssitzung

Der Beirat kommt zu seinem jährlichen Treffen in Berlin zusammen. Themen sind die Energiewende in ostdeutschen Kommunen und die Verleihung des Whistleblowerpreises an Edward Snowden. Darüber hinaus berichtet Edda Müller von der Münchner Sicherheitskonferenz und stellt die Studie »Corruption as a threat to Stability and Peace« vor. Der Beirat von Transparency Deutschland hat derzeit 14 Mitglieder und soll den Dritten Sektor repräsentieren.

24

#### EU-Institutionen setzen Antikorruptionsregeln nicht konsequent um

In einer Pressekonferenz stellt Transparency Deutschland die vom EU-Büro von Transparency International erstmalig erstellte Studie »The European Union Integrity System« zur Integrität der EU-Institutionen vor. Die Studie analysiert zehn EU-Institutionen im Hinblick auf Unabhängigkeit, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Integrität und Ressourcen. Nach der Studie bilden die Regeln der Europäischen Union eine gute Basis für Integrität und können Korruption vorbeugen. Auch wenn die EU-Institutionen die Antikorruptionsregeln nicht konsequent umsetzen, sind diese in manchen Bereichen besser als in Deutschland.



# MAI

5

## Vortrag von Gisela Rüb zum »Zusammenspiel von Compliance und Integrity« in Magdeburg

Vorstandsmitglied Gisela Rüb hält beim Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (DIIR) in Magdeburg zur Vorbereitung des 8. DIIR-Kongress einen Grundsatzvortrag über das »Zusammenspiel von Compliance und Integrity? - Essentials der Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung in Theorie und Praxis«. Als Leiterin der Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung stellt sie die Essentials der Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung auf dem Papier und in der Wirklichkeit vor.

15

## Veranstaltung »Gemeinsam gegen Spielmanipulation«

Im Rahmen des von der Europäischen Kommission finanziell unterstützten Projekts »Staying on Side: How to Stop Match Fixing«, an dem sich Transparency Deutschland beteiligt, findet die Veranstaltung »Gemeinsam gegen Spielmanipulation« in Kooperation mit der Deutschen Fußball Liga (DFL) und der Deutschen Sporthochschule Köln statt. Thematisiert werden Sportwettmanipulation, Korruptionsbekämpfung im Sport und Präventionsmaßnahmen. Darüber hinaus stellt die DFL das Projekt »Gemeinsam gegen Spielmanipulation« vor.

23

## Griechischer Panzerdeal - Mehr Transparenz bei Exportkreditversicherungen

Die Süddeutsche Zeitung berichtet über Zahlungen von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) an eine Firma von ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten in den Jahren 2000 bis 2005 im Zusammenhang mit einer Bestechungsaffäre in Griechenland. Transparency fordert mehr Transparenz bei den staatlich gesicherten Exportkreditversicherungen, die Waffenexporteure vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner schützen sollen.

27

## Ungestraft schmieren? Warum die deutsche Justiz bei Korruptionsfällen hilflos ist

Laut dem WDR hat ein deutsches Tochterunternehmen von Hewlett Packard (HP) bei einem 35 Millionen Euro umfassenden Deal über Computer, Laptops und Software die russische Generalstaatsanwaltschaft bestochen. Das Verfahren sei sechs Jahre nach Ermittlungsbeginn noch

nicht eröffnet worden. Bei Wirtschaftskriminalität großer Unternehmen würden sich Strafverfahren oft über viele Jahre hinziehen. Nach Einschätzung von Jürgen Marten, stellvertretender Vorsitzender von Transparency Deutschland, führe dies oft zu einer geringeren Verurteilung, zu Verfahrenseinstellungen oder zu einer Bewährungsstrafe.

# JUN

13/14

## Mitgliederversammlung und Vorabendveranstaltung zu Lobbyismus an Schulen

Felix Kamella von LobbyControl spricht über die Zustände an deutschen Schulen in seinem Vortrag zum Thema »Meinungsmache statt Bildung? Lobbyismus an Schulen« am Vorabend der diesjährigen Mitgliederversammlung in Köln. Diskussionsfreude beweisen die Transparency-Mitglieder auch am nächsten Tag: In diesem Jahr berichtet nicht nur Edda Müller über Aktivitäten und Entwicklungen, sondern es werden erstmalig Projekte durch die Mitglieder zu Spielmanipulation, Anwendungsbeobachtungen und Lobbyismus in der EU vorgestellt.

18

## Vortrag von Ulrike Löhr zum Thema »Korruptionsprävention in der Praxis«

Ulrike Löhr, zuständig für die korporativen kommunalen Mitglieder bei Transparency Deutschland, hält im Rahmen der Fachtagung Korruptionsprävention an der Fachhochschule für

› VORSTELLUNG DER STUDIE »THE EUROPEAN UNION INTEGRITY SYSTEM« IN BERLIN





> FELIX KAMELLA VON LOBBYCONTROL

Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz einen Vortrag zum Thema »Korruptionsprävention in der Praxis«

## JUL

### 2 **Veranstaltung »Korruption als Friedensbedrohung – Deutschland und Fragile Staaten in Afrika«**

Bei der Podiumsdiskussion diskutieren der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Thomas Silberhorn und die Vorsitzende des Bundestagsunterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln Franziska Brantner über den Zusammenhang zwischen Korruption und Stabilität und Frieden, insbesondere in den Ländern Afrikas. Diskutiert wird auch, welche Instrumente präventiv und in Post-Konflikt-Situationen eingesetzt werden können, um Korruption zu bekämpfen.

### **Transparency begrüßt Deutschlands EITI-Kandidatur**

Transparency Deutschland begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, Deutschlands Kandidatur für die Rohstofftransparenz-Initiative Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) einzuleiten. Mit der Statusänderung von einem Unterstützerland zu einer EITI-Kandidatur wird eine Multistakeholder-Gruppe eingerichtet, in der Transparency Deutschland vertreten ist. Am 26. November 2014 findet ein Transparenz Gipfel der D-EITI ein, der den Auftakt zur Umsetzung markiert.

### 9 **Podiumsdiskussion »Transparente Geheimdienste«?**

Sarah Harrison, Investigations Editor von WikiLeaks und Acting Director der Courage Foundation, Markus Löning, Direktor des Privacy Project der stiftung neue verantwortung und ehemaliger Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung sowie Bernd Schmidbauer, Staatsminister a.D. und ehemaliger Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung, diskutieren Fragen der Transparenzverpflichtung von Geheimdiensten in einer Demokratie und Kontrollpflichten von Gerichten und Parlamenten.

### 9 **FragdenStaat gewinnt Klage gegen Bundesregierung für Informationsfreiheit**

Das von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. betriebene und von Transparency Deutschland unterstützte Portal FragdenStaat gewinnt die negative Feststellungsklage gegen die Abmahnung des Bundesinnenministeriums. Das Ministerium erkennt alle Ansprüche der Klage an und das Landgericht Berlin spricht ein Anerkenntnisurteil. Im Januar 2014 wurde FragdenStaat unter Berufung auf das Urheberrecht abgemahnt: Das Informationsfreiheitsportal sollte eine Stellungnahme über die Prozenzhürde offline nehmen. Dagegen hatte FragdenStaat selbst Klage eingereicht.

### 15 **Beitrag von Christian Lantermann zur aktuellen Entwicklung im Vergaberecht**

Vorstandsmitglied Christian Lantermann stellt in einem Vergabe-Blog die Neuerungen, die die Vergaberichtlinien des Europäischen Parlaments bereithalten und damit verbundene Auswirkungen auf Korruptionsprävention vor. Positiv ist, dass öffentliche Aufträge nicht (mehr) an Wirtschaftsteilnehmer vergeben werden sollen, die in der Vergangenheit wirtschaftskriminell auffällig waren. Dies wird nur mit einem Korruptionsregister auf Bundesebene möglich sein. Auch wird der demnächst verpflichtende Einsatz von E-Vergabe-Systemen einen Beitrag zur Korruptionsprävention leisten. Äußerst kritisch ist allerdings die geplante Gleichrangigkeit zwischen dem offenen und nicht offenen Vergabeverfahren.

### 20 **Führungsgrundsätze für Kleine und Mittlere Unternehmen zur Bekämpfung von Korruption**

Transparency Deutschland veröffentlicht die »Führungsgrundsätze für Kleine und Mittlere Unternehmen zur Bekämpfung von Korruption«. In zahlreichen Ländern, vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern, sind Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) regelmäßig mit Korruption kon-

frontiert. Die »Führungsgrundsätze für Kleine und Mittlere Unternehmen zur Bekämpfung von Korruption« sollen als Leitfaden für Unternehmen dienen und zeigen, wie KMU ein ihrer Größe entsprechendes und auf ihre Ressourcen zugeschnittenes Antikorruptionsprogramm entwickeln können.

**30**  
**Parteienfinanzierung in Deutschland bleibt intransparent**

Deutschland verfehlt erneut die Vorgaben der Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) zu einer transparenteren Parteienfinanzierung. GRECO hatte bereits im Jahr 2009 zehn Empfehlungen zur Transparenz in der Parteienfinanzierung an Deutschland ausgesprochen. Laut dem Zweiten Vorläufigen Umsetzungsbericht vom Oktober 2013 wurden sechs der zehn Empfehlungen nur teilweise und eine Empfehlung gar nicht umgesetzt. Nicht umgesetzt ist eine unabhängige, externe Prüfung der Rechenschaftsberichte der Parteien.



> PODIUMSDISKUSSION »TRANSPARENTE GEHEIMDIENSTE?«, VON LINKS: MARKUS LÖNING, SARAH HARRISON, BERND SCHMIDBAUER UND DER DAMALIGE TRANSPARENCY-GESCHÄFTSFÜHRER CHRISTIAN HUMBORG

# AUG

**1**  
**Scheinwerfer zum Thema Medien erscheint**

Die 64. Ausgabe des Scheinwerfer widmet sich dem Themenschwerpunkt »Medien«. Die freie Presse ist als »watchdog« der Gesellschaft ein unverzichtbares Merkmal der Demokratie und ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Korruption und Intransparenz. Wie immer hält die Ausgabe darüber hinaus vereinsinterne Nachrichten, zahlreiche Berichte und aktuelle Buchrezensionen bereit.

**8**  
**Transparency twittert zum 3.000 Mal**

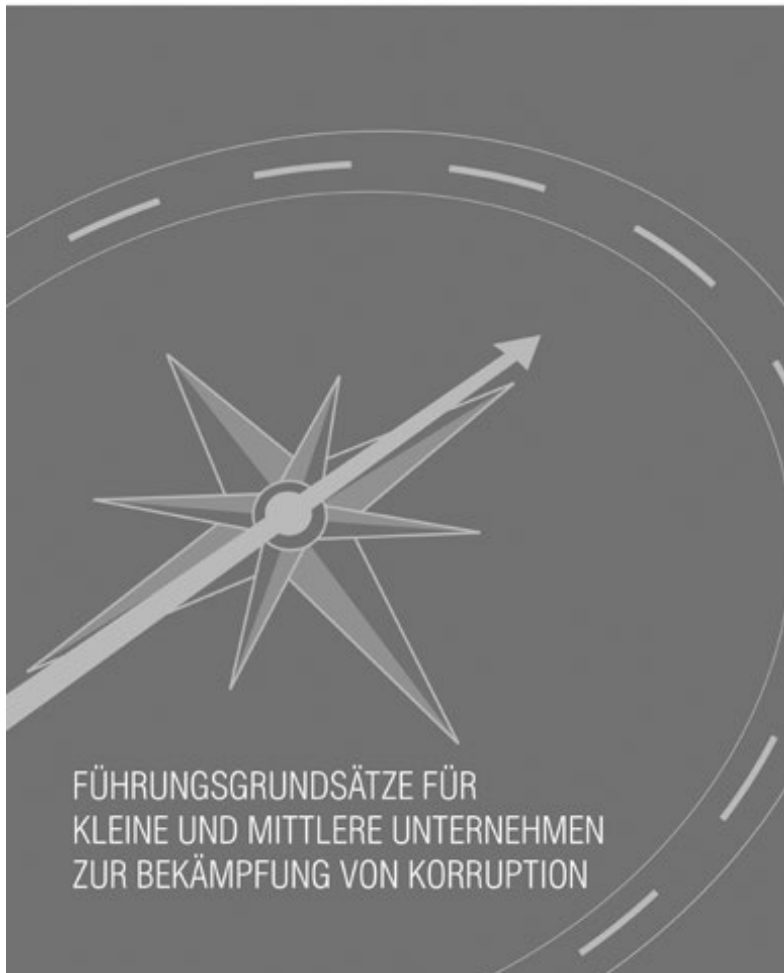
Der 3.000ste Tweet ist eine Schlagzeile über die Zuweisung von 55.000 Euro aus Geldauflagen durch die Koblenzer Staatsanwaltschaft an einen Karnevalsverein, dessen Präsident bei der Staatsanwaltschaft arbeitet. Zum Jahresende 2014 folgen 7.037 Personen Transparency Deutschland bei Twitter. Folgen Sie uns doch auch unter @transparency\_de!

**8**  
**Millionendeal: Verfahren gegen Bernie Ecclestone eingestellt**

Transparency kritisiert die Einstellung des Verfahrens im Bestechungsprozess gegen Formel-1-Chef Bernie Ecclestone. Bei Korruptionsdelikten erheblichen Ausmaßes besteht immer ein

> VERANSTALTUNG »KORRUPTION ALS FRIEDENSBEDROHUNG – DEUTSCHLAND UND FRAGILE STAATEN IN AFRIKA«, VON LINKS: STAATSSSEKRETÄR THOMAS SILBERHORN, FRANZISKA BRANTNER UND TRANSPARENCY-VORSTANDSMITGLIED PETER CONZE





> FÜHRUNGSRUNDSÄTZE FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION

öffentliches Interesse an der Strafverfolgung. Der Beschluss des Landgerichts München hat verheerende Auswirkungen auf das Vertrauen in die Justiz, denn er erweckt den Eindruck als könne man eine Verurteilung vermeiden, wenn man eine hohe Summe zahlt.

## 12 Transparente Olympiabewerbung in Berlin und Hamburg

Die Regionalgruppen Berlin und Hamburg/Schleswig-Holstein wenden sich an den Regierenden Bürgermeister der Stadt Berlin und den Ersten Bürgermeister der Hansestadt Hamburg. Sie fordern transparente und ethische Standards bei einer möglichen Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele und der Paralympischen Spiele im Jahr 2024. Im Januar 2013 wurden von Transparency Deutschland die »Grundsätze einer transparenten Olympiabewerbung« vorgelegt.

## 12 Transparency bezieht Stellung zum Gesetzentwurf »Bekämpfung von Korruption«

Transparency Deutschland begrüßt in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf »Bekämpfung von Korruption«, dass zahlreiche Vorgaben internationaler Vereinbarungen endlich in nationales Recht umgesetzt werden. Gleichzeitig wird kritisiert, dass in bestimmten Bereichen dies nicht oder nur teilweise erfolgt. So gibt es keine Bestrebungen, endlich einen robusten Whistleblowerschutz in Deutschland einzuführen.

## 13 Positionspapier zu Wertgrenze von 150 Euro für Bundestagsabgeordnete

Mit einem Positionspapier fordert Transparency Deutschland, in den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Wertgrenze einzuführen. Danach soll zukünftig nur noch bis zu einem Gegenwert von 150 Euro die Annahme von Einladungen Dritter oder Reisen auf Einladung Dritter zulässig sein. Vorstandsmitglied Marion Stein fordert ein generelles Verbot von Spenden an Abgeordnete und die Schaffung einer unabhängigen Stelle für Verhaltensregeln und Parteienfinanzierung beim Deutschen Bundestag.

## 29 Neuaufgabe der Checkliste für »Self-Audits« für Unternehmen

Die Checkliste für »Self-Audits« für Unternehmen erscheint in 2. Auflage. Mittelständische Unternehmen bei der Analyse und Vermeidung von möglichen Korruptionsrisiken zu unterstützen,



ist ein wichtiges Ziel von Transparency Deutschland. Mit der Checkliste für »Self-Audits« für Unternehmen können diese für sich den Stand der Korruptionsprävention bestimmen und gegebenenfalls notwendige Präventionsmaßnahmen entwickeln.

# SEP

### 3 Edda Müller trifft Bundesentwicklungsminister Gerd Müller

Gemeinsam mit Sieglinde Gauer-Lietz, Leiterin der Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Angela Reitmaier, Leiterin der Arbeitsgruppe Internationale Vereinbarungen ist Edda Müller bei Bundesentwicklungsminister Gerd Müller zu Gast, um unter anderem über Korruptionsprävention in der Zulieferkette der Textilindustrie, die International Aid Transparency Initiative (IATI) und das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zu sprechen.

### Transparency Deutschland erhält DOSB-Ethikpreis 2014

Transparency Deutschland ist diesjähriger Preisträger des Ethikpreises des Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Vorstandsmitglied Peter Conze nimmt den Preis gemeinsam mit Sylvia Schenk, Leiterin der Arbeitsgruppe Sport, entgegen. Am 9. September 2014 hatte bereits der Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK) seine höchste Auszeichnung, den Bul le Mérite, an Transparency Deutschland verliehen. Im Rahmen eines Festaktes im Historischen Rathaus in Köln wurde am 4. September der TÜV Rheinland Global Compact Award an Edda Müller überreicht.

### 18 Studie zum gesetzlichen Whistleblowerschutz in den G20-Staaten

Transparency veröffentlicht in Zusammenarbeit mit zwei australischen Universitäten und der Organisation Blueprint for Free Speech eine vergleichende Studie zum gesetzlichen Schutz von Whistleblowern in den G20-Staaten. Erstmals wird in der Studie die Umsetzung der in den Jahren 2010 und 2012 erfolgten Selbstverpflichtungen der G20-Staaten analysiert, angemessene Maßnahmen zum gesetzlichen Schutz von Hinweisgebern zu treffen. Deutschland liegt beim Whistleblowerschutz sowohl im Privatsektor als auch im öffentlichen Sektor weit unter dem Durchschnitt.



August 2014  
19. Jahrgang

64

# Scheinwerfer

Themenschwerpunkt: Medien



Wenn es darum geht, Korruption und Intransparenz aufzudecken und anzuprangern, sind Journalisten meist nicht weit. Dabei wird der sich stark wandelnde Mediensektor selbst zunehmend als korrupt angesehen.

Gespräch mit Peter Welcherling: „Unabhängigen Journalismus hat es nie gegeben“

Pavel Richter: Offenheit als Stärke – Wie sich Wikipedia vor Manipulationsversuchen schützt

Günter Bartsch: Gefallen an Gefälligkeiten?

6

6

9

> SCHEINWERFER 64 ZUM THEMA MEDIEN

> JÜRGEN MARTEN, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND NIMMT DEN BUL LE MÉRITE ENTGEGEN





> EINFÜHRUNGSSEMINAR IN BERLIN

## 20

### Einführungsseminar in Frankfurt am Main

Beim Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte der Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main werden die Arbeitsweise und Organisation von Transparency Deutschland sowie Möglichkeiten für ehrenamtliche Mitarbeit vorgestellt. Der Begriff der Korruption wird anhand von Fallbeispielen veranschaulicht und Vorstandsmitglied Gabriele C. Klug gewährt einen »Ein-Blick« in Historie, Struktur und Personen bei Transparency Deutschland. Am 6. September 2014 findet ein weiteres Seminar in Berlin statt, das die Regionalgruppe Berlin/Brandenburg veranstaltet.

## 25

### Fachtagung »Pflege zwischen wirtschaftlichen Interessen und Menschenwürde«

Unter dem Titel »Pflege zwischen wirtschaftlichen Interessen und Menschenwürde – Transparenz und Kontrolle« laden die Projektgruppe Pflege von Transparency Deutschland und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zur Debatte um die Zukunft der Pflegepolitik und Transparenzdefizite ein. Vorstandsmitglied Anke Martiny und Barbara Stolterfoht, Leiterin der Projektgruppe Pflege, stellen die Untersuchung »Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich Pflege« vor. Die Fachtagung richtet sich an Fachleute aus dem Bereich der Pflege- und Gesundheitspolitik, der Korruptionsbekämpfung sowie an die interessierte Öffentlichkeit.

# OKT

> BARBARA STOLTERFOHT BEI DER FACHTAGUNG »PFLEGE ZWISCHEN WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN UND MENSCHENWÜRDE«



## 6

### Veranstaltung »Wie transparent ist Hamburg jetzt?«

Die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein, Mehr Demokratie e.V. und der Chaos Computer Club e.V. laden anlässlich des Starts des vom Hamburgischen Transparenzgesetz geforderten Informationsregister zu einer Podiumsdiskussion, die Janina Kalle, Leiterin der Arbeitsgruppe Medien, moderiert, ein. Auf einer Pressekonferenz im Rathaus mit dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz, Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit und der Leiterin der Regionalgruppe Helena Peltonen-Gassmann war am 1. Oktober 2014 die Eröffnung des Portals verkündet worden.

## 13

### Vorstellung des Berichts »Lobbying in Deutschland«

In einer Pressekonferenz wird der Bericht »Lobbying in Deutschland« vorgestellt. Der Bericht zeigt, dass Deutschland im Bereich der Regulierung des



Lobbying große Defizite aufweist und ein fairer Zugang von allen Interessen zum politischen Entscheidungsprozess nicht existiert. Der Bericht ist Teil eines Projekts »Lifting the Lid on Lobbying: Taking Secrecy out of Politics in Europe« von Transparency International, das von der europäischen Kommission finanziell unterstützt wird.

**17-19**

**Internationale Generalversammlung in Berlin**

Der Peruaner José Ugaz wird von der internationalen Generalversammlung von Transparency International zum neuen Vorsitzenden gewählt. Zur stellvertretenden Vorsitzende wird Elena Panfilova gewählt, die Vorsitzende von Transparency International Russland. Am Vorabend der Generalversammlung wird der Integrity Award an die Südafrikanerin Thuli Madonsela verliehen. Mit dem Integrity Award würdigt Transparency International den Mut von Menschen und Organisationen, die sich besonders entschlossen für die Bekämpfung von Korruption einsetzen.

**20**

**Start des Informationsfreiheitsportals FragdenStaat Saarland**

Das Informationsfreiheitsportal FragdenStaat geht für das Saarland an den Start. Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger im Saarland Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz an Kommunal- und Landesbehörden stellen. In Rheinland-Pfalz ist FragdenStaat bereits im Mai 2014 gestartet. Das Internetportal ist zu einer zentralen Sammelstelle für Anfragen und Antworten nach dem Informationsfreiheitsgesetz geworden. Seit dem Start des bundesweiten Portals im August 2011 wurden über 7.000 Anfragen gestellt.

**23**

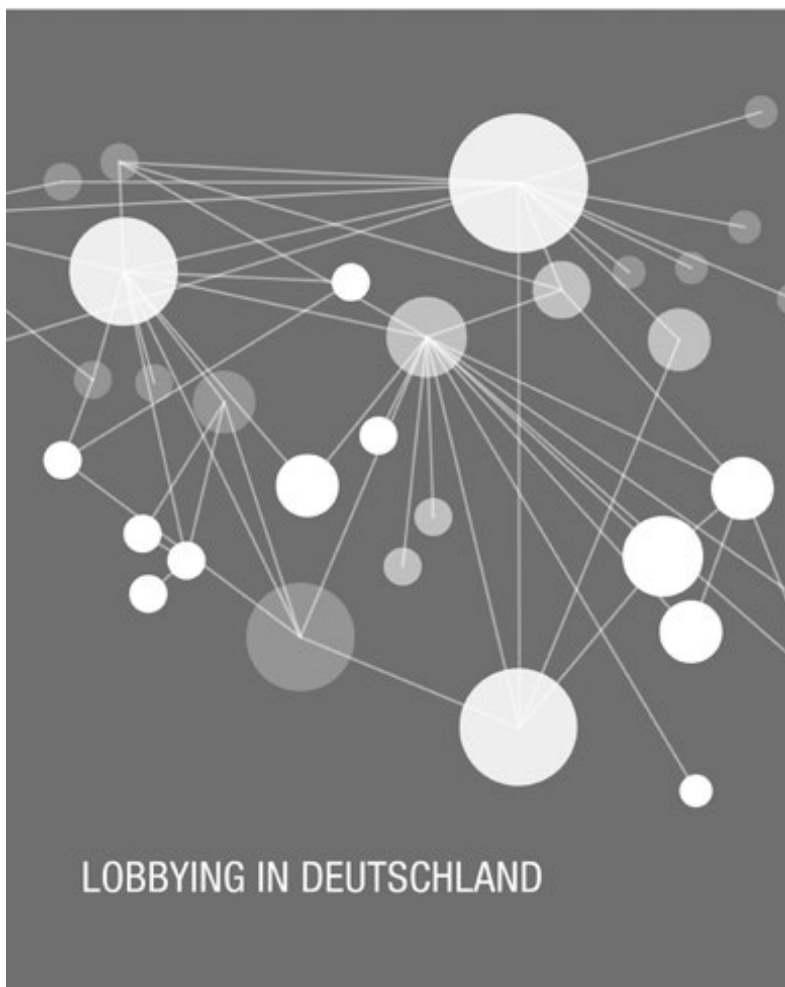
**Bericht »Exporting Corruption« zeigt unzureichende Bekämpfung der Auslandsbestechung**

Transparency International veröffentlicht den Bericht »Exporting Corruption« zum Stand der Strafverfolgung der Auslandsbestechung von Amtsträgern im Geschäftsverkehr. Der Bericht zeigt, dass es international keine signifikanten Fortschritte bei der Verfolgung der Auslandsbestechung gibt. Nur vier von vierzig untersuchten Vertragsstaaten der OECD-Konvention wird eine aktive Verfolgung der Auslandsbestechung bescheinigt: Deutschland, Großbritannien, Schweiz und USA. Insgesamt existiert in 22 Vertragsstaaten immer noch keine ausreichende Verfolgung der Auslandsbestechung.

**24**

**Handreichung zur Erstellung von Leitlinien in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht**

Die Arbeitsgruppe kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hat gemeinsam mit Vertretern kirchli-



> BERICHT »LOBBYING IN DEUTSCHLAND«

> VORSTELLUNG DES HAMBURGER TRANSPARENZPORTALS IM HAMBURGER RATHAUS, VON LINKS: BÜRGERSCHAFTSPRÄSIDENTIN CAROLA VEIT, ERSTER BÜRGERMEISTER OLAF SCHOLZ UND HELENA PELTONEN-GASSMANN





> DER NEU GEWÄHLTE VORSTAND VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL

cher Werke eine Handreichung erarbeitet, die den möglichen Aufbau und die wesentlichen Inhalte von Leitlinien zur Prävention und Bekämpfung von Korruption in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit skizziert. Das Papier enthält eine Checkliste, an der sich kirchliche Werke bei der Erstellung von Verhaltensrichtlinien orientieren können.

## 28 Transparency fordert Integritätsoffensive von Banken Europas

Anlässlich der Veröffentlichung der Resultate des Stresstests der Europäischen Zentralbank sieht Transparency Deutschland wenig Anlass zur Beruhigung. Der Stresstest gibt keine Auskünfte über das Risiko »Mangel an Führungskultur« der jeweiligen Bank und greift zu kurz. Wie teuer dieses Risiko werden kann, haben die Verstöße gegen Gesetze und Aufsichtsregeln seit dem Jahr 2008 gezeigt. Transparency Deutschland fordert deshalb eine Integritätsoffensive im Bankensektor, die Standards für integeres Verhalten und einen Nachweis von Führungskultur zum integralen Bestandteil der Aufsicht über die großen Banken Europas macht.

---

# NOV

---

## 5 Transparenz-Rangliste der 124 größten multinationalen Unternehmen

Transparency International veröffentlicht eine Transparenz-Rangliste der 124 größten börsennotierten multinationalen Unternehmen. Die Bewertung basiert auf öffentlich zugänglichen Informationen der Unternehmen zum Umfang der Antikorruptionsprogramme, zur Offenlegung von wirtschaftlichen Verflechtungen sowie zur länderspezifischen Offenlegung von finanziellen Aufwendungen, Einnahmen und Steuerzahlungen. Im Vergleich zum Jahr 2012 können leichte Verbesserungen bei der Berichterstattung festgestellt werden. Die acht deutschen Unternehmen schneiden besonders gut im Bereich der Offenlegung wirtschaftlicher Verflechtungen ab.

## 14 Deutschland ratifiziert UN Konvention gegen Korruption

Durch die Hinterlegung der Urkunde zur Ratifizierung der UN Konvention gegen Korruption bei den Vereinten Nationen in New York wird Deutschland zum 173. Vertragsstaat. Deutschland hatte die





Konvention bereits am 9. Dezember 2003 unterzeichnet, es aber bis zur Verschärfung der Abgeordnetenbestechung im Februar dieses Jahres nicht geschafft, die Anforderungen in nationales Recht umzusetzen. Seit dem 1. September 2014 ist der novellierte Straftatbestand zur Mandatsträgerbestechung in Kraft. Durch die Ratifizierung kann sich Deutschland nun glaubhafter und effektiver an der Korruptionsbekämpfung beteiligen.

17

### Aufruf für eine wirksame EU-Gesetzgebung zu Konfliktrohstoffen

Transparency Deutschland ruft zusammen mit 16 zivilgesellschaftlichen Organisationen das Europäische Parlament dazu auf, eine wirksame EU-Gesetzgebung zu Konfliktrohstoffen zu erlassen. Bereits im Oktober hatte sich Transparency in einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zu einem Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU geäußert. Transparency begrüßte den Gesetzentwurf, forderte allerdings die Einführung eines offenen Systems von maschinenlesbaren Daten und erheblich höhere Geldbußen als 50.000 Euro bei Verstößen.

19

### Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) feiert ihren 600. Unterzeichner

Die ITZ feiert ihren 600sten Unterzeichner: Der EinDollarBrille e.V. hat die Vision, dass alle Menschen in Entwicklungsländern vor Ort Zugang zu einer Brille haben und sich diese leisten können. Mit der Unterzeichnung hat sich der Verein verpflichtet, zehn grundlegende Informationen in einem einheitlichen Format zu veröffentlichen. Dazu zählen unter anderem die Satzung, die wesentlichen Entscheidungsträger sowie Angaben über Mittelherkunft, Mittelverwendung und Personalstruktur.

# DEZ

2

### 6. Konferenz zur Strafverfolgung der Korruption

Transparency Deutschland und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veranstalten bereits zum sechsten Mal gemeinsam die Konferenz zur Strafverfolgung der Korruption. Expertinnen und Experten aus Strafverfolgung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft diskutieren in diesem Jahr über Geldwäschebekämpfung und den Schutz von Whistleblowern. Bundesjustizminister Heiko

Maas verspricht, sich für eine zeitnahe Verabschiedung der 4. EU-Anti-Geldwäscherichtlinie einzusetzen und für gesetzgeberische Initiativen zur Verbesserung des Hinweisgeberschutzes in Deutschland. Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild nimmt an einer Podiumsdiskussion zu Geldwäschebekämpfung teil.

3

### 5.000 Fans bei Facebook

f

Transparency Deutschland darf den 5.000sten Fan auf seiner Facebook-Seite begrüßen. Zum Jahresende sind es immerhin schon 5.082 Fans – wir freuen uns über das Interesse!

3

### Veröffentlichung des Korruptionswahrnehmungsindex 2014

Transparency International veröffentlicht zum 20. Mal den Korruptionswahrnehmungsindex. Dieser zeigt, dass Geldwäsche, Steuerschlupflöcher und gestohlene Vermögen Entwicklungsländer bei der Ausübung solider Regierungsführung massiv behindern. Die Bundesrepublik rangiert auf dem 12. Platz. Anlässlich der Veröffentlichung fordert Transparency die deutsche Bundesregierung auf, sich für eine zeitnahe Verabschiedung der 4. EU-Anti-Geldwäscherichtlinie einzusetzen, um das Aufspüren von Geldern aus illegalen Geschäften zu erleichtern.

#### > 6. KONFERENZ ZUR STRAFVERFOLGUNG DER KORRUPTION





> VORSTELLUNG DES KORRUPTIONSWAHRNEHMUNGSINDEX 2014

> PODIUMSDISKUSSION ZU »COLLECTIVE ACTION« BEI FACHKONFERENZ »KORRUPTIONSPRÄVENTION UND COMPLIANCE IN DER PRAXIS«, VON LINKS: PHILIPP MATHEY, MAN SE, TRANSPARENCY-VORSTANDSMITGLIED ANDREAS NOVAK UND JÜRGEN JANSSSEN, DEUTSCHES GLOBAL COMPACT NETZWERK



## 5

### Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert vom IOC Vorreiterrolle für saubere internationale Sportveranstaltungen

Transparency Deutschland fordert gemeinsam mit weltweit führenden zivilgesellschaftlichen Organisationen den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) im Vorfeld der Abstimmung über die Olympische Agenda 2020 bei der IOC-Mitgliederversammlung dazu auf, bei den geplanten neuen Standards für die Olympischen Spiele dem Schutz der Menschenrechte, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und der Korruptionsprävention eine hohe Bedeutung beizumessen und zur Grundlage von Sport-Großveranstaltungen zu machen.

## 9

### Internationaler Antikorruptionstag

Rund um den Internationalen Antikorruptionstag finden deutschlandweit Aktivitäten von und unter Beteiligung von Transparency Deutschland statt. In Berlin laden das Deutsche Global Compact Netzwerk und das Deutsche Institut für Compliance (DICO) e.V. zur Fachkonferenz »Korruptionsprävention und Compliance in der Praxis« ein, bei der Vorstandsmitglied Andreas Novak an einer Podiumsdiskussion zu »Collective Action« teilnimmt. In Kooperation mit der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld findet die Veranstaltung »Anti-Korruption ist Chefsache« statt. Die Regionalgruppe Bremen veranstaltet am 2. Dezember 2015 die Diskussion »Whistleblowing - Moralisches Gebot oder Treuebruch?«. Die Regionalgruppe München ist beim Winter-Tollwood am Infostand des NordSüdForums vertreten.

## 15

### Transparency begrüßt positive Entwicklung in der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Transparency Deutschland veröffentlicht eine Studie, die die Nachhaltigkeitsberichte von 18 deutschen Großunternehmen analysiert. Die Nachhaltigkeitsberichte deutscher Großunternehmen haben sich im Bereich Korruption und Politik verbessert. Untersucht wurden Berichte, die für sich in Anspruch nehmen, dem internationalen Berichtsstandard der Global Reporting Initiative (GRI) zu entsprechen. Parallel hat die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein Hamburger Unternehmen in den Fokus genommen. Nur fünf der 100 mitarbeiterstärksten Unternehmen berichten nach den anspruchsvollen GRI-Richtlinien.

## 18

### Bündnis »NRW blickt durch« kürt Softwareunternehmen zum »Heimlichter des Monats«

Das Softwareunternehmen PROSOZ der Stadt Herten gibt einem Journalisten des gemeinnüt-

zigen Recherchebüros CORRECT!V auf seine Fragen zu Nebentätigkeiten von kommunalen Mitarbeitern keine Antworten und wird damit zum »Heimlichter des Monats« Dezember. Regelmäßig küren die Bündnispartner seit April 2014 öffentliche Stellen in NRW, wenn diese durch Auskunftsverweigerung auffallen oder bei ihrem Handeln Transparenzlücken für die Öffentlichkeit deutlich werden. »Ausgezeichnet« wurden bisher die Stadt Schloß Holte-Stukenbrock, die Duisburger GEBAG, die Stadt Hagen, die Landesregierung und die Stadt Radevormwald.





## 02

# ARBEITSGRUPPEN UND PROJEKTE

### Politik

POLITIK:  
PROF. DR. WOLFGANG JÄCKLE  
DR. MICHAEL KOSS

Für die Arbeitsgruppe Politik stand das Jahr 2014 fraglos ganz im Zeichen der endlich erfolgten Novellierung der Mandatsträgerbestechung (früher: Abgeordnetenbestechung) durch den Bundestag. Dies öffnete das Tor zur im Oktober vollzogenen Ratifikation der UN-Konvention zur Bekämpfung der Korruption. Nunmehr kann Deutschland international einen der Bedeutung unseres Landes angemessenen Beitrag leisten und muss sich nicht mehr bei den alle zwei Jahre weltweit stattfindenden einschlägigen UN-Konferenzen mit dem Beobachterstatus begnügen.

Auf der nationalen Ebene des StGB sind wenigstens die wichtigsten Schlupflöcher, wie beispielsweise die Erfassung auch von immateriellen und an einen Dritten gewährten Vorteilen, geschlossen worden. Eine Würdigung der teils zu vernehmenden heftigen Kritik sollte auf dem Hintergrund erfolgen, dass die Politiker naturgemäß in eigener Sache zu entscheiden hatten. Eine große Rolle spielte hierbei ein psychologischer Aspekt: Es herrschte unter den Abgeordneten die große Sorge, das Opfer von willkürlich in die Welt gesetzten Anschuldigungen zu werden, mit schlimmen Folgen für die eigene politische Karriere.

Alles in allem darf das erreichte Ergebnis als ein schöner Beleg für die Richtigkeit des Satzes gelten, wonach der stete Tropfen den Stein höhlt. Auch wurde einmal mehr die große Bedeutung eines konstruktiven Zusammenwirkens der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kräfte deutlich. Der Anteil von Transparency Deutschland ist hierbei, soviel Selbstlob darf sein, als wirklich nicht gering einzuschätzen. Notwendig ist allerdings, dass Transparency ein genaues Augenmerk darauf richtet, wie die praktische Umsetzung des neuen Rechts vonstattengehen wird, um in den Fällen des Auftretens evidenter

Mängel umgehend auf gesetzgeberische Verbesserungen drängen zu können.

Selbstverständlich kamen bei der Arbeit auch andere Anliegen der Arbeitsgruppe Politik nicht zu kurz. Zu nennen ist die Problematik der Parteienfinanzierung. Nach wie vor sind hier Defizite in drei Bereichen festzustellen: Erstens liegt die Obergrenze für die Veröffentlichung von Spenden zu hoch. Im vergangenen Jahr entstand vor allem bei der FDP der Verdacht, dass Rüstungsfirmen Spenden stückelten, um die Obergrenze von 10.000 Euro zu unterlaufen. Zweitens ist der Bereich des Sponsorings nach wie vor nicht hinreichend reguliert, so dass schlicht unklar bleibt, in welchem Umfang Parteien sich durch Sponsoring finanzieren.

Drittens schließlich hat mittlerweile selbst der Bundestagspräsident erkannt, dass er als Parteipolitiker nicht der ideale Kandidat dafür ist, die Einhaltung der Regeln der Parteienfinanzierung zu überwachen. Bundespräsident Gauck hat hierzu die Meinung vertreten, dass für eine Reform zwar der Bundestag am Zuge sei, er sich aber einem Ruf nach Einsetzung einer Parteienfinanzierungskommission nicht verschließen werde. Dies hat die Arbeitsgruppe aufgegriffen und den Bundestagspräsidenten Lammert gebeten, sich beim Bundespräsidenten für die Einsetzung einer solchen Kommission einzusetzen.

Bezüglich der Karenzzeiten für Minister und Parlamentarische Staatssekretäre war das Jahr 2014 gleichfalls ein wichtiges Jahr. In Vollzug des Koalitionsvertrags, aber wohl auch aufgrund des Antikorruptionsberichts der EU wird an einem Karenzzeitengesetz gearbeitet. In Radiointerviews sowie in einem ausführlichen Schreiben an Bundestagsabgeordnete hat die Arbeitsgruppe

BILD:  
OH-BERLIN.COM/  
FLICKR.COM





BUNDES- UND LANDES-  
VERWALTUNG:  
DR. GISELA RÜSS

INFORMATIONSFREIHEIT:  
DR. HEIKE MAYER  
DIETER HÜSGEN

dargelegt, warum eine zwölfmonatige, beziehungsweise in schweren Fällen eine 18-monatige Abkühlungsphase deutlich zu kurz bemessen ist. Verdeutlichen lässt sich dies anhand der Erwägung, dass in den Fällen Niebel und Pofalla der Wechsel in die Wirtschaft exakt nach einem Jahr nach Ausscheiden aus dem Ministeramt vollzogen worden ist. Aber es besteht immer die Möglichkeit, auf diesem Feld weiterhin politische Überzeugungsarbeit zu leisten.

### Bundes- und Landesverwaltung

Die öffentliche Verwaltung ist nach den aktuellen Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) weiterhin häufigstes Ziel von Korruption, nachdem 2010 und 2011 die private Wirtschaft den Spitzenplatz eingenommen hatte. Inwieweit dies auch für die einzelnen Bundesländer gilt, ergibt sich nicht aus den Angaben des BKA, das die Zahlen der Bundesländer nicht mehr separat auflistet.

Die Bundesländer weisen, sofern vergleichbare Lagebilder veröffentlicht werden, sehr unterschiedliche Tendenzen auf, von stark sinkenden bis zu extrem steigenden Zahlen. Die Interpretation in den Medien wird in der Regel dem Phänomen nicht gerecht, denn es ist schließlich nicht auszuschließen, dass die »Hochburgen der korrupten Beamten« eine niedrigere Dunkelziffer und größere Ermittlungstätigkeiten haben als die Bundesländer, denen die Journalisten »den richtigen Weg« bestätigen, weil die Korruptionszahlen niedriger sind.

Mittlerweile haben alle Bundesländer Richtlinien für die Korruptionsprävention in ihren Verwaltun-

gen erlassen; das Land Hessen allerdings bisher nur für den Bereich des Innenministeriums. Der Koalitionsvertrag in Thüringen sieht ein Korruptionsbekämpfungsgesetz vor. Dauerthema ist die Problematik der Annahme von Belohnungen und Geschenken, wobei die Sensibilität gestiegen ist. Es werden aber auch immer wieder Einzelfälle und deren Behandlung in den Medien heftig diskutiert.

Das Bundesinnenministerium bietet mittlerweile eine Reihe von Handreichungen und Hilfestellungen zu Themen der Korruptionsprävention an und hat Ende Dezember 2014 den Jahresbericht der Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung 2013 ins Netz gestellt, der ein kompliziertes Zahlenwerk, aber keine Bewertung oder Perspektive anbietet.

Seit der Erstellung des »Präventions- und Bekämpfungskonzeptes Korruption« der Innenministerkonferenz im Mai 1995 und den folgenden Umsetzungsberichten sind mittlerweile zwanzig Jahre vergangen und erhebliche Fortschritte in der Bekämpfung und Prävention gemacht worden. Das legt ein neues Konzept nahe, da das alte Konzept von 1995 beispielsweise keine Antikorruptionsbeauftragten vorsieht.

### Informationsfreiheit

Die Arbeitsgruppe hat sich wiederum mit der Weiterentwicklung der Informationsfreiheit in Deutschland befasst und hierzu Anregungen gegeben. Dabei geht es um die Verbesserung der Informationsfreiheitsgesetze hin zu Transparenzgesetzen, aber auch um das bisher fehlende Informationsfreiheitsgesetz in Niedersachsen. Gegenüber der Feststellung im Jahresbericht 2013 hat es im Jahr 2014 keine Verbesserungen der Gesetzeslage beim Bund und in den Ländern gegeben.

Weiterhin haben fünf Bundesländer kein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und nur in Hamburg gibt es ein Transparenzgesetz. Dies trotz intensiver Bemühungen der Regionalgruppen Niedersachsen und Bremen und der von ihnen mitentworfenen Gesetzentwürfe. Eine möglichst weitgehende Informationsfreiheit ist Voraussetzung für die Meinungsfreiheit und einen demokratischen Willensbildungsprozess. Sie muss überall in Deutschland ein allgemeines Bürgerrecht und dann auch umfassend genutzt werden. Für eine bundesweite Einführung wird sich Transparency Deutschland weiterhin intensiv einsetzen.

BILD: JR PARIS/FLICHR.COM





Ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe lag beim gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen erstellten »Tamiflu-Ranking«. Die teilweise aufwendigen Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz haben ergeben, dass die Gesamtbevorratungskosten der von Fachleuten als nicht erforderlich angesehenen Beschaffung antiviraler Medikamente über 330 Millionen Euro betragen haben. Diese Medikamente wurden nirgendwo an Patienten weitergegeben. Wegen Ablauf der Lagerfristen sind sie bereits teilweise vernichtet. Die im Rahmen dieses Projekts festgestellten Mängel bei der Antragsabwicklung durch die jeweiligen Gesundheitsverwaltungen sowie die Schwächen mancher gesetzlicher Grundlagen werden von der Arbeitsgruppe weiterverfolgt. Zu dem zweiten mit der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen betriebenen Projekt Anwendungsbeobachtungen hat die Arbeitsgruppe teilweise zugearbeitet.

In Baden-Württemberg haben die Regierungsfractionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im November Eckpunkte für ein zukünftiges Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt. Transparency Deutschland ist Partner im »Bündnis Informationsfreiheit Baden-Württemberg« und hat in diesem Rahmen kritisch dazu Stellung genommen.

In Rheinland-Pfalz hat die rot-grüne Landesregierung im November den Entwurf für ein Landestransparenzgesetz vorgelegt, das 2015 das geltende Informationsfreiheitsgesetz und das Umweltinformationsgesetz ablösen soll. Damit wäre Rheinland-Pfalz das erste Flächenland, das eine weitgehende, verbindliche Veröffentlichung von Behördeninformationen im Internet einführt. Transparency Deutschland lobt den Ansatz, drängt aber darauf, dass die aktive Informationspflicht auch für die Kommunen des Landes gelten muss. Heike Mayer vertritt Transparency Deutschland im Beirat für die Informationsfreiheit, der beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz angesiedelt ist.

Der Koalitionsvertrag von Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen sieht eine Weiterentwicklung des geltenden Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild vor.

Nach wie vor fehlt ein gesetzlich verbrieftes Akteneinsichtsrecht für jedermann in Sachsen – hier haben CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, ein Informationsfreiheitsgesetz zu schaffen.

In Bayern wurde ein Gesetzentwurf der Freien Wähler für ein Bayerisches Informationszugangsgesetz im November abgelehnt. Immerhin tut sich hier auf kommunaler Ebene etwas: Alle Großstädte in Bayern mit über 100.000 Einwohnern haben inzwischen eine kommunale Informationsfreiheitsatzung eingeführt, zuletzt Augsburg im August. Transparency Deutschland hat diese Entwicklung in einer Pressemitteilung begrüßt. Das Bündnis Informationsfreiheit für Bayern, in dem Transparency durch Heike Mayer vertreten wird, konnte hier entscheidende Impulse setzen.

FragDenStaat.de:  
MARIA REIMER

### FragDenStaat.de

FragDenStaat.de ist ein praktisches Instrument zur Korruptionsbekämpfung. Die Seite macht es interessierten Bürgerinnen und Bürgern leicht, Informationen von deutschen Behörden zu erhalten. FragDenStaat.de wurde im Jahr 2011 von Transparency Deutschland mitgegründet und hat seitdem für über 1400 erfolgreiche Aktenauskünfte gesorgt. Laut der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit werden mittlerweile rund ein Drittel der Anfragen an Bundesbehörden über FragDenStaat.de abgewickelt.

Das Jahr 2014 war aus Sicht von FragDenStaat.de das bislang erfolgreichste Jahr im Einsatz für Informationsfreiheit in Deutschland. Grund ist die gewonnene, negative Feststellungsklage gegen die Abmahnung des Bundesinnenministeriums. Damit hat FragDenStaat.de seinen ersten Rechtsstreit mit der Bundesregierung gewonnen. Inhaltlich ging es um ein auf FragDenStaat.de veröffentlichtes Gutachten, das die Bundesregierung mit Verweis auf das Urheberrecht depublizieren lassen wollte. Unter [www.fragdenstaat.de/zensurheberrecht](http://www.fragdenstaat.de/zensurheberrecht) finden sich alle Details zu dem Fall.

Auch die Arbeitsgruppe zu FragDenStaat, die rund ein Dutzend Studierende und junge Berufstätige umfasst, ist weiter sehr aktiv. Sie hat sich im Jahr 2014 regelmäßig getroffen, um an Themen rund um die Informationsfreiheit und an der Webseite FragDenStaat.de zu arbeiten. Die Gruppe freut sich jederzeit über Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die daran arbeiten möchten, zu einer Kultur der Offenheit in deutschen Verwaltungen beizutragen.

Hervorzuheben ist abschließend die Reichweite, die das Thema Informationsfreiheit und Transparency Deutschland dank FragDenStaat.de haben. Unter den vielen Interview- und Referentenanfragen stach im Jahr 2014 der Vortrag zu Informationsfreiheit auf dem 12.000 Gäste umfassenden Chaos Communication Congress heraus.

 **FragDenStaat.de**

## Vergabe

VERGABE:  
CHRISTIAN HEUKING  
DR. CHRISTIAN LANTERMANN

INTEGRITÄTSPAKT:  
DR. KIRSTEN SCHUBERT

### Korruption als Ursache für Kostenentwicklungen bei Großprojekten?

Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Fehlentwicklungen bei der Umsetzung von Großprojekten wurde Transparency Deutschland nach der Bereitschaft gefragt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Frage wurde beim Führungskreistreffen 2014 in Erfurt im Rahmen eines Workshops diskutiert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Ursachen auch im Bereich Korruption liegen können, aber oft andere Umstände, wie der fehlende politische Wille zur Umsetzung, fachliche Defizite und nachträgliche Änderungen, ursächlich sind. Da es keine Hinweise darauf gibt, dass Korruption bei Großprojekten eine typische Ursache für planwidrige Kostensteigerungen ist, wird sich Transparency Deutschland dem Thema der Großprojekte nicht gesondert annehmen, sondern sich weiterhin allgemein mit der Korruptionsprävention im Vergabewesen befassen.

Aus Anlass des Prozessendes um den Nürburgring-Skandal wurde zu möglichen Ursachen und zur Strafbarkeit politischer Verantwortungsträger ein Interview gegeben.

### Entwicklungen zu Korruptionsregistern

Am 3. September 2014 fand ein Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) und Energie Stefan Kapferer statt, bei dem Christian Heuking die Transparency-Position zur Einführung eines bundesweiten Vergaberegisters vertreten hat. Dabei sei mit Blick auf die zu den Landesregistern gemachten Erfahrungen wichtig, dieses praktikabel zu gestalten, damit es Akzeptanz finde und wirksam angewendet werden könne. Das BMWi hat zum Ausdruck gebracht, an dem Entwurf eines Gesetzes zu arbeiten. Transparency Deutschland wird sich hier einbringen.

### Verbesserung der Praxis der Veröffentlichungen zu Vergabeverfahren

Auf Vorschlag und Bitte des DTAD Deutscher Auftragsdienst AG unterstützt Transparency die Bemühungen des DTAD, die Veröffentlichungspraxis zu verbessern. Dazu ist eine Umfrage des DTAD bei öffentlichen Vergabestellen abgestimmt worden, deren Ergebnisse auch Transparency Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

### Interviews, Beiträge und Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben

Am 22. August 2014 haben Christian Heuking und Christian Lantermann ein Gespräch mit Dirk Wedel, Rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, zu vergaberechtlichen Fragen und der Bedeutung des Vergaberechtschutzes für Transparenz und Wettbewerb geführt. Die Positionen von Transparency konnten als wichtig für den Mittelstand und die Wirtschaft vermittelt werden und eine Fortsetzung des Austauschs wurde vereinbart.

Am 11. September 2014 hat vor dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung des Hessischen Landtages eine Öffentliche Anhörung zur Änderung des Hessischen Vergabegesetzes stattgefunden. Der Leiter der Arbeitsgruppe hat zu den drei vorgelegten Gesetzesvorschlägen Stellungnahmen abgegeben und die Position von Transparency Deutschland in der Anhörung vertreten.

Zudem wurden in einem Interview für einen Vergabe-Blog und in einem weiteren Beitrag Stellung zu der aktuellen Situation der Korruptionsprävention und zu den zu erwartenden Neuerungen im Bereich des Vergaberechts aufgrund der neuen EU-Vergaberichtlinie Stellung bezogen. Die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinie in nationales Recht wird durch die Arbeitsgruppe Vergabe eng begleitet und kommentiert werden.

### Integritätspakt

Der Integritätspakt ist ein präventives Instrument von Transparency International gegen Korruption im Bauwesen. Er beinhaltet ein verbindliches Regelwerk, das alle in der Planungs- und Bauphase an einem Bauprojekt Beteiligten zur Korruptionsvermeidung verpflichtet und einer unabhängigen Kontrolle unterzieht. Diese Kontrolle wird zusätzlich durch einen unabhängigen Monitor gewährleistet.

Im Februar 2014 erfolgte eine Einladung von Transparency International Ungarn zu einer internationalen Konferenz nach Budapest zum Erfahrungsaustausch bei der Implementierung des Integritätspaktes bei Großprojekten. Die Leiterin der Arbeitsgruppe Integritätspakt Kirsten Schubert stellte exemplarisch eines der seinerzeit vier laufenden Projekte in Deutschland sowie die grundsätzlichen Strukturen vor. Insbesondere das Konzept der Begleitung durch einen Moni-

tor, wie es in Deutschland in allen vier Projekten praktiziert wird, schien dem größtenteils osteuropäischen Publikum noch nicht praktikabel.

Im Juni des Jahres 2014 trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Integritätspakt zu einer Sitzung in Hamburg. Es wurde über die vier laufenden Projekte in Deutschland und die Implementierung des Integritätspaktes bei weiteren Großprojekten diskutiert.

### Die Situation in Deutschland

Es konnten im Jahr 2014 zwei der vier in Deutschland laufenden Integritätspakt-Projekte erfolgreich abgeschlossen werden.

#### Flughafen Berlin-Brandenburg (Berlin)

Der erste Integritätspakt in Deutschland wurde 2005 beim Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) abgeschlossen. Seitdem hat Prof. Peter Oettel die Aufgabe des Monitors übernommen. Die erheblichen technischen und organisatorischen Schwierigkeiten, die die Eröffnung des Flughafens bis jetzt bereits vier Jahre verzögert haben, konnten nicht auf Korruption als Ursache zurückgeführt werden.

Der 2014 bekannt gewordene Korruptionsfall wurde im Mai durch die betroffene Firma dem Geschäftsführer der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB) Hartmut Mehdorn gemeldet. Dieser hatte sofort die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, so dass es beim Korruptionsversuch geblieben und kein direkter Schaden entstanden ist. Die FBB verstärkte das Compliance Management. Großprojekte eines solchen Ausmaßes kostengünstig, termingerecht und ohne Korruption zu Ende zu bringen, bleibt eine der großen Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, aber auch für die Zivilgesellschaft.

#### Klinikum Bremen-Mitte (Bremen)

In Bremen wird seit 2009 der Klinik Umbau einer kommunalen Klinik durch einen Integritätspakt mit dem Monitor Jürgen Gotthold sowie einem Bauingenieur begleitet. Initial wurden die Vergabeverfahren für Generalplaner und Projektsteuerer (VOF) und im weiteren Verlauf die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie im Anschluss die Nachverträge geprüft. Es konnten erfreulicherweise keine korruptiven Vorkommnisse angezeigt werden.

Wohl aber hat Jürgen Gotthold wiederholt auf Ungereimtheiten in der Planung und Baustellenkoordination des Generalplaners und des Projektsteuerers hingewiesen. Im Anschluss einer öffentlichen Anhörung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Missmanagements beim Klinikumbau wurde Jürgen Gotthold von der Presse als »Rufer in der Wüste« bezeichnet: Von Beginn an hatte er den Finger in die Wunde des Missmanagements gelegt, wurde aber vom Bauherrn nicht erhört. Mittlerweile ist das initial veranschlagte Finanzvolumen von 250 Mio. Euro auf 300 Mio. Euro gestiegen.

#### Klinikneubau Siloah/Oststadt-Heidehaus (Hannover)

Seit 2010 wurde in Hannover der Klinikneubau Siloah/Oststadt-Heidehaus von dem Monitor Rainer Wanninger mittels des Integritätspaktes begleitet. Auftraggeber war die Kommunale Klinikgruppe mit einem Finanzvolumen von 180 Mio. Euro. Im September 2014 konnte dieses Projekt erfolgreich abgeschlossen werden. Die Auftraggeber betonten ausdrücklich die fachliche Expertise des Monitors Rainer Wanninger und das hohe Engagement durch die Begleitung von Sieglinde Gauer-Lietz, stellvertretende Leiterin der Regionalgruppe Niedersachsen. Es wurden im gesamten Bauverlauf keine korruptiven Vorkommnisse aufgedeckt. Abschließend betonte der Auftraggeber die über das gesetzliche Maß hinaus gehende Sicherheit und Sensibilisierung und bescheinigte den Zusatznutzen für Großprojekte durch die Zusammenarbeit mit Transparency.

#### HOWOGE (Berlin)

Transparency Deutschland und die kommunale Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE in Berlin hatten im Juli 2010 eine »Vereinbarung zur Integrität und Transparenz« abgeschlossen, um gemeinsam bei den Bau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für rund 2.300 Wohnungen in Berlin-Buch mit einem Investitionsvolumen von rund 100 Mio. Euro Korruption und illegale Preisabsprachen zu verhindern. Bei dem HOWOGE-Projekt wurde die Monitor-Position zum ersten Mal öffentlich ausgeschrieben und durch das Expertenteam Bernd Kochendörfer und Martin Jung besetzt. Die Baumaßnahmen wurden 2014 abgeschlossen, ohne dass es zu korruptiven Zwischenfällen gekommen wäre. Das Monitoring hatte positive Effekte auf die Vergabeprozesse, die durch den Integritätspakt erheblich optimiert worden sind.

## Wirtschaft

WIRTSCHAFT:  
NORBERT GRAF  
STILLFRIED

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft wählte im Frühjahr 2014 mit Norbert Graf Stillfried einen neuen Leiter. Vorgänger Andreas Novak konzentriert sich auf die Arbeit im Vorstand, wo er den Bereich Wirtschaft verantwortet. Er vertritt zudem Transparency International für den Bereich Zivilgesellschaft im Steuerungskreis der Allianz für Integrität (Afln). Dies ist eine wirtschaftsgetriebene Multistakeholder-Initiative von multinationalen Unternehmen, der Zivilgesellschaft, politischen Organisationen und internationalen Institutionen. Sie wird hauptsächlich vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchgeführt. Als Pilotland wurde Indien gewählt, wo im letzten Jahr verschiedene Veranstaltungen unter dem Grundgedanken der collective action durchgeführt wurden. Die Ausweitung auf weitere Länder befindet sich in der Prüfung.

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Wirtschaft bildeten auch in diesem Jahr Compliance und Corporate Social Responsibility (CSR), besonders mit Blick auf die Korruptionsbekämpfung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Mit diesen Themen steht Transparency Deutschland dem Deutschen Global Compact Netzwerk (DGCN), dem Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik - EBEN Deutschland e.V. (DNWE) aber auch der Internationalen Handelskammer Deutschland (ICC Deutschland e.V.), den Deutschen Industrie- und Handelskammern und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen nahe und arbeitet auf unterschiedlichen Ebenen zusammen. Die Arbeitsgruppe kann feststellen, dass die Themen Compliance und CSR in der

Gesellschaft angekommen sind. Viele Unternehmer erkennen heute darin ihre persönliche Aufgabe und Verantwortung.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft stellte dazu die Publikation »Führungsgrundsätze für Kleine und Mittlere Unternehmen zur Bekämpfung von Korruption« fertig, außerdem wurde die Checkliste für »Self-Audits« zur Korruptionsprävention in Unternehmen in zweiter Auflage veröffentlicht. Diese Publikationen erleichtern es den Unternehmern, Korruptions-Schwachstellen zu erkennen und für Abhilfe zu sorgen. Das sind brennende Themen, weil Manager die strafrechtliche und finanzielle Haftung für Mängel in der Korruptionsbekämpfung treffen kann. Andererseits sieht das angestrebte Unternehmensstrafrecht eine Strafmilderung oder -befreiung für Unternehmen vor, die ein Compliance Management System (CMS) eingeführt haben. Dabei helfen die neuen Handreichungen.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft kooperiert mit dem Netzwerk Compliance e.V., dem Deutschen Institut für Compliance (DICO) und dem Bundesverband der Compliance Manager (BCM) und trägt in gemeinsamen Veranstaltungen, auch mit den Kammern und Verbänden, durch Vorträge vor Studenten, Managern und Unternehmern zur weiteren Aufklärung bei.

In Kooperation mit anderen Arbeits- und Projektgruppen, Institutionen oder Chapters bearbeitete die Arbeitsgruppe Wirtschaft weitere Themen wie die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA, die Vorteile integrierter Managements, Rating- und Indexsysteme sowie die Bekämpfung der Korruption in einzelnen Branchen wie der Rüstungsindustrie. Rechtsnovellen wie beim Gesetz zur Bekämpfung der Korruption hatte die Arbeitsgruppe zusammen mit der Arbeitsgruppe Strafrecht im Blick. Schnittstellen der Arbeit ergaben sich zur Arbeitsgruppe Finanzmarkt bei Themen wie Beneficial Ownership, Steuerflucht und Geldwäsche, zur Arbeitsgruppe Internationale Vereinbarungen in der Umsetzung der OECD-Richtlinien und bei der Analyse der Nachhaltigkeitsberichte Deutscher Großunternehmen.

In Verbindung mit der Arbeitsgruppe Hinweisgeber befasst sich die Arbeitsgruppe Wirtschaft mit dem notwendigen Schutz von Innen-Revisoren, zu deren beruflichen Aufgaben unter anderem die Aufdeckung von Korruption im Unternehmen gehört. Auch das Thema

BILD:  
MARKO GREITSCHUS/PIXELIO.DE





Korruption und Menschenrechtsverletzungen in Liefer- und Wertschöpfungsketten beschäftigte die Arbeitsgruppe. Der Zusammensturz einer Bekleidungsfabrik in Bangladesch ist ein tragisches Beispiel. Zur Verbesserung der Situation in der Textilindustrie arbeitet Transparency Deutschland mit Industrie und Regierungen zusammen.

## Internationale Vereinbarungen

Die Arbeitsgruppe hat im März Angela Reitmaier zur Leiterin und die bisherige Leiterin Heidi Feldt zur Stellvertretenden Leiterin gewählt.

Umweltstandards korruptes Handeln vermeidet. Zum breiteren Thema »Unternehmensverantwortung in der Lieferkette« hat die Leiterin der Arbeitsgruppe in Vorbereitung auf den G7-Gipfel auf einer Sitzung im Bundeskanzleramt die Forderung der Nichtregierungsorganisationen nach einer gesetzlichen Verankerung von Sorgfaltspflichten vorgetragen.

### Netzwerk für Unternehmensverantwortung Corporate Accountability (CorA)

Im Jahr 2014 wurde nach längeren Verhandlungen die EU-Richtlinie für nicht-finanzielle Berichterstattung verabschiedet. CorA, in dem

INTERNATIONALE  
VEREINBARUNGEN:  
DR. ANGELA REITMAIER

»MICH HAT BEEINDRUCKT, WIE SICH TRANSPARENCY AN DIE BEREICHE PFLEGE UND GESETZLICHE BETREUUNG HERANGEWAGT HAT. NACH MEINER LANGJÄHRIGEN ERFAHRUNG IN DIESEN BEREICHEN, IST ES MIR EIN BESONDERES ANLIEGEN, LICHT IN DIE DUNKLEN KANÄLE UNSERES GESUNDHEITS-, PFLEGE- UND BETREUUNGSSYSTEMS ZU BRINGEN. MIT DER MITGLIEDSCHAFT BEI TRANSPARENCY DEUTSCHLAND ERKLÄRE ICH ZUGLEICH MEINE BEREITSCHAFT ZUR AKTIVEN MITWIRKUNG IN DIESEM BEREICH.«

Adelheid von Stösser, Mitglied,  
Lehrerin für Pflegeberufe aus Rheinland-Pfalz und Vorsitzende des Pflege-Selbsthilfeverband e.V.



## Corporate Social Responsibility

Die Auswirkungen von Korruption auf die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie haben die Arbeit der Arbeitsgruppe im Bereich Unternehmensverantwortung unter verschiedenen Aspekten bestimmt. Ausgangspunkt dafür war eine von Transparency International Bangladesch erstellte Studie. Mitglieder der Arbeitsgruppe haben innerhalb der Projektgruppe Bangladesch an dem Vorhaben, eine Handreichung zur Korruptionsprävention für deutsche Einkäufer zu erstellen, mitgewirkt und haben bei dem von Bundesentwicklungsminister Müller initiierten Textilbündnis mitgearbeitet. Transparency Deutschland ist dem Bündnis in der Hoffnung beigetreten, dass die grossen Einkäufer folgen und ein Beispiel für die Konkretisierung von Unternehmerverantwortung in der Lieferkette gesetzt werden kann, das durch die Anerkennung von Kernarbeitsnormen und

Paul Hell Transparency Deutschland vertritt, hat die Richtlinie als Schritt zu mehr Transparenz und Öffentlichkeit begrüsst. Das Netzwerk wird aber daran arbeiten, dass die Klauseln, die es den Unternehmen ermöglichen, der Berichtspflicht nicht in jedem Fall nachzukommen, bei der Umsetzung in deutsches Recht verschärft werden.

Das Auswärtige Amt hat im November mit der Erstellung eines Aktionsplans auf Basis der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte begonnen. Eine CorA-Arbeitsgruppe begleitet diesen Prozess. Schwerpunkt des Beitrags der Arbeitsgruppe sind staatliche aussergerichtliche Beschwerdemechanismen.

### OECD Watch und OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen

Ein solcher Beschwerdemechanismus ist in den von 45 Industrienationen unterzeichneten

BILD: PRIVAT

## Projektgruppe Freihandelsabkommen

Im Mai 2014 lud der Bundesminister für Wirtschaft und Energie die Vorsitzende von Transparency Deutschland zur Teilnahme im 22-köpfigen Beirat zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ein, der zur Positionierung Deutschlands beim Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA beitragen soll. Zur Unterstützung von Edda Müller und zur Erarbeitung der Transparency-Positionen nahm Mitte 2014 eine »TTIP-Gruppe« unter der Leitung von Helena Peltonen ihre Arbeit auf. Im Oktober legte die Gruppe Vorschläge für die relevanten Themengebiete und vorläufige Positionen vor. Der Vorstand beauftragte das Team als Projektgruppe, ausgewählte Aspekte weiter zu bearbeiten, um zu einer offiziellen Positionierung von Transparency Deutschland zu gelangen.

KOMMUNEN:  
DR. HELMUT BROCKE

ULRIKE LÖHR  
(KORPORATIVE KOMMUNALE  
MITGLIEDER)

OECD-Leitsätzen in Form von Nationalen Kontaktstellen (NKS) bereits verankert. Im Arbeitskreis der deutschen NKS, die im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angesiedelt ist, hat Angela Reitmaier an einer Überarbeitung des Leitfadens zum Beschwerdeverfahren mitgewirkt.

Im Jahr 2014 wurde in einer von OECD Watch vorgelegten vergleichenden Studie von 15 NKS ein die Leitsätze unterminierender Umgang vieler NKS mit Beschwerden festgestellt. Auch die deutsche NKS gehörte zu der Gruppe der überwiegend unzureichend arbeitenden Kontaktstellen. Ihre Arbeit hat sich seit der neuen Leitung des Ministeriums, einer kleinen Umorganisation und mit zusätzlichem Personal verbessert, reicht aber noch nicht an die der besten NKS heran. Die besten kennzeichnet eine auch von Transparency Deutschland seit Jahren geforderte stärkere Unabhängigkeit von Wirtschaftsinteressen und/oder ein unabhängiges Kontrollgremium aus. Shirley van Buiren vertritt Transparency Deutschland bei OECD Watch.

### Nachhaltigkeitsberichterstattung

Wie bereits im Jahr 2012 haben Manfred zur Nieden und Helena Peltonen die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu Korruption von 18 deutschen Unternehmen nach der Global Reporting Initiative analysiert. Die neue Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Berichterstattung, auch infolge der Kommunikation mit den Unternehmen, zwar verbessert hat, aber noch immer erhebliche Defizite aufweist.

### Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN)

Das DGCN, in dem Helena Peltonen Transparency Deutschland vertritt, führte zum Thema Korrup-

tionsprävention mehrere Workshops und Coachings sowie eine Fachkonferenz durch und bot fortlaufend Webinare an. Transparency Deutschland hat an mehreren Angeboten aktiv mitgewirkt.

### Konventionen gegen Bestechung

Die Bundesregierung hat die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitert und damit nach mehr als zehn Jahren die Voraussetzungen für eine Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption geschaffen. Am 14. November 2014 wurde die Urkunde bei den Vereinten Nationen in New York hinterlegt. Sebastian Wolf vertritt Transparency Deutschland in der UNCAC Coalition, die den Prozess eng begleitet hat.

In Bezug auf die OECD-Konvention zur Auslandsbestechung haben Max Dehmel und Angela Reitmaier die Deutschland betreffenden Daten für den Bericht »Exporting Corruption 2014« des Internationalen Sekretariats ermittelt. Danach gehört Deutschland, wie in den Vorjahren, zu den Ländern, die die Konvention aktiv umsetzen.

Grundlage der Datenermittlung sind die Angaben des Bundesjustizministeriums zur Unterrichtung der OECD-Arbeitsgruppe »Bestechung«. Transparency Deutschland bemängelt weiterhin die anonymisierte Darstellung der laufenden und abgeschlossenen Verfahren. Angela Reitmaier hat in einem Referat auf der Strafverfolgungskonferenz von Transparency Deutschland und der Friedrich-Ebert-Stiftung die Rechtslage analysiert und eine Veröffentlichung der Angaben gefordert.

### Kommunen

Auf kommunaler Ebene sind noch erhebliche Defizite im Vollzug unmittelbar oder entsprechend anzuwendender Vorschriften der Korruptionsprävention festzustellen. Grundlage und Voraussetzung wirksamer Korruptionsmaßnahmen ist dabei die genaue Kenntnis der Bereiche, in denen Korruptionsgefährdungen bestehen. Für die Bundes- und die Landesverwaltungen sind mittlerweile Handreichungen erarbeitet worden, nach denen anhand von Fragenkatalogen eine Risikoabfrage und eine Risikoanalyse erfolgen. Die Arbeitsgruppe hat sich mit der Frage befasst, ob sich diese Handreichungen auf die kommunale Ebene übertragen lassen oder einfachere Verfahren erforderlich sind, um eine größere Akzeptanz auf kommunaler Ebene zu erreichen.

Transparency Deutschland hat bereits in den Vorjahren erklärt, dass auch auf kommunaler Ebene »Verhaltensregeln für Mandatsträger« erforderlich sind und auf vorbildliche Regelungen einzelner Kommunen hingewiesen. Im vergangenen Jahr hat der Bundesgesetzgeber die Bestimmungen zur Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern verschärft. Die Neufassung des § 108e StGB ist für die Arbeitsgruppe Kommunen im Dialog mit der Arbeitsgruppe Politik Anlass gewesen, die wesentlichen Eckpunkte für den Erlass von Verhaltensregeln für kommunale Mandatsträger zusammenzustellen.

Die Arbeitsgruppe Kommunen beteiligt sich an dem Local Integrity System (LIS) von Transparency International; ein Arbeitspapier zu den »Anti-Corruption Principles for Local Governance« liegt nunmehr vor und kommt in drei Pilotprojekten zur Anwendung. Der praktische Nutzen für das deutsche Chapter wird allerdings gering sein, da die dort formulierten Standards in Deutschland bereits weitgehend erreicht werden. Den Antikorruptionsbericht, den die EU Kommission erstmalig im Jahre 2014 zu den Anstrengungen der einzelnen Mitgliedsländer veröffentlicht hat, hat die Arbeitsgruppe hinsichtlich seiner Bedeutung für die Kommunen in Deutschland ausgewertet. Die Präventionsmaßnahmen einiger Kommunen in den Niederlanden sind dabei von besonderem Interesse.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit hat darin bestanden, insbesondere auf Anfragen an die Geschäftsstelle einzelnen Personen und Organisationen zu kommunalrelevanten Themen Auskunft zu geben und den Printmedien sowie Fernseh- und Radiosendern für Interviews zur Verfügung zu stehen. WDR 5 hat eine zweistündige Live-Übertragung zu Fragen der Korruptionsprävention gebracht und im Handbuch »Compliance-Management« des Instituts für Wertemanagement an der Universität Konstanz ist ein längerer Beitrag zu den Standards der Korruptionsprävention und dem Aspekt von Compliance im öffentlichen Bereich veröffentlicht worden.

Auf einer Sitzung am 14. Juni 2014 ist der bisherige Leiter der Arbeitsgruppe Kommunen wiedergewählt worden. Ulrike Löhr als Koordinatorin der korporativen kommunalen Mitglieder und Helmut Brocke vertreten sich gegenseitig.

### Korporative kommunale Mitglieder

Erneut fand im Januar 2014 in Bonn ein Treffen der korporativen kommunalen Mitglieder statt, zu

einem Weiteren hat die Stadt Leipzig für Januar 2015 eingeladen. Ziel blieb die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Transparency Deutschland und den Mitgliedern. Darüber hinaus gab es weitere Einzelgespräche mit den korporativen kommunalen Mitgliedern. Es fand ein Austausch zu aktuellen Themen der Korruptionsprävention und Transparenz vor Ort statt. Auch mit weiteren Städten bundesweit gab es unterschiedlich intensive und formelle Begegnungen in Form von Vorträgen und Gesprächen.

FINANZMARKT:  
CASPAR VON HAUENSCHILD  
STEFAN CALVI

### Finanzmarkt

Im letzten Quartal des Jahres 2014 sind einige neue Mitglieder zur Arbeitsgruppe gestoßen, so dass sie neben dem enormen Fachwissen der Mitglieder über ein größeres aktives Potential verfügt.

Im Jahr 2014 hat die Arbeitsgruppe mit verschiedenen Kooperationspartnern gearbeitet. Neben WEED ist insbesondere das Netzwerk Steuerungerechtigkeit zu nennen. Mit beiden Organisationen besteht ein reger Austausch. Des Weiteren gibt es regelmäßige Kontakte mit Finance Watch.

Das Thema »Corporate Culture« wird weiterhin über die Mitarbeit von Caspar von Hauenschild in der Transparency International Financial Integrity Initiative und die Zuarbeit der Arbeitsgruppe hierzu verfolgt. Die Vorarbeiten sind weitgehend abgeschlossen und es wurden Gespräche geführt, um die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge voranzutreiben.

BILD:  
GEORG OLIGMÜLLER

› TREFFEN DER KORPORATIVEN KOMMUNALEN MITGLIEDER IM JANUAR 2014 IN BONN



Im September wurden der Europäischen Zentralbank (EZB) die Standards und Indikatoren für eine Bewertung von integrem Verhalten in Banken vorgestellt. Im Februar 2015 ist ein Termin mit den EZB-Experten »Methoden und Standards« vereinbart.

Im Oktober hat die Arbeitsgruppe anlässlich der Veröffentlichung der Stresstests der Strategically Important Financial Institutions (SIFIS) eine Pressemitteilung herausgegeben, die auf die fehlende Einschätzung der Führungskultur durch die EZB hinweist. Das sogenannte »conduct risk« der Banken bleibt regulatorisch nicht transparent bearbeitet.

richtig loslegen. Ende Januar 2015 wird das Aktionsprogramm beraten und beschlossen.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Geldwäsche. Hierzu hat die Arbeitsgruppe Finanzmarkt beim AK Geldwäscheprävention die Arbeit von Transparency vorgestellt. Außerdem hat die Arbeitsgruppe bei einer Pressemitteilung zur Veröffentlichung des Korruptionswahrnehmungsinde- x 2014 gearbeitet, die einzelne Aspekte der Geldwäscheprävention thematisiert hat.

Im Wesentlichen erfolgte der Austausch über Telefonkonferenzen, aber es wurde auch ein persönliches Treffen Mitte des Jahres in Köln organisiert.



»MIR IST ES WICHTIG, DIE ERFAHRUNGEN AUS MEINEN TÄTIGKEITEN IN DEN BEREICHEN COMPLIANCE UND SPORT ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN UND MICH HIER SELBST WEITERZUENTWICKELN. DIESE MÖGLICHKEIT BIETET MIR TRANSPARENCY – INSBESONDERE IM BEREICH SPORT, AN DEN ICH SEHR HOHE ETHISCHE ANSPRÜCHE STELLE.«

Dirk Seeburg, Mitglied,  
Rechtsanwalt aus München

Die Kooperation mit dem Netzwerk Steuer- gerechtigkeit entwickelt sich stetig. Im November hat die Arbeitsgruppe anlässlich der neuen EU-Anti-Geldwäscherichtlinie zusammen mit dem Netzwerk, unterstützt von zahlreichen zivilge- sellschaftlichen Organisationen, einen Brief an Finanzminister Schäuble geschrieben mit den Themen:

- verpflichtende Offenlegung der Nutznießer (»wirt- schaftlich Berechtigte«) von Firmen, Stiftungen und anderen Rechtspersonen in einem öffent- lichen Register
- Veröffentlichung aller Verstöße gegen die Anti- Geldwäschegesetze durch Banken nach dem Muster der Bankenaufsicht in den USA

Nachdem das Netzwerk die ersten Mittel akqui- rieren konnte und die Aufgabenverteilung fast abgeschlossen wurde, kann es im Jahr 2015

Dort wurde Stefan Calvi als Leiter der Arbeits- gruppe für weitere zwei Jahre bestätigt.

### Hinweisgeber

Das Thema Whistleblowing war und ist wei- terhin aktuell. Dabei geht es zum einen um die politische und gesellschaftliche Diskussion über Bedeutung, Berechtigung und Notwendigkeit von Whistleblowing zur Aufdeckung schwerer Missstände, und zum anderen um den Schutz von Hinweisgebern vor Benachteiligungen auf- grund ihres Handelns.

Auf dem Tisch liegen inzwischen wieder Ini- tiativen zur Einführung eines gesetzlichen Hin- weisgeberschutzes. Hervorzuheben ist der Vorschlag der Bundestagsfraktion der Grünen, dessen Realisierungschancen zwar offen sind, der aber zumindest das Thema wiederkehrend

in die politische und allgemeine Öffentlichkeit bringen wird. Die Arbeitsgruppe hat diesen Gesetzentwurf im November mit einer Stellungnahme kommentiert und begrüßt, da er eine deutliche Verbesserung des gesetzlichen Schutzes von Hinweisgebern anstrebt.

Die Arbeitsgruppe erhielt eine Vielzahl von journalistischen Anfragen und konnte Auskünfte und Hintergrundinformationen geben. Die Arbeitsgruppenleiter konnten in diversen Interviews die Position von Transparency Deutschland darlegen und bekräftigen.

Aber nicht nur in den Medien, sondern auch direkt gegenüber der Politik bezog die Arbeitsgruppe Position: Am 8. Juli 2014 war Arbeitsgruppenleiter Rainer Frank gemeinsam mit Edda Müller bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles. Frau Nahles zeigte sich in Bezug auf den Hinweisgeberschutz nicht nur interessiert, sondern auch bestens informiert und deutete präzise an, auf welche Weise sie das Thema in der Zukunft verfolgen will.

Am 3. November 2014 konnte das Mitglied der Arbeitsgruppe Guido Strack die Position der Arbeitsgruppe zum Hinweisgeberschutz bei einer Anhörung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus darstellen.

Höhepunkt des Arbeitsgruppenjahres war zweifelsohne der mit Unterstützung der Fraport AG am 29. September 2014 in Frankfurt a.M. durchgeführte »Erfahrungsaustausch von Ombudsleuten aus der Wirtschaft«. Damit wurde angeknüpft an zwei vorangegangene Veranstaltungen für Teilnehmende der öffentlichen Hand. Die von Wirtschaftsunternehmen beauftragten Ombudsleute – es waren ausschließlich Rechtsanwälte – diskutierten offen und anhand einer Vielzahl von Fällen aus ihrer Praxis den Sinn und Zweck sowie die rechtlichen Grenzen von Hinweisgebersystemen. Zudem wurde der richtige Umgang mit Hinweisgebern thematisiert und über verschiedene Handlungsempfehlungen für die weitere und vor allem erfolgreiche Bearbeitung von Hinweisen gesprochen. Die Teilnehmenden sprachen sich einhellig für die Durchführung einer Fortsetzungsveranstaltung aus.

Die Arbeitsgruppe Hinweisgeber ist eine recht kleine Arbeitsgruppe. Interessenten sind daher herzlich willkommen, wenn sie auch die Bereitschaft mitbringen, etwas für die gemeinsame Arbeit zu tun. Die Arbeitsgruppe möchte sehr

gern ein Positionspapier »Best-Practice Whistleblowing« erarbeiten, das die Praxis gewiss dankbar aufnehmen würde. Da jedoch alle Mitglieder der Arbeitsgruppe berufstätig sind, konnte dieser, leider gar nicht neue, Plan bislang nicht realisiert werden.

**HINWEISGEBER:**  
**DR. RAINER FRANK**

**STRAFRECHT:**  
**REINER HÜPER**

## **Strafrecht**

Die Arbeitsgruppe Strafrecht befasst sich, soweit Korruptionskriminalität (auch) betroffen ist, mit Fragen der Gestaltung des materiellen Strafrechts und des Strafverfahrensrechts, mit der praktischen Anwendung von Strafrechtsnormen sowie mit strukturellen Rahmenbedingungen der Strafverfolgung.

Im Juni 2014 tagte die Arbeitsgruppe in Hannover und wählte den bisherigen Leiter Reiner Hüper für weitere drei Jahre einstimmig zum Vorsitzenden. Darüber hinaus gab es im Jahr 2014 sechs Telefonkonferenzen. Im September 2014 haben Jürgen Marten als zuständiges Vorstandsmitglied und Reiner Hüper den Orden »Bul de Merite« des Bundes Deutscher Kriminalbeamter an Transparency Deutschland entgegengenommen.

Wesentliche Themen und Ergebnisse 2014:

### **Stärkung der Weisungsunabhängigkeit von Staatsanwaltschaften**

Der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hatte Transparency Deutschland an einem Anhörungsverfahren zu Anträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE PIRATEN betreffend die Weisungs(un)abhängigkeit





GESUNDHEITSWESEN:  
DR. WOLFGANG WODARG

von Staatsanwaltschaften sowie zu einem von diesen Fraktionen eingebrachten Entwurf eines »Gesetzes zur Schaffung von Transparenz politischer Weisungen gegenüber Staatsanwälten« beteiligt. Die Arbeitsgruppe Strafrecht hat beide Stellungnahmen für Transparency Deutschland federführend angefertigt. Im Juni 2014 nahm Reiner Hüper an der mündlichen Anhörung vor dem Landtagsausschuss teil.

#### Strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen (Unternehmensstrafrecht)

Die Arbeitsgruppe befasste sich mit Verlautbarungen und Vorschlägen, wie denen des Bundesverbandes der Unternehmensjuristen und des Deutschen Anwaltvereins, zum vom Land Nordrhein-Westfalen vorgelegten Entwurf eines Verbandsstrafgesetzbuchs. Ein eigener Gesetzentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zum Unternehmensstrafrecht liegt noch nicht vor.

#### (Referenten-)Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption vom 10. Juni 2014 (KorrBekG)

Mit dem KorrBekG sollen über die schon anderweitig beschlossene Anpassung des Tatbestandes der Abgeordnetenbestechung im Sinne der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) hinaus weitere Verpflichtungen aus internationalen Abkommen zur Korruptionsbekämpfung in nationales Recht umgesetzt werden. Das BMJV hatte Transparency Deutschland in das Stellungnahmeverfahren zum Referentenentwurf einbezogen. Eine Projektgruppe, bestehend aus der Arbeitsgruppe Strafrecht, der Arbeitsgruppe Politik und der Arbeitsgruppe Internationale Vereinbarungen, Vorstandsmitgliedern sowie dem damaligen Geschäftsführer hat die Stellungnahme im Juli 2014 in einer Telefonkonferenz abschließend beraten. Kritik übte Transparency insbesondere zur im KorrBekG nicht vorgesehenen strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen (Artikel 26, UNCAC) und zum weiterhin in Deutschland fehlenden Straftatbestand »Missbräuchliche Einflussnahme« (Art 18, UNCAC).

#### Korruption im Gesundheitssektor/Strafrechtliche Verantwortung von niedergelassenen Ärzten und Zuwendungsgebern

Der Arbeitsgruppenleiter war im Juni 2014 im BMJV Teilnehmer eines Expertengesprächs mit Transparency Deutschland unter Beteiligung des Ministers. Das BMJV wird nach Fertigstellung

des noch in Arbeit befindlichen Gesetzentwurfs Transparency am Stellungnahmeverfahren beteiligen.

#### Schaffung eines Korruptionsstrafatbestands für weitere freie Berufe?

Die Arbeitsgruppe hat unter Anwendung eines strukturierten Prüf- und Szenario-Schemas exemplarisch einige ausgesuchte freie Berufe überprüft. Ergebnis: Es besteht über den Gesundheitssektor hinaus aus unterschiedlichen Gründen kein zwingender Bedarf an weiteren speziellen Korruptionstatbeständen.

#### Gesundheitswesen

Die Arbeitsgruppe Gesundheitswesen hat sich im Jahr 2014 zweimal in Berlin zu einer jeweils zweitägigen Klausurtagung und einmal in Köln am Rande der Mitgliederversammlung getroffen. Es nahmen Gäste und auch neue Mitglieder an diesen Sitzungen teil. Da sich trotz zweimaligen Anlaufs kein neuer Kandidat für die Leitung der Arbeitsgruppe fand, wurde der bisherige Leiter Wolfgang Wodarg gebeten, diese Arbeit vorerst kommissarisch fortzuführen.

Die laufende Antikorruptionsgesetzgebung im Gesundheitswesen wurde durch Gespräche mit Abgeordneten, Besuche im Bundestag sowie der Teilnahme an einem Expertengespräch im Justizministerium weiter kritisch begleitet.

#### Anwendungsbeobachtungen (AWB)

Ein gemeinsamer Workshop von Transparency Deutschland und Vertretern der Ärzteschaft im März 2014 bei der Bundesärztekammer (BÄK) führte zur Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe AWB mit der verfassten Ärzteschaft. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe AWB fand am 2. Oktober 2014 in den Räumen der BÄK statt. Derzeit wird gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit von Transparency Deutschland wegen widersprüchlicher Daten der verantwortlichen Stellen auch Akteneinsicht bei der zuständigen Bundesoberbehörde rechtlich erstritten. Die Ergebnisse der umfangreichen AWB-Auswertungen werden in einer wissenschaftlichen Publikation veröffentlicht.

#### Weitere Arbeitsfelder

Die Arbeitsgruppe befasst sich mit Transparenz und Interessenkonflikten beim Gemeinsamen

Bundesausschuss, der Möglichkeit der Einsichtnahme in Verträge der gesetzlichen Krankenversicherung, der Einflussnahme der Auftraggeber bei sozialmedizinischer Begutachtung, den möglichen Auswirkungen von Freihandelsverträgen auf die Transparenz der medizinischen Forschung und anderen Feldern im Gesundheitswesen sowie der Unterstützung einer transparenten Clinical Trials Regulation bei der EU.

Ein aufschlussreicher Ländervergleich zur Praxis der Informationsfreiheit wurde gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit unternommen. Dabei wurde die Frage nach der Anschaffung, Lagerung und Vernichtung des inzwischen als nutzlos bekannten Grippe-Medikamentes Tamiflu bei den 16 Bundesländern abgefragt. Korruption hat bei diesem skandalösen Geschäft weltweit eine große Rolle gespielt.

Mitglieder der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen traten in zahlreichen Veranstaltungen als Referenten auf. Unter anderem bei der Deutschen Krebsgesellschaft, beim Chirurgenkongress in Berlin, beim IPPNW Deutschland - Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. in der Charité und an Hochschulen in Berlin und Flensburg. In München und Nürnberg fanden in Zusammenarbeit mit den dortigen Regionalgruppen ebenfalls öffentliche Veranstaltungen zu Korruption im Gesundheitswesen statt. Außerdem nahmen Vertreter der Arbeitsgruppe an einem Expertengespräch im Bundestag zu Bonusverträgen bei Chefarzten teil.

Medien zeigten großes Interesse an den Aktivitäten der Arbeitsgruppe, was sich in mehreren Fernseh- und Rundfunkinterviews und Anfragen für zahlreiche redaktionelle Beiträge in Zeitschriften und Tageszeitungen niederschlug. Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Freiwilligen Selbstkontrolle der Arzneimittelindustrie fand bei Transparency statt. Gespräche zur Auslotung möglicher gemeinsamer Aktionen fanden mit Lobby Control, MEZIS und der medizinkritischen Redaktion von BIOSKOP statt.

## Transparenz in den Medien

Die Arbeitsgruppe ist beim Projekt »Zisch - Zeitung in der Schule« einen Schritt weiter gekommen. Die Sponsoren des Lokalzeitungsprojekts machen unverhohlen Werbung bei Schulkindern und werden von der für das Projekt verantwortlichen Schweriner Volkszeitung dabei eifrig unterstützt. Es gab mehrere Gespräche mit dem Haus. Geändert hat sich dadurch nichts. Jetzt wird die

## Projektgruppe Pflege

Die Projektgruppe Pflege wurde im Jahr 2014 nach dem gesundheitsbedingten Rücktritt von Barbara Stolterfoht kommissarisch von Anke Martiny geleitet. Es wurden drei neue Mitglieder für die Gruppe gewonnen. Über die weitere Arbeit wird im Jahr 2015 entschieden.

Die Projektgruppe trieb insbesondere die Umsetzung des Papiers »Transparenzmängel, Verschwendung und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung. Schwachstellenanalyse von Transparency Deutschland« vom August 2013 voran. Sie erarbeitete den Entwurf für eine Fachkonferenz zum Thema Pflege, die zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im September 2014 in Berlin stattfand. Eine Zusammenfassung aller dort vorgetragenen Argumente ist auf der Webseite von Transparency Deutschland im Veranstaltungsarchiv abrufbar.

Eine zweite Konferenz mit dem Schwerpunkt Betreuung wurde am Jahresende projektiert. Sie wird im Juni 2015 stattfinden, ebenfalls zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und wieder in Berlin. Anke Martiny und Brigitte Bührlen nahmen an einem vertiefenden Fachgespräch mit dem Fachausschuss zur Pflege der Ärztekammer Berlin teil.

Ferner fand im Büro von Transparency ein intensives Gespräch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) statt, um einen Fachdialog zu begründen. Hieran waren Bertram Abel und Brigitte Bührlen beteiligt. Mit Zuarbeit von Bertram Abel beteiligte sich Anke Martiny mit einem Kurzvortrag an der Jahreskonferenz des Bundesverbandes der Berufsbetreuer (BdB) in Berlin.

Arbeitsgruppe versuchen, mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Schweriner Landtag und dem Landeselternbeirat zusammen zu arbeiten. Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Initiative gegen Werbung an Schulen starten und sind geneigt das Problem »Zisch« darin mit einzubringen. Arbeitsgruppenmitglied Norbert Wienckes Zähigkeit und Arbeit kann man bei all dem nicht genug schätzen. Vielen Dank dafür. Die Arbeitsgruppe wird in der Sache auch mit der Arbeitsgruppe Politische Bildung zusammen arbeiten.

Das neueste Projekt »Verbraucherportale« hat dieses Jahr einen ungeahnten Aufwind erfahren. Arbeitsgruppenmitglied Roland Heller war mit seiner Idee quasi seiner Zeit voraus. Gemeinsam mit Portalen wie netzwelt.de hatte die Arbeitsgruppe an einem Self-Audit gearbeitet, der mehr Transparenz in den Verbraucher- und Test-Journalismus bringen soll. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz kam Mitte des Jahres 2014 auf die gleiche Idee. Roland Heller und Janina Kalle haben bei dieser Initiative, bei der auch Stiftung Warentest, das Portal Heise.de und Ökotest mitmachen, die Ideen der Arbeitsgruppe eingebracht.

PROJEKTGRUPPE PFLEGE:  
DR. ANKE MARTINY

TRANSPARENZ IN DEN MEDIEN:  
JANINA KALLE

## Sport

SPORT:  
SYLVIA SCHENK

TRANSPARENZ IN DER  
ZIVILGESELLSCHAFT:  
DR. FRIEDRICH HAUNERT  
DR. WIEBKE RASMUSSEN

Das Jahr 2014 wurde bestimmt durch spektakuläre Strafprozesse - Uli Hoeneß, Bernie Ecclestone - einerseits, das Scheitern der FIFA bei der Aufarbeitung von Korruptionsvorwürfen sowie die Reformagenda 2020 des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) andererseits. Nachdem Transparency Deutschland ab Mai auch wesentliche Teile der internationalen Arbeit im Sport von Transparency International übernommen hat, arbeitet die Arbeitsgruppe zunehmend arbeitsteilig an einer Fülle von Themen.

Die Beratung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu Good Governance gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium (BMI) wird fortgesetzt. Im Jahr 2014 haben der Deutsche Turner-Bund einen Ethik-Code und der Bob- und Schlittenverband Deutschland ein gesamtes Compliance-Paket einschließlich Richtlinien verabschiedet. Mit weiteren Verbänden sowie Bundesliga-Clubs wurden erste Kontakte geknüpft. Neu aufgegriffen wurde das Thema »Spielertransfer« und ein Diskussionspapier hierzu an den Deutschen Fußball-Bund (DFB) und die Deutsche Fußball Liga (DFL) als Einstieg in die Debatte gesandt.

Das EU-Projekt zur Prävention von Match-Fixing endete im Sommer. Transparency gab bei einem Expertengespräch des BMI zur Strafrechtssituation bei Spielmanipulationen eine Stellungnahme ab, die in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe Strafrecht erarbeitet wurde, und hat den Entwurf eines »Anti-Manipulations-Codes« kritisch kommentiert. Außerdem erfolgte in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe Hinweisgeber eine erste Positionierung zu Whistleblowing im Sport.

BILD: AWAYA LEGENDS/  
FLICKR.COM



Die geplante deutsche Olympia-Bewerbung wurde seitens Transparency durch Übersendung der schon im Vorjahr beschlossenen »Grundsätze für eine transparente Olympiabewerbung« an die Bürgermeister der beiden Bewerberstädte Berlin und Hamburg begleitet. Die positiven Reaktionen hierauf sowie weitere Aktivitäten in beiden Städten zeigten, dass die Initiative der Arbeitsgruppe für mehr Transparenz inzwischen auf fruchtbaren Boden fällt.

Nachdem das IOC im Frühjahr um Eingaben zu nötigen Reformen im internationalen Sport gebeten hatte, wurden von Transparency Deutschland Vorschläge zu einer systematischen Beteiligung von Stakeholdern und Good Governance als Teil der Bewerbungskriterien unterbreitet. Um künftig mit den eigenen Positionen noch besser Gehör zu finden, hat Transparency ab dem Sommer einen losen Zusammenschluss mit weiteren Nichtregierungsorganisationen und fortschrittlichen Kräften aus dem Sport vorangetrieben.

Nach zwei Treffen in der Berliner Geschäftsstelle führten diese Bemühungen Anfang Dezember zu einem Schreiben an IOC-Präsident Thomas Bach, das von Amnesty International, FIFPro-The Players' Union, den Football Supporters Europe, Human Rights Watch, der International Trade Union Confederation, Supporters Direct Europe, Terre des Hommes International Federation und Transparency Deutschland unterzeichnet wurde. Darin werden die vorgelegten Reformvorschläge begrüßt und ein Angebot zur Unterstützung bei der Umsetzung gemacht. Nur unter Beteiligung der Zivilgesellschaft wird das IOC in der Lage sein, wirklich Verbesserungen hinsichtlich Menschenrechten, Arbeitsnormen und Antikorruption zu erreichen.

Im September wurde Transparency Deutschland für die bisherigen Aktivitäten der Ethik-Preis des DOSB verliehen - ein Anreiz, weiterhin kritisch den Sport zu begleiten und die Umsetzung von Good Governance einzufordern.

## Transparenz in der Zivilgesellschaft

Nachdem die »Initiative Transparente Zivilgesellschaft« (ITZ) im letzten Berichtszeitraum bereits 500 Unterzeichner gewinnen konnte, stiegen auch 2014 die Zahlen kontinuierlich an. Mittlerweile haben über 600 Organisationen das Logo veröffentlicht. Die Unterzeichner weisen dabei weiterhin ein großes Spektrum auf, von bundesweit aktiven Großorganisationen mit Millionen an Spendenauf-

kommen hin zu lokalen Kleinstorganisationen wie mehreren Berliner Kindertagesstätten.

Regional verteilen sich die Organisationen auf das gesamte Bundesgebiet mit einem weiterhin deutlichen Schwerpunkt auf Berlin. Mit der im Jahr 2010 von Transparency Deutschland initiierten Selbstverpflichtung werden Organisationen der Zivilgesellschaft aufgefordert, zehn klar definierte Informationen auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen. Nach einer Prüfung der Vollständigkeit der Informationen darf die Organisation das Logo der ITZ tragen.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsgruppe liegt in der laufenden Koordination der Initiative, wie zum Beispiel der Kommunikation mit potenziellen Unterzeichnern und der Prüfung der Vollständigkeit der Informationen. Des Weiteren koordiniert die Arbeitsgruppe die regelmäßigen Sitzungen des Trägerkreises der ITZ. Dabei wird sowohl an der inhaltlichen Ausrichtung der Initiative wie auch an der Vertretung und Verbreitung nach außen gearbeitet. Die Arbeitsgruppe konnte im Jahr 2014 neue Mitstreiterinnen gewinnen, so dass die Verbreitung der ITZ nunmehr mit neuem Schwung angegangen wird.

Aus der öffentlichen Aufmerksamkeit für die ITZ ergeben sich immer wieder Möglichkeiten, im Rahmen von Pressegesprächen, Vorträgen und Artikeln für die Initiative und das Anliegen Transparenz zu werben. Die Arbeitsgruppe verfolgt für das Jahr 2015 das Ziel, noch breiter über die Aktivitäten zu informieren. Daher sind unter anderem ein Newsletter für Unterzeichner und Interessenten geplant.

### **Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit**

Im Jahr 2014 konnte die Arbeitsgruppe auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zu diesem Anlass stellte sie sich in einer Vorstandssitzung von Transparency Deutschland vor und hob ihre beiden Besonderheiten hervor: Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von den Hilfswerken und ehrenamtlich Tätigen - eine manchmal spannungsvolle und fruchtbare Mischung. Die Arbeitsgruppe adressiert nicht den Staat, sondern die Hilfs- und Missionswerke der evangelischen und katholischen Kirche und pflegt mit ihnen eine aktive Zusammenarbeit.

Dies gilt auch für die Vorbereitung der dritten Fachtagung, die erneut inhaltlich und finanziell von den

Hilfswerken mitgetragen wird. Die Fachtagung »Mut zur Transparenz III«, die im Januar 2015 stattfinden wird, wurde von der Arbeitsgruppe intensiv vorbereitet. Sie wendet sich speziell an die Führungskräfte und die Mitglieder von Aufsichtsgremien, weil sich gezeigt hat, wie wichtig Führungsverantwortung beim Thema Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung ist. Darüber hinaus wird die Fachtagung der Frage nachgehen, welche Instrumente sich bewährt haben und wie systematisch Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung geleistet werden können.

In dem Maße, wie sich die Kirchen selbst mit der Korruptionsproblematik befassen, wird auch die Arbeitsgruppe Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen angefragt. Wir waren bei der Schulung von Mitarbeitern der evangelischen Landesprüfungsämtern vertreten, sind von der US-amerikanischen Bischofskonferenz für einen Vortrag angefragt worden und nehmen eine steigende Anzahl von Vortrags- und Pressenachfragen wahr, sobald kirchliche Skandale die Öffentlichkeit beschäftigen. Das wirft langfristig die Frage auf, ob sich Transparency Deutschland dem Thema der deutschen christlichen Kirchen nicht intensiver widmen sollte.

Von Kardinal Pell, der für Reformen im Finanzbereich des Vatikans zuständig ist, erhielten wir eine erste positive Resonanz auf die Übermittlung unseres Grundlagenpapiers »Korruption in der Entwicklungszusammenarbeit - ein Problem auch für kirchliche Organisationen«. Das Grundlagenpapier hat auch sieben Jahre nach seiner Veröffentlichung nicht an Aktualität verloren.

Verabschiedet wurde die schon im Entstehungsprozess vielfach nachgefragte Handreichung zur Erstellung von Leitlinien zur Korruptionsbekämpfung, die auf der Webseite von Transparency Deutschland abrufbar ist. Mit der Umbenennung der Arbeitsgruppe »Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit« in »Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit« wurde der Fokussierung der Mitglieder auf den kirchlichen Bereich Rechnung getragen.

### **Staatliche Entwicklungszusammenarbeit**

Wie bereits im Jahr 2013 hat die Arbeitsgruppe die kritische Begleitung und Beratung beim Umsetzungsprozess der Antikorruptionsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusam-

KIRCHLICHE  
ENTWICKLUNGS-  
ZUSAMMENARBEIT:  
SONJA GRODIG

STAATLICHE  
ENTWICKLUNGS-  
ZUSAMMENARBEIT:  
SIEGLINDE GAUER-LIETZ



menarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen eines erweiterten Antikorruptionsthementeams fortgesetzt. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter vom BMZ, von Durchführungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und aus dem Privatsektor an. Im Fokus stehen die Weiterentwicklung des Leitfadens, der Pilotierungsprozess sowie eine geplante Studie zur Umsetzung der Strategie. Die Arbeitsgruppe stimmt sich bei ihren Empfehlungen mit dem internationalen Sekretariat von Transparency International ab, das ebenfalls beim erweiterten Thementeam mitwirkt.

Der Dialog mit den Durchführungsorganisationen wurde fortgesetzt. Mit dem Integritätsberater

Ergebnisdokumente wurden bislang noch nicht oder nur teilweise veröffentlicht. Um mit Bundestagsabgeordneten aus den Ausschüssen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, für Wirtschaft, für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und dem Auswärtigen Ausschuss über die Relevanz der Initiative für die verschiedenen Ressorts ins Gespräch zu kommen, lud die Arbeitsgruppe im Herbst zusammen mit der Open Knowledge Foundation zu einem Parlamentarischen Frühstück ein.

Gemeinsam mit Transparency International hat sich die Arbeitsgruppe mit der Post2015- Agenda sowie den globalen Bestrebungen zu ver-



**»OHNE TRANSPARENZ KEINE SOUVERÄNEN UND SACHGERECHTEN ENTSCHEIDUNGEN. DA SICH TRANSPARENCY DEUTSCHLAND BEISPIELHAFT DAFÜR EINSETZT, BIN ICH MITGLIED GEWORDEN. DENN KORRUPTIONSFÖRDERNDE STRUKTUREN UND MACHTMISSBRAUCH MÜSSEN AUCH IN DEUTSCHLAND OFFENGELEGT UND BEKÄMPFT WERDEN. DAS IST EINE DAUERAUFGABE, DIE DEN PERSÖNLICHEN EINSATZ VON VIELEN BRAUCHT.«**

Monika Mundkowski-Vogt, Mitglied,  
Ministerialrätin und Diplom-Volkswirt aus Stuttgart

der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) wurde über eine Mitarbeiterschulung, ein internes Kontrollsystem sowie über den Schutz von Hinweisgebern diskutiert. Die Bemühungen der Arbeitsgruppe, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) zu mehr Transparenz zu bewegen, waren erfolgreich. Die DEG etablierte ein von unabhängigen Experten betreutes Beschwerdemanagement und sagte zu, zeitnah alle Finanzierungszusagen auf der Homepage zu veröffentlichen. Damit wären die wesentlichen Forderungen von Transparency erfüllt.

In Zusammenarbeit mit Publish What You Fund (PWYF) und durch den engen Kontakt zum zuständigen Referat im BMZ hat sich die Arbeitsgruppe für die Verbesserung der Daten im International Aid Transparency Initiative (IATI)-Standard eingesetzt. Detaildaten wie Projektbudgets, Projektdokumente, Geodaten und

antwortungsvoller Landnutzung beschäftigt. Sie setzte sich dafür ein, das Thema Governance, Transparenz und Korruptionsbekämpfung als übergeordnetes Ziel in der UN-Nachhaltigkeitsagenda zu verankern. Sie wirkte auch bei der Erstellung der weitverbreiteten VENRO-Broschüre »Acht Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda« mit.

In der »Arbeitsgruppe Land«, in der die Bundesregierung sowie GIZ und KfW den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu Landpolitik und Ernährungssicherung mit Schwerpunkt Afrika führen, bringt die Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit Transparency International Aspekte der Korruptionsbekämpfung, Transparenz und zivilgesellschaftlichen Mitwirkung in die Diskussion ein.

In Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen Wirtschaft und Internationale Vereinbarungen beteiligte sich die Arbeitsgruppe an dem vom

BMZ initiierten »Textilbündnis«. Ein Team aus den Arbeitsgruppen hat begonnen, analog zur Broschüre »RESIST« eine Broschüre für die Lieferbeziehungen im Textilsektor am Beispiel Bangladesch zu erstellen. Das Chapter in Bangladesch hat seine Unterstützung zugesagt.

An den vier Treffen der Arbeitsgruppe in Berlin und der Klausurtagung in Rehburg-Loccum nahmen regelmäßig zwölf bis sechzehn Mitglieder teil.

## Wissenschaft

Die Arbeitsgruppe Wissenschaft wurde im Mai 2012 gegründet, um Bereiche der Intransparenz und Korruptionsgefahr in der Wissenschaft öffentlich zu benennen und durch eigene Aktionen oder Zusammenarbeit mit anderen Organisationen Fortschritte und Verbesserungen zu bewirken. Seit Juni 2013 leiten Günter-Ulrich Tolkiehn als Vorsitzender und Peter Büttner als stellvertretender Vorsitzender die Arbeitsgruppe.

Die zunehmende Bedeutung der Wissenschaft für alle gesellschaftlichen Bereiche ist heute in aller Munde und die Zahl der Studierenden ist auf einem historischen Höchststand, der bereits als »Akademisierungswahn« tituliert wurde. Gleichzeitig bedrohen Ökonomisierung und Hierarchisierung bei zunehmend unzureichender Grundfinanzierung die grundgesetzlich zugesicherte Freiheit der Wissenschaft, insbesondere die der einzelnen Wissenschaftler. Die Konditionen für regulär beschäftigte Professoren wurden dramatisch verschlechtert, die Zahl der befristeten und prekären Beschäftigungsverhältnisse von Wissenschaftlern steigt, während gleichzeitig öffentlich »Fachkräftemangel« beklagt wird und die Hochschulen zunehmend unter Druck gesetzt werden, für ihre Finanzierung Mittel Dritter, auch aus dem privatrechtlichen Bereich, anzuschaffen. Diese Entwicklung hat bereits wiederholt das Bundesverfassungsgericht sowie den Bundesgerichtshof beschäftigt, scheint aber auch zunehmend klinische Depressionen bei Wissenschaftlern zu verursachen. Sie wird von der Arbeitsgruppe intensiv verfolgt.

Ein besonders problematischer Bereich der »unternehmerischen Hochschule« ist die Intransparenz bei der Verwendung sogenannter Drittmittel für wissenschaftliche Arbeiten. Hier besteht die Gefahr wirtschaftlichen und auch wissenschaftlichen Fehlverhaltens. Die Gerichte, aber auch die Landesgesetzgeber über die Informationsfrei-

heitsgesetze und die Hochschulgesetze, greifen hier ein, die Güterabwägung fällt jedoch bisher überwiegend gegen Transparenz aus.

In den vier Sitzungen des Jahres 2014 begann die Arbeitsgruppe, Einzelthemen aus ihren 2013 ausgewählten Themenbereichen auszuarbeiten. Dazu gehörte der Versuch einer Analyse der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland im Hinblick auf interessengeleitete Aussagen mit wissenschaftlichem Anstrich. Darüber hinaus die Erarbeitung einer Self-Audit Checkliste für die Korruptionsprävention an Hochschulen und ihre Validierung in Kooperation mit fünf Hochschulen. Außerdem wurde der weitere Ausbau des Informationsportals hochschulwatch.de in Zusammenarbeit mit der tageszeitung (taz) und dem fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenenschaften) mit neuen Angaben insbesondere zur Zusammensetzung von Hochschulräten, zu Stiftungsprofessuren und zu Sponsoring vorangetrieben.

Des Weiteren versuchte die Arbeitsgruppe, auf die Gesetzgeber in Richtung mehr Transparenz in den staatlichen Wissenschaftseinrichtungen über die Hochschul- und Informationsfreiheitsgesetze Einfluss zu nehmen. Hierzu wurde mit den Arbeitsgruppen Informationsfreiheit und Gesundheitswesen sowie mit drei Regionalgruppen zusammengearbeitet. Außerdem befasste sich die Arbeitsgruppe mit der Dokumentation des Abbaus der freiheitlich-demokratischen Selbstverwaltung zugunsten einer kennzahlenorientierten, hierarchischen Steuerung im Hinblick auf die Korruptionsgefahr in den Hochschulen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe waren dazu im Jahr 2014 auch an einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen, auch außerhalb von Transparency, beteiligt. Die Kontakte zu Transparency-Chaptern anderer Länder, zu Arbeits- und Regionalgruppen von Transparency Deutschland sowie zu Hochschulen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Stellen wurden ausgebaut.

## Politische Bildung

### Schulen

Um noch mehr Schulen mit ihren Bildungsangeboten zu erreichen, haben die zwei Arbeitsgruppen Bildung in Berlin unter Leitung von Uwe Bach sowie in Bremen unter Leitung von Wolfgang Frauenkron ihre Kooperationen aus-

WISSENSCHAFT:  
PROF. DR. GÜNTER-ULRICH  
TOLKIEHN

POLITISCHE BILDUNG:  
RICARDA BAUCH

## Hochschulwatch.de

Bei Hochschulwatch stand das Jahr 2014 im Zeichen des bevorstehenden Relaunches Anfang 2015. Gemeinsam mit der Tageszeitung (taz) und dem fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) stellten die Aktiven umfassende Anfragen an Hochschulen und entwickelte eine neue Plattform, auf der Nutzer nunmehr nicht nur nach Hochschulen, sondern auch gezielt nach Unternehmen suchen können.

Mehr als 10.000 Datensätze zu Verbindungen von Wirtschaft und Wissenschaft sind inzwischen auf der Plattform durchsuchbar und anschaulich visualisiert. Damit liefert Hochschulwatch eine fundierte Grundlage für die Diskussion über Einflüsse von Unternehmen in der Wissenschaft und setzt gleichzeitig ein Zeichen gegen die mangelnde Transparenz der Hochschulen.

Auf der Webseite finden sich Daten über alle Hochschulräte und Stiftungsprofessuren an deutschen Hochschulen. Auch Informationen über Sponsoring sowie Deutschlandstipendien lassen sich für alle Regionen Deutschlands recherchieren.

Nach wie vor arbeitet Hochschulwatch sehr gerne mit Regionalgruppen zusammen, die das Thema an Hochschulen vor Ort ins Gespräch bringen wollen. Hinweise auf Verflechtungen von Unternehmen mit der Wissenschaft sind jederzeit willkommen.

Transparenz an Hochschulen ist weiterhin ein wichtiges Thema in der öffentlichen Debatte um die Freiheit der Wissenschaft, auf das wir eindringlich hinweisen sollten.



gebaut. In Berlin wurde die Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat für Schulwesen fortgeführt, und es wurden neue Kontakte zu den Initiativen Engagement Global - Bildung trifft Entwicklung sowie dem Zentrum für Globales Lernen in Berlin (EPIZ e.V.) aufgebaut. Insgesamt konnten an neun Berliner und Bremer Gymnasien, Oberschulen und Oberstufenzentren Unterrichtseinheiten über Korruption durchgeführt werden. Die Resonanz und das Feedback der Schülerinnen und Schüler waren sehr positiv.

Um Lehrerinnen und Lehrer als Multiplikatoren zu stärken, wurden darüber hinaus sowohl in Berlin als auch Bremen Unterrichtsmaterialien ausgearbeitet. In Bremen wurde eine Schullei-

ter- und Lehrerfortbildung für das Landesamt für Schulpraxis in Zusammenarbeit mit der Zentralen Antikorruptionsstelle (ZAKS) und der Antikorruptionsbeauftragten Bildung ausgearbeitet. Die Fortbildung für Referendare wird im März 2015 stattfinden.

## Hochschulen

Auch an Hochschulen war Transparency Deutschland präsent. An der Hochschule Bremen wurden in Zusammenarbeit mit der ZAKS zwei Vorträge gehalten. Außerdem wurde das Symposium der Universität Magdeburg »Die EU verstehen und gestalten« durch einen Vortrag zu Lobbyismus in der EU unterstützt.

## Weitere Veranstaltungen und Kooperationen

Anlässlich der 10. Deutsch-Russischen Herbstgespräche am 8. November 2014 in Berlin hatte die AG Politische Bildung Gelegenheit im Rahmen des Forums »Bildungsauftrag Ehrlichkeit« über Bildungsziele und Forderungen an Akteure in der formalen und non-formalen Bildung zu diskutieren. Es konnten Kontakte zu diversen Bildungsträgern geknüpft werden, wie dem Deutsch-Russischen Austausch, MitOst e.V. und CRISP, die sich ebenfalls mit dem Thema Korruption und Integrität beschäftigen.

Ein Blick über den Tellerrand ermöglichte zudem die Teilnahme an der Fachtagung Verbraucherbildung des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv). Auf der Tagung im Juni 2014 diskutierten Experten aus Politik, Wissenschaft und Bildung über die Integration von Verbraucherthemen in den Schulunterricht.

## Wissenschaftlicher Arbeitskreis

Sebastian Wolf und Peter Graeff haben im Frühjahr das German Law Journal wegen eines Special Issues über die ethischen Herausforderungen von Korruption angefragt. Nach einer langen Entscheidungsphase hat sich die Zeitschrift bereit erklärt, ein Themenheft herauszugeben, in dem Mitglieder des wissenschaftlichen Arbeitskreises sowie einige weitere Fachkollegen Beiträge hinzusteuern. Der Arbeitskreis setzt damit seine Publikationsarbeit nach den beiden Buchveröffentlichungen mit einem neuen Format fort. Das Special Issue soll unter dem Titel »Ethical Challenges of Corrupt Practices: Formal and Informal Conflicts of Norms and Their Moral Ramifications« erscheinen.

HOCHSCHULWATCH.DE  
ARNE SEMSROTT

WISSENSCHAFTLICHER  
ARBEITSKREIS:  
PROF. DR. PETER GRAEFF

Das Jahrestreffen des wissenschaftlichen Arbeitskreises fand am 7. und 8. November 2014 in Karlsruhe statt. Jens Ivo Engels wurde als Referent zu dem Treffen eingeladen und hielt einen Vortrag zum Thema Korruption als Phänomen der Moderne. Seine Hauptthese lautete, dass Korruption eine Erfindung moderner Gesellschaften ist. Seine Schlussfolgerungen, dass unser heutiges Korruptionsverständnis im 18. Jahrhundert geprägt wurde und die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre voraussetzt, so dass nicht nur das Bild der Korruption als »historischer Rückschritt« in vormoderne Gesellschaftsformen falsch ist und ein kasuistischer Umgang mit diesen Delikten besser wäre, wurden lebhaft im Arbeitskreis diskutiert.

Nicole Perez stellte die Transparency-Regionalgruppe Baden-Württemberg vor und Jamie Lee Campbell referierte zum Thema »Beeinflusst die Organisationskultur, ob Mitarbeiter korrupt werden?«. Tanja Rabl und ihre Mitarbeiterin stellten ihr neues Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vor, in dem sie die Sensibilisierung für Korruptionspräventionsmaßnahmen in kleinen und mittelständischen Unternehmen untersuchen. Das Projekt befindet sich noch in der Konzeptionsphase für

die Erhebungen. Der Arbeitskreis machte Vorschläge für die theoretischen Grundlagen sowie die Operationalisierung.

Nach dem Jahrestreffen organisierte Holger Niehaus einen Besuch des Bundesgerichtshofs (BGH). Nachdem die Arbeitskreis-Mitglieder durch die Gebäude und Sitzungssäle des BGH geführt worden waren, hatten sie die Gelegenheit, den BGH-Richter Dr. Andreas Quentin zu treffen und ihn zu seinen Erfahrungen mit dem Siemensprozess zu befragen.



## 03

# AUS DEN REGIONALGRUPPEN

### Baden-Württemberg

BADEN-WÜRTTEMBERG:  
NICOLE PEREZ

BERLIN/BRANDENBURG:  
DR. ASTRID WOKALEK

Im vergangenen Jahr traf sich die Regionalgruppe insgesamt dreimal in Stuttgart. Beim ersten Arbeitstreffen im März stellten die Mitglieder inhaltlich die Weichen für das Jahr 2014. Den Startschuss in das Jahr gab eine Anfrage an den Justizminister des Landes Baden-Württemberg, in der die Regionalgruppe die Missbrauchsrisiken bei Beauftragung von Insolvenzverwaltern, Sachverständigen, Dolmetschern, Betreuern sowie die Zuweisung von Auflagen im Rahmen der Verfahrenseinstellung thematisierte und nach Details über die vom Ministerium getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen fragte.

Im Frühjahr startete die Initiative zur verstärkten Kooperation mit den Hochschulen des Landes, zum einen zur besseren Vernetzung, zum anderen um die Arbeit und Ziele von Transparency Deutschland als Organisation auch in der Hochschullandschaft sichtbar zu machen. Aus der äußerst positiven Reaktion ergaben sich eine Vielzahl von Vorträgen an Hochschulen, zumeist im Rahmen des Studium Generale.

Eine noch jüngere Zielgruppe, nämlich Schüler der gymnasialen Oberstufe, erreichte die Regionalgruppe mit einem Informationsstand bei Model United Nations, einer Simulation der UN-Vollversammlung in der Liederhalle Stuttgart. Dort war der Aushang des Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2013 der absolute Renner und in den Sitzungspausen der Vollversammlung wurde anhand des Länderranking an der passenden Argumentation für die noch folgenden Sitzungen gefeilt.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft Stuttgart-Samara (Russland) und des deutsch-russischen Projektes »Mittelstandsförderung in der

kommunalen Verwaltung« wurde die Regionalgruppe eingeladen, einer Delegation von Wirtschaftsstudenten und Professoren die Arbeit von Transparency und im speziellen die Tätigkeiten der Regionalgruppe vorzustellen. Nicole Perez referierte hierzu im Rathaus Stuttgart vor einem äußerst interessierten Auditorium.

Im Sommer konnte Günter-Ulrich Tolkiehn, Leiter der Arbeitsgruppe Wissenschaft, als Gastredner gewonnen werden. Er referierte zum Thema »Informationsfreiheit und Wissenschaft - wo ist das Problem?«. In seinem Vortrag beleuchtete er am Beispiel des Wissenschaftsbetriebes das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit von Informationspflichten und dessen Grenzen.

Wie in den Jahren zuvor trieb die Regionalgruppe auch im Jahr 2014 die Vernetzung zu anderen Organisationen und Initiativen wie zum Beispiel Mehr Demokratie e.V., der Wirtschaftsgilde e.V. und anderen lokalen Vereinigungen aktiv voran, um Kräfte zu bündeln und zukünftig gemeinsame Projekte umzusetzen. So stellte beispielsweise die stellvertretende Regionalgruppenleiterin Berta van Schoor Möglichkeiten des Engagements bei Transparency Deutschland auf einer Podiumsdiskussion der Evangelischen Akademie Bad Boll vor.

Die Schritte zur Einführung des angekündigten Landesinformationsfreiheitsgesetzes beobachtet die Regionalgruppe nach wie vor mit höchster Aufmerksamkeit. Die lang angekündigte Vorlage der Eckpunkte im Dezember 2014 ist lediglich ein erster Schritt auf dem Wege zu einer gesetzlichen Regelung, die leider immer noch auf sich warten lässt.

## DIE REGIONALGRUPPEN IN DEUTSCHLAND



### Berlin/Brandenburg

Schwerpunkt der Regionaltreffen war wie jedes Jahr jeweils ein ausgewähltes Thema, das durch einen Vortrag vorgestellt und anschließend diskutiert wurde. Am 4. Februar 2015 referierte Johann Kubica, Mitglied der Arbeitsgruppen Strafrecht und Finanzmarkt, zum Thema Geldwäsche. Tobias Hecht, Referent der Geschäftsstelle, berichtete zudem von der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, bei der Transparency Deutschland eine Studie vorstellte, die Korruption als eine Hauptbedrohung für Stabilität und Frieden identifiziert. Die Beteiligung an der Münchner Sicherheitskonferenz wurde nicht zuletzt durch den Einsatz von Transparency-Mitgliedern möglich gemacht.

Im April war Friedrich Hاونert, Leiter der Arbeitsgruppe Transparenz in der Zivilgesellschaft, zu Gast und sprach zum Thema »Die Problematik von Korruption und Transparenz in Vereinen und Stiftungen«. Am 18. Juni 2015 sprach Sieglinde Gauer-Lietz, Leiterin der Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit und stellvertretende Regionalgruppenleiterin der Regionalgruppe Niedersachsen, über Korruptionsprävention in der Staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Erst-

**BREMEN:  
WOLFGANG FRAUENKRON**

maling hat die Regionalgruppe bei diesem Treffen (Neu-)Mitgliedern und Interessierten vor Beginn des Regionaltreffens Gelegenheit gegeben, individuelle Fragen zu stellen. Die Regionalgruppe konnte sechs Interessenten begrüßen und bietet diese Vorabgespräche nun regelmäßig an.

Im September vermittelte Jamie-Lee Campell, Mitglied bei Transparency Deutschland und Forschungsassistentin am Institut für Industriepsychologie der Universität Würzburg, der Regionalgruppe interessante Erkenntnisse zum Thema »Können wir alle korrupt werden? Was uns die Psychologie zu den Gründen von Korruption sagen kann«.

Sylvia Schenk, Leiterin der Arbeitsgruppe Sport, referierte am 6. November 2014 angesichts der Olympiabewerbungen von Berlin und Hamburg zum Thema »Olympia und die Ethik - wie Transparency Deutschland die olympische Bewerbung durchleuchtet«. Bereits im Juli hatte die Regionalgruppe den Regierenden Bürgermeister der Stadt Berlin kontaktiert, um für die Einhaltung transparenter und ethischer Standards bei einer möglichen Bewerbung um die Olympischen Spiele zu werben. Sowohl der Regierende Bürgermeister als auch der Landessportbund Berlin antworteten positiv. Interessierte Mitglieder, die sich bei diesem Thema aktiv einbringen wollen, sind herzlich eingeladen.

Das jährliche Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte fand im September statt, auch dieses Mal wieder mit Gästen aus anderen Regionen. Wie in den Jahren zuvor leitete Trans-

parency-Mitglied Martin Eggert die Diskussion »Was ist Korruption?« und ließ die Teilnehmenden anhand von konkreten Fällen ihr Verständnis des Begriffs diskutieren. Vorstandsmitglied Anke Martiny berichtete aus persönlicher Erfahrung über die Anfangsjahre des Vereins. Auf großes Interesse stieß die Vorstellung des digitalen Engagements bei FragdenStaat.de und Hochschulwatch.de durch Maria Reimer, bei Transparency Deutschland zuständig für FragdenStaat.de. Eine Neuerung im Programm waren drei parallele Gruppendiskussionen, die jeweils von einer Arbeitsgruppe von Transparency Deutschland angeboten wurden. Zu danken ist hier Jochen Bäumel von der Arbeitsgruppe Politik, Andreas Novak, im Vorstand verantwortlich für die Arbeitsgruppe Wirtschaft, und Angela Reitmaier, Leiterin der Arbeitsgruppe Internationale Vereinbarungen.

Nach wie vor führt die Regionalgruppe externe Kontakte aktiv und erfolgreich fort. Als erstes ist dabei das Schulprojekt von Transparency-Mitglied Uwe Bach zu nennen, das sich im Januar 2013 konstituierte und Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe und Sekundarstufe II allgemeinbildender Schulen anbietet.

Mehrere Mitglieder der Regionalgruppe haben sich zudem an Infoständen beteiligt: So zur Verstärkung der Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit beim Tag der offenen Tür des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im August und beim Markt der Möglichkeiten anlässlich des zehnjährigen Jubiläums von Campact e.V.

> MITGLIEDER DER REGIONALGRUPPE BERLIN/BRANDENBURG BEIM INFOSTAND AM TAG DER OFFENEN TÜR DES BMZ IM AUGUST 2014



**Bremen**

Die Regionalgruppe Bremen hat derzeit 26 Mitglieder (Stand: Dezember 2014). Sie trifft sich circa viermal im Jahr zu einer Veranstaltung mit thematischem Schwerpunkt. Die bei der Jahresplanung beschlossenen regionalen Projekte werden in Kleingruppen weiter bearbeitet und vorangetrieben. Eine »Steuergruppe« trifft sich alle drei Wochen, um anfallende Probleme zu besprechen und die Arbeit der Arbeitsgruppen zu koordinieren.

Im ersten Regionalgruppentreffen am 27. Februar 2015 wurde das Thema »Korruption im Bauwesen« behandelt. Als Referent war der Monitor des Integritätspaktes beim Klinikum Bremen-Mitte Jürgen Gotthold anwesend, der berichtet hat, was der Integritätspakt leisten kann. Beim Regionalgruppentreffen im Juni stellte Susanne Warnholz

die Zentrale Antikorruptionsstelle (ZAKS) vor. Das dritte Regionalgruppentreffen beschäftigte sich mit der Planung des Antikorruptionstages und der Planung für das Jahr 2015.

Anlässlich des Internationalen Antikorruptionstages hat die Regionalgruppe am 2. Dezember 2014 beim vierten Regionalgruppentreffen das Thema Whistleblower behandelt. Als Referenten waren der Schweizer Whistleblower Rudolf Elmer, der ehemalige Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts Michael Grauvogel und Transparency-Vorstandsmitglied Andreas Novak eingeladen.

Die Regionalgruppe Bremen setzt sich seit dem Jahr 2013 gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V., dem Chaos Computer Club Hannover und der Open Knowledge Foundation Deutschland im »Bremer Bündnis für Informationsfreiheit und Transparenz« für ein innovatives Transparenzgesetz in Bremen ein und hat einen Gesetzentwurf für die Novellierung des Bremischen Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) vorgelegt. Ende des Jahres 2014 haben die Regierungsparteien von SPD und Bündnis90/Die Grünen ein eigenes Gesetz vorgelegt, das sich in den meisten Punkten an den Entwurf des Bündnisses anlehnt. Dieses versucht, die noch fehlenden Punkte in die Diskussion einzubringen.

Darüber hinaus haben Mitglieder der Regionalgruppe verschiedene Vorträge an Schulen, dem Landesinstitut für Schulen (LIS) Bremen, der Universität und der Hochschule in Bremen in Zusammenarbeit mit der ZAKS und der Antikorruptionsbeauftragten der Senatorin für Bildung und Wissenschaft gehalten.

## Frankfurt/Rhein-Main

Das erste Treffen der Regionalgruppe am 20. Februar 2014 fand in den Räumlichkeiten der Stiftung Citoyen statt. Auf der Tagesordnung standen die Planung und Organisation unserer Aktivitäten für 2014.

Im Vordergrund standen hier die kommenden Termine, Entwicklungen und aktuelle Informationen über unsere Arbeit. Ein wiederkehrendes Thema unserer Treffen ist »Mitgliederaktivierung«. Auch diesmal wurden Möglichkeiten und Ansätze diskutiert, Mitglieder der Regionalgruppe in die Aktivitäten einzubinden. Weitere wichtige Tagesordnungspunkte waren das geplante Einführungsseminar am 20. September 2014 sowie die gemeinsame Veranstaltung mit Pricewaterhouse-

Coopers (PwC) zum Thema »Korruption in der Gesundheitswirtschaft«.

Am 4. April 2014 luden die Regionalgruppe und der Verlag Wiley gemeinsam zu einem Vortrag und der Buchvorstellung von Michael Woodford ein. »Enthüllung – kaltgestellt, gejagt, bedroht«, so der Titel des Buches, in dem Michael Woodford über den größten Betrugsfall der japanischen Wirtschaftsgeschichte berichtete.

Beim Treffen am 6. Juni 2014 war Jamie-Lee Campbell, Mitglied bei Transparency Deutschland und Forschungsassistentin am Institut für Industriepsychologie der Universität Würzburg, zu Gast. Sie referierte zu »Von schlechten Äpfeln und schlechten Fässern - Wissenschaftliche Aspekte und die psychologische Erforschung von Korruption«. Jamie-Lee Campbell ist Doktorandin und Mitglied des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Gemeinsam mit Vorstandsmitglied Anke Martiny betreute sie eine Schwerpunktausgabe des »Scheinwerfer« zum Thema »Psychologische Aspekte von Korruption«.

Das traditionelle »Open Air«-Sommertreffen der Regionalgruppe fand in diesem Jahr am 26. Juli 2014 und damit noch vor den Sommerferien statt. Dieses Treffen – wie immer ganz ohne Tagesordnung – wurde auch diesmal wieder gerne von Interessentinnen und Interessenten genutzt, um sich über Transparency Deutschland und die Arbeit der Regionalgruppe zu informieren und deren Akteure kennen zu lernen. Die Regionalgruppe traf sich dazu erstmals in einem »neuen« gemütlichen Biergarten direkt am Mainufer.

### > AUFWÄRMÜBUNGEN BEIM EINFÜHRUNGSSEMINAR IN FRANKFURT





HAMBURG/SCHLESWIG-HOLSTEIN:  
HELENA PELTONEN-GASSMANN

Nach sieben Jahren fand erstmals wieder ein Einführungsseminar in der Region statt. Am 20. September 2014 konnte die Regionalgruppe dazu 14 Teilnehmer begrüßen. Nach der Begrüßung und Einführung durch die Leitung der Regionalgruppe diskutierten die Teilnehmenden anhand von Fallbeispielen die Frage »Was ist Korruption?«. Nach der Mittagspause erhielten die Teilnehmenden einen detaillierten »Ein-Blick« zu Historie, Struktur und Personen sowie die Arbeitsweise von Transparency Deutschland durch Vorstandsmitglied Gabriele Klug und Sylvia Schwab, Referentin der Geschäftsstelle. Sylvia Schenk, Leiterin der Arbeitsgruppe Sport, berichtete im Anschluss ausführlich aus der Praxis anhand zahlreicher Beispiele über Korruption und Manipulationen im Sport. Nach drei parallelen Workshops endete das Seminar mit einer ausführlichen offenen Diskussions- und Feedbackrunde.

Die im Oktober geplante gemeinsame Veranstaltung mit PricewaterhouseCoopers (PwC) zum Thema »Korruption in der Gesundheitswirtschaft« fand noch nicht statt und es ist geplant, sie im kommenden Jahr durchzuführen. Zum Jahresabschluss traf sich die Regionalgruppe am 12. Dezember 2014 ein letztes Mal zu einer kleinen vorweihnachtlichen Feier, ganz ohne Tagesordnung und Protokoll, bei einem gemütlichen Zusammensein.

### Hamburg/Schleswig-Holstein

Die Aktiven der Regionalgruppe haben sich in thematischen Gruppen organisiert, um ihre Aktivitäten fokussierter und schlagkräftiger zu gestalten. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt, denn die Betei-

ligung an den Regionaltreffen hat deutlich zugenommen und das aktive Mitwirken mit konkreten Zielen und Ergebnissen bereitet den Mitgliedern Freude und Befriedigung.

Die Themengruppe Transparenzgesetz war im Jahr 2014 stark gefordert, denn das vom Gesetz geforderte Online-Transparenzportal wurde nach zweijähriger Entwicklungsarbeit fertiggestellt und sorgte noch einmal für Schlagzeilen. Tagesschau, Monitor und NDR Journal sendeten TV-Berichte und -Interviews mit der Regionalgruppenleitung. Gemeinsam mit den anderen Initiatoren des Gesetzes organisierte Transparency eine viel beachtete Podiumsdiskussion mit dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten, der Projektverantwortlichen der Finanzbehörde, dem netzwerk recherche e.V. und der ehemaligen slowakischen Justizministerin als besonderem Gast. Sie war die Ideengeberin für die Veröffentlichung von Verträgen. Lokale und bundesweite Presse veröffentlichten zahlreiche Artikel mit Stellungnahmen oder Artikeln der Regionalgruppe zu dem erfolgreichen Paradigmenwechsel in der Welt der Informationsfreiheit und zivilgesellschaftliche Organisationen luden die Regionalgruppe zu Podiumsgesprächen ein.

Die Themengruppe Hinweisgeber organisierte in Kooperation mit dem Whistleblower-Netzwerk e.V. und dem DokZentrum ansTageslicht.de an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) eine Fotoausstellung im Bezirksamt Eimsbüttel. Der Zeitpunkt war besonders günstig, denn im Bezirksamt war das Thema Hinweisgeberschutz – initiiert durch ein Mitglied der Regionalgruppe – das Schwerpunktthema im Personalrat. Ein Regionalgruppenvertreter war als Referent geladen, zum Thema Hinweisgeber in der öffentlichen Verwaltung zu sprechen. Aus dieser Sitzung ging eine Personalratsarbeitsgruppe »Hinweisgeberschutz« hervor, die unter anderem eine Spitzenvereinbarung zum Schutz von Hinweisgebern im öffentlichen Dienst Hamburg vorbereiten soll. Ein Artikel eines Mitgliedes der Regionalgruppe in der ver.di-Gewerkschaftszeitschrift zum Thema vertiefte die Wirkung.

Die beabsichtigte Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele 2024/2028 gab den Startschuss für die Themengruppe Sport. Mit der Arbeitsgruppe Sport wurde verabredet, den Ersten Bürgermeister der Hansestadt Hamburg zu ermuntern, für eine transparente Olympiabewerbung zu sorgen und den bereits für die

> PRESSEKONFERENZ ZUM HAMBURGER TRANSPARENZPORTAL IM OKTOBER 2014



## Metropolregion Nürnberg

Münchner Olympiabewerbung entwickelten Ethik-Code und die zugehörigen Richtlinien anzuwenden. Dies hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Der Hamburger Senat lud die Regionalgruppe zur aktiven Mitarbeit ein und gab dies auch in den Medien bekannt. Die Regionalgruppe beteiligt sich aktiv im Dialogkreis »Nachhaltigkeit«.

Parallel zur bundesweiten Neuauflage der Studie über Nachhaltigkeitsberichte deutscher Großunternehmen nahm die Themengruppe Corporate Social Responsibility (CSR) die Nachhaltigkeitsberichte Hamburger Großunternehmen unter die Lupe und veröffentlichte die Erkenntnisse zeitgleich mit der bundesweiten Studie.

Als »roter Faden« zog sich durch alle Treffen der Regionalgruppe im Jahr 2014 das Bewusstsein dass die angesprochenen Themen jede Einzelne und jeden Einzelnen irgendwann im Leben berühren können oder werden. Den Auftakt bildete im März das zwar knapp formulierte, aber inhaltschwere Thema »Fehlentscheidungen im Justizsystem«, zu dem Transparency-Mitglied Tobias Rudolph in seiner Kanzlei referierte. Neben vielen rechtlichen Aspekten und damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Strömungen wurde in Nürnberg – das liegt auf der Hand – auch der Fall Mollath lebhaft diskutiert. Mit diesem Thema hat sich Tobias Rudolph auch als Buchautor beschäftigt.

METROPOLREGION NÜRNBERG:  
MARION NOBBE

»DURCH MEIN POLITIKSTUDIUM UND ERSTE ERFAHRUNGEN IN DER KOMMUNALPOLITIK BIN ICH DARAUF AUFMERKSAM GEWORDEN, WIE SCHÄDLICH KORRUPTION SEIN KANN. MEIN PRAKTIKUM IN DER GESCHÄFTSSTELLE HAT MICH FÜR DIE ARBEIT VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND BEGEISTERT. MIT MEINER MITGLIEDSCHAFT MÖCHTE ICH AKTIV STELLUNG FÜR EINE TRANSPARENTE UND FAIRE GESELLSCHAFT BEZIEHEN.«

Ruben Rauber, Mitglied,  
Student aus Mainz



Die Themengruppe Zivilgesellschaft startete ihre Aktivitäten zur Förderung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unter den Hamburger Vereinen und Stiftungen.

Besonders froh sind wir über die Themengruppe Öffentlichkeitsarbeit, die seit Mitte 2014 in unregelmäßigen Abständen einen eigenen Regionalgruppen-Newsletter herausgibt. So bleibt der Kontakt zu den Mitgliedern lebendig, Veranstaltungen und Ereignisse in der Region erfahren besondere Aufmerksamkeit und die Mitglieder bleiben auf dem Laufenden.

Anfang September übergab Gerd Leilich nach sechs Jahren die Leitung der Regionalgruppe an Helena Peltonen.

Im Mai sprach Transparency-Vorstandsmitglied und Facharzt Wolfgang Wodarg über »Interessenskonflikte am Beispiel des Gesundheitswesens«. Er beeindruckte mit detailliertem Wissen und illustrierte seinen Vortrag, auch für Laien gut verständlich, anhand einer schematischen Darstellung der Geldströme im Gesundheitswesen.

»Außer Haus«, im Nürnberger Presseclub, beteiligten sich Mitglieder der Regionalgruppe im Juli aktiv an dem Diskussionsabend »Menschenrechte und Realpolitik – ein Widerspruch«. Veranstaltet vom Auswärtigen Amt und den Nürnberger Nachrichten kamen die Themen Schutz von Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten im Ausland sowie von Whistleblowern in korrupten Systemen zur Sprache.

Im November folgte der Schwerpunkt Lobbyismus, den Marion Nobbe beim Treffen der

BILD: PRIVAT

MÜNCHEN:  
DR. MICHAEL HEISEL

NIEDERSACHSEN:  
DENNIS SCHWARZ

Regionalgruppe beleuchtete. Lobbyismus als legitime Interessensvertretung ist nützlich. Als Mittel, um partikularen Einfluss oder Macht auszuüben, ist Lobbyismus allerdings teils in Verruf geraten. Diese Art von Lobbyismus kann sich negativ auf mehr oder weniger breite Kreise der Zivilgesellschaft auswirken.

Gleich dreimal war die Regionalgruppe Metropolregion Nürnberg im vergangenen Jahr in universitärem Rahmen gefragt.

Bei den Bayreuther Dialogen 2014, veranstaltet vom Studiengang Philosophy & Economics der Universität Bayreuth, beleuchtete das für die Regionalgruppe zuständige Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild auch eigene Positionen. Sein Vortrag und die anschließende Diskussion standen unter dem Thema »Macht von Nichtregierungsorganisationen«.

Forschungsergebnisse verbunden mit einer Analyse korrupten Verhaltens in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen sowie unterschiedlichen Zeiträumen lieferte der Workshop »Korruption« des Themenverbund Ost-West-Transfers der Universität Regensburg.

Bei der Fachschaftstagung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Cusanuswerk, dem Begabtenförderungswerk der katholischen Kirche, füllten die Themen Lobbyismus, Einflussnahme auf Medien sowie Einflussnahme der Wirtschaft an Schulen einen kompletten Vormittag. Die bundesweit nach Münsterschwarzach angereisten 35 Teilnehmenden diskutierten engagiert - auch über die moralischen Aspekte der Korruption. In Regensburg und in Münsterschwarzach war Marion Nobbe Referentin und Sparringspartnerin.

## München

Die Regionalgruppe München traf sich im Jahr 2014 alle zwei Monate. Bei den Treffen gab es neben Berichten über das Vereinsleben und Transparency-Themen jeweils Referate zu speziellen Themen. Georg Zoche berichtete über Korruption bei der Vergabe von Fördermitteln des Bundes. Interessant und zugleich erschreckend ist, wie korruptionsanfällig die Strukturen bei der Auswahl sind. Anke Martiny stellte sich als das für die Regionalgruppe zuständige Vorstandsmitglied vor und diskutierte mit den Mitgliedern frühere Aktionen und Pläne für die Zukunft.

In einem späteren Referat wurde das Freihandelsabkommen TTIP vorgestellt und Positionierungsvorschläge dazu. Inzwischen wurde eine Projektgruppe unter Leitung von Helena Peltonen-Gassmann gebildet, die ein fundiertes Positionspapier von Transparency Deutschland zu TTIP vorbereiten soll. In einem weiteren Referat informierte Transparency-Mitglied Thomas Troidl über die Praxis der Akteneinsicht nach den Informationsfreiheitsgesetzen (IFG) der verschiedenen Bundesländer. Da die Informationsfreiheitsgesetzgebung in den Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet ist, gibt es keine einheitliche Praxis bezüglich der Akteneinsicht. Beim letzten Treffen des Jahres wurde über das Annual Membership Meeting von Transparency International und die Wahl von José Ugaz zum neuen Vorsitzenden berichtet. Ein weiteres Thema waren die Strukturen beim Europäischen Patentamt.

Die im Vorjahr begonnene Zusammenarbeit mit Christoph Lütge vom Institut für Wirtschaftsethik der TU München konnte fortgesetzt werden. Themen des Hochschulthementages für Studenten naturwissenschaftlicher Fächer, den die Regionalgruppe organisiert und durchgeführt hatte, sind von Christoph Lütge in den Studienplan aufgenommen worden. Mitglieder der Regionalgruppe hielten Referate. Der für das Jahr 2014 geplante Hochschulthementag für Medizinstudenten musste auf das nächste Jahr verschoben werden. Bei der Hochschule in Augsburg wurde wieder ein Referat zur Arbeit von Transparency International vor Teilnehmenden eines Compliance-Lehrgangs gehalten.

Beim diesjährigen Tollwood-Festival war die Regionalgruppe wieder an einem Tag mit einem Stand vertreten.

Allen Mitgliedern und Freunden, die die Regionalgruppe in diesem Jahr unterstützt haben, sei ganz herzlich gedankt. Insbesondere zu danken ist denjenigen, die sich bei den verschiedenen Aktionen unserer Gruppe engagiert haben. Die Regionalgruppe freut sich immer über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter und lädt alle Mitglieder in München ein, sich aktiv zu engagieren.

## Niedersachsen

Die Regionalgruppe befasste sich im Jahr 2014 insbesondere mit dem Recht auf Informationsfreiheit in Niedersachsen. Niedersachsen verfügt als eines der letzten Bundesländer über keine landesgesetzliche Regelung zum offenen

Umgang mit staatlichen Informationen. Auch im zweiten Jahr der Regierungsverantwortung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeigte die Landesregierung wenig Initiative. Das ist umso erstaunlicher, als im Vorfeld der letzten Landtagswahlen mindestens ein Informationsfreiheitsgesetz erklärtes Ziel der nun amtierenden Parteien war. Nun werden unter anderem veränderte Prioritäten und die immer weiter fortschreitende Entwicklung der Gesetzgebung und Rechtsprechung zur Transparenz als verzögernde Faktoren angegeben.

Aus Sicht der Regionalgruppe Niedersachsen sind das nur scheinbare Gründe. Es gibt gute und zum Teil praxiserprobte Regelungswerke. Im Rahmen des Bündnis »Transparenz schafft Vertrauen – Bündnis für Transparenz in Niedersachsen« engagiert sich die Regionalgruppe gemeinsam mit Organisationen wie Mehr Demokratie e.V. und dem Chaos Computer Club Hannover e.V. für die Schaffung eines Transparenzgesetzes nach Hamburger Vorbild.

Darum war es im Berichtsjahr die wesentliche Aufgabe der Regionalgruppe Niedersachsen die Landesregierung nicht nur kritisch in dieser Entwicklung zu begleiten, sondern mit anderen Akteuren an Alternativen zu arbeiten und hilfreiche Strategien zu entwickeln, um die Regierung zu einer zügigen Umsetzung zu bringen. Dazu gehörten neben regelmäßigen Workshops mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Bereich der Informationsfreiheit und Basisdemokratie auch der fachliche und strategische Austausch mit den Arbeitsgruppen von Transparency Deutschland.

## Ruhrgebiet-Westfalen

Die Regionalgruppe Ruhrgebiet-Westfalen traf sich im Jahr 2014 in einem regelmäßigen Zyklus von drei Monaten. Hierbei wurde unter anderem darüber diskutiert, mit welchen regionalen Institutionen und Bildungseinrichtungen eine langfristige Kooperation für gemeinsame Veranstaltungen aufgebaut werden soll.

Zum internationalen Antikorruptionstag am 9. Dezember 2014 fand in Kooperation mit der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld eine Vortragsreihe mit dem Titel »Anti-Korruption ist Chefsache« statt. Nach einer kurzen Einführung durch den IHK-Referenten Jens U. Heckeroth, stellte Transparency-Mitglied Harald Schlüter zunächst das deutsche Chapter und die Arbeit von Transparency Interna-

tional vor. Im Anschluss sprach Oberstaatsanwalt Wolf Tilman Baumert in seinem Vortrag »Korruptionsprävention und -bekämpfung aus Sicht der Strafverfolgung« über die Folgen von Korruption und Möglichkeiten der Korruptionsbekämpfung. Abschließend ging Herr Schlüter detailliert auf die rechtlichen Hinweise zur Korruptionsprävention und den Aufbau von Compliance-Systemen ein.

Als Interessierte waren nicht nur Vertreter mittelständischer Unternehmen, sondern auch Polizeibeamte aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität und Mitarbeiter regionaler Hochschulen anwesend. Dies führte zu einer gehaltvollen Diskussion, die auch nach den Vorträgen in kleineren Einzelgruppen fortgeführt wurde. Alle Teilnehmenden waren sich darüber einig, dass eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema Korruptionsprävention und Compliance in weiteren Veranstaltungsformaten erneut aufgegriffen werden muss.

Am 17. Dezember 2014 hielt Regionalgruppenmitglied Lukas Gawor am Institut für Bildung, Kultur und Nachhaltige Entwicklung der Hochschule Bochum einen Vortrag mit dem Titel »Mit Transparenz gegen Korruption«. Die Institutsleiterin Hannelore Küpers, deren Arbeitsgebiet die Themen Interkulturelle Bildung und soziale und kommunikative Kompetenz umfasst, initiierte die Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe Ruhrgebiet-Westfalen. Der Vortrag beinhaltete zunächst einen ausführlichen Überblick über die Tätigkeitsfelder und die Organisationsstruktur von Transparency Deutschland. Darüber hinaus wurden typische Korruptionsmerkmale anhand konkreter Fälle anschaulich erklärt. Im Anschluss stellten die vierzig Teilnehmer spannende Fragen zur methodischen und empirischen Datengewinnung und zu Teilprojekten der einzelnen Arbeitsgruppen.

## Sachsen

Schwerpunkt der Tätigkeit der Regionalgruppe Sachsen war auch im Jahr 2014 der Transparenzfragebogen, der Grundlage für eine gemeinsam mit dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) durchzuführende Befragung der Großstädte sein soll.

Der Fragebogen wurde im Jahr 2014 zunächst noch einmal intern weiter überarbeitet. Anregungen von Regionalgruppen wurden dabei berücksichtigt. Zugleich wurde auf Anregung des Vorstands auch ein Wettbewerbselement mit aufgenommen. Die Kommunen sollten aufgefor-

RUHRGEBIET-WESTFALEN:  
DR. JAN TIBOR LELLEY  
LUKAS GAWOR

SACHSEN:  
LOTHAR HERMES



THÜRINGEN/SACHSEN-ANHALT:  
JAN LEMANSKI

dert werden, ein besonders wirksames Tool zur Korruptionsbekämpfung vorzustellen. Ziel sollte sein, die besten Ideen und Realisierungen für ein Antikorruptionswerkzeug durch eine gemeinsam von Transparency Deutschland und dem vhw zu bildende Jury zu prämiieren.

Im August 2014 fand eine Besprechung mit dem Geschäftsführer sowie weiteren zwei leitenden Mitarbeitern des vhw statt. Dabei konnte zunächst ein Grundkonsens für die Durchführung der Fragebogenaktion erzielt werden. Der Fragebogen sollte dann im Rahmen von Arbeitsgesprächen nochmals überarbeitet werden.

Es stellte sich im weiteren Verlauf jedoch heraus, dass der Fragebogen in der vorliegenden Form noch auf Bedenken bei einem anderen kommunalen Spitzenverband stieß. Demgemäß ist das Projekt zunächst einmal gestoppt und die Regionalgruppe hofft, diese Bedenken in weiteren Gesprächen aufklären und ausräumen zu können.

Ansonsten fand dieses Jahr eine Regionalgruppensitzung statt.

Im Verlauf des Jahres 2014 wurden mehrere Gespräche mit dem Sächsischen Landesverband der Nichtregierungsorganisation »Mehr Demokratie« sowie dem Sächsischen Landesverband des Deutschen Journalistenverbands (DJV) geführt, um nach Möglichkeiten für ein Bündnis zur Einforderung eines Transparenzgesetzes auch in Sachsen zu suchen. Grundsätzlich sollen noch weitere Teilnehmer für dieses Bündnis für ein Transparenzgesetz gewonnen werden.

### Thüringen/Sachsen-Anhalt

Das Berichtsjahr war maßgeblich von der Landtagswahl in Thüringen und der sich anschließenden Koalitionsverhandlungen für die Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt geprägt.

Die Regionalgruppe warb in dieser Zeit intensiv für die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes, das sich am Hamburger Transparenzgesetz orientieren soll. Im Koalitionsvertrag der ersten rot-rot-grünen Regierung hat man sich letztlich darauf verständigt, das Vorbild Hamburg als Grundlage einer Reform des Informationsfreiheitsgesetzes zu nutzen. Darüber hinaus sollen die Kontrollrechte des Informationsfreiheitsbeauftragten erweitert werden. Es bleibt nun abzuwarten, wie diese Vorhaben im konkreten

Regierungshandeln umgesetzt werden sollen. Die Regionalgruppe beabsichtigt, die Koalition dabei kritisch zu begleiten.

Ausgebaut wurde der Kontakt der Regionalgruppe zu kommunalen Entscheidungsträgern und zu den politischen Stiftungen. Dabei wurden insbesondere mögliche Kooperationen für das Jahr 2015 diskutiert und ein regelmäßiger Austausch über aktuelle Entwicklungen ins Leben gerufen.

Im Jahr 2015 möchte die Regionalgruppe die Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen und Aktivitäten nach außen verstärken. Insofern sind Interessierte herzlich willkommen.

»ICH MÖCHTE UNSERE WELT NACH MEINEN VORSTELLUNGEN MITGESTALTEN. DABEI SEHE ICH EINE GESELLSCHAFT AUF DER BASIS VON DEMOKRATIE UND VERTRAUEN, OHNE KORRUPTION. BEI TRANSPARENCY DEUTSCHLAND TREFFE ICH AUF MENSCHEN, DIE DAS AUCH SO SEHEN UND AUF STRUKTUREN, DIE ES MÖGLICH MACHEN, SICH THEMEN- UND REGIONALSPEZIFISCH EINZUBRINGEN.«

Johanna zum Felde, Mitglied,  
Angewandte Kulturwissenschaftlerin aus Hamburg



BILD: PRIVAT

# BERICHT DES BEIRATS

DR. ANKE MARTINY

Der Beirat tagte - zum letzten Mal unter dem Vorsitz von Barbara Stolterfoht - am 9. April 2014 in den Räumen der GIZ-Repräsentanz in Berlin. An- und abwesende Mitglieder hielten sich die Waage, der Transparency-Vorstand war durch die Vorsitzende Edda Müller und das für den Beirat zuständige Mitglied Anke Martiny vertreten. Wie üblich war die Tagesordnung der Zusammenkunft mehr als nur gut gefüllt, und das Diskussionsbedürfnis der Anwesenden sprach für das große Interesse an den aufgeworfenen Themen.

Berichtet und diskutiert wurde über die Verleihung des Whistleblower-Preises an Edward J. Snowden. Hierzu konnte ein kurzer Videofilm vorgeführt werden. Edda Müller bezeichnete die Preisverleihung als einen Höhepunkt des Jahres 2013 und Whistleblowing als eines der wichtigsten Themen, mit denen Transparency Deutschland sich schwerpunktmäßig beschäftigen müsse. Das geschah am Ende des Jahres durch die 6. Konferenz zur Strafverfolgung der Korruption in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ausführlich debattiert wurde über die Verschärfung des Straftatbestandes der Mandatsträgerbestechung, die im Februar beschlossen wurde. Hierdurch wurde nach zehnjährigem Stillstand die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption endlich möglich. Inzwischen beschäftigen sich mehrere Transparency-Arbeitsgruppen mit den Folgen des Gesetzes für die kommunalen Mandatsträger.

Die Vorsitzende informierte die Beiratsmitglieder ferner darüber, welche für Transparency Deutschland relevanten Themen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD enthalten sind. Schließlich spielte das von der europäischen

Kommission unterstützte Projekt »Lifting the Lid on Lobbying: Taking the Secrecy out of Politics in Europe« eine Rolle, das im März 2014 begann und auf zwei Jahre befristet ist. Siebzehn europäische Länder erstellen zunächst nationale Berichte zum Thema Lobbyismus und gehen mit der Forderung an die Öffentlichkeit, durch entsprechende Gesetzesänderungen dem Lobbyismus Schranken zu setzen.

Das Beiratsmitglied Barbara Rinke, ehemals Oberbürgermeisterin der Stadt Nordhausen in Thüringen, erläuterte am Beispiel ihrer Stadt, wie sich die Energiewende vollzog und welche Einflussmöglichkeiten Kommunen haben, um einer Privatisierung der Energieversorgung entgegenzuwirken und finanzielle Nachteile für die Kommune abzuwenden. Sie appellierte an die Bundesregierung, auf einen Masterplan zwischen Bund, Ländern und Kommunen hinzuwirken, der die Verantwortlichkeiten klärt und die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig einbezieht. Das Problem der nicht ausreichenden Abstimmung zwischen den verschiedenen Ebenen wurde in der Diskussion vertieft.

Schließlich wurde von der Münchner Sicherheitskonferenz berichtet. Edda Müller stellte die Studie »Corruption as a Threat to Stability and Peace« vor. Das Thema wurde im laufenden Jahr durch mehrere Konferenzen und Arbeitspapiere vertieft.

> BEIRATSSITZUNG AM 9. APRIL 2014



## 05

# MEDIEN- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

DR. HEIKE MAYER

Der Scheinwerfer hatte auch im diesem Jahr wieder spannende Themenschwerpunkte zu bieten. In den Schwerpunkten spiegeln sich zum einen die Arbeit, die Positionen und Aktivitäten des Vereins: Die Leiter und Mitglieder der Arbeitsgruppen helfen nach Kräften mit, Ideen, Artikel, Informationen und Interviews beizusteuern und so den Mitgliedern und der Öffentlichkeit die Aktualität und Wichtigkeit eines Schwerpunktthemas lebhaft vor Augen zu führen. Zugleich bemüht sich die Redaktion auch um einen Blick von außen und lädt regelmäßig Gastautoren ein, sich zum jeweiligen Schwerpunkt zu äußern.

Um es am Beispiel des ersten Heftes 2014 vom Februar deutlich zu machen: Zum Thema »Transparenz und Macht« verfasste Sonja Grolig, Leiterin der Transparency-Arbeitsgruppe Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit, einen Artikel über das Verhältnis der katholischen Kirche zur Macht. Als prominenten Autor konnten wir daneben den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele gewinnen, der in seinem Beitrag »Für eine bessere Kontrolle der Geheimdienste« plädiert. Unsere Redakteurinnen Ricarda Bauch und Maria Reimer haben diesen Schwerpunkt gemeinsam betreut.

Mit Ausgabe 62 wurde innerhalb der Rubrik »Über Transparency« eine neue Abteilung eingeführt: »Junge Aktive im Porträt«. Hier stellen sich junge Vereinsmitglieder in Wort und Bild vor und erklären, was sie motiviert, sich für Transparency Deutschland zu engagieren. Schnell hat sich das Novum zu einer festen Einrichtung entwickelt, für die es eine Reihe Aspiranten gibt.

Im Mai erschien der Scheinwerfer 63, wiederum zu einem spannenden Thema: »Psychologische Aspekte von Korruption«. Hier lag die Verantwortung gemeinsam bei unserer Redakteurin Anke Martiny, die im Vorstand von Transparency für die Belange des Scheinwerfer zuständig ist, und Jamie-Lee Campbell, die Gründerin des Netzwerkes KorrWiss, der an dieser Stelle für ihr redaktionelles Engagement noch einmal herzlich gedankt sei. Ein Highlight in diesem Heft war ein Interview mit Uwe Dolata, als Kriminalhauptkommissar und Fachmann für Wirtschaftskriminalität vielseitig im Kampf gegen Korruption engagiert.

Nach einigen Jahren wird es Zeit, frühere Schwerpunkte erneut aufzugreifen. Das war beim Thema »Medien« der Fall, dem Schwerpunkt von Ausgabe 64, die im August erschien. Investigativer Journalismus in Deutschland, Manipulationsversuche bei Wikipedia, Journalisten, die Gefallen an Gefälligkeiten finden, Transparenz bei öffentlich-rechtlichen Sendern – die Redakteure Anja Schöne und Robert Fröhlich, die für diesen Schwerpunkt die Verantwortung trugen, konnten hier eine Palette wichtiger Fragen und interessanter Autoren aufbieten.

Das vierte und letzte Heft 2014 war der Scheinwerfer 65, der schwerpunktmäßig das Thema »Sicherheit und Frieden« behandelte. Tobias Hecht, Referent in der Geschäftsstelle und



# Scheinwerfer

Deutschland e.V.  
Die Koalition gegen Korruption.

Themenswerpunkt: Sicherheit und Frieden

Themenswerpunkt: Transparenz und Macht



Korruption hemmt die Hilfe von humanitärer Hilfe bei Friedensmissionen. Zugleich ist Korruption eine unterschätzte Ursache von Krisen und gemeinsamen Auseinandersetzungen.

Der chinesische Journalist Luo Changqing und der angolanische Menschenrechtsaktivist und Journalist Rafael Marques de Morais wurden mit dem Integrity Award 2013 ausgezeichnet. Changqing hatte auf seinem persönlichen Blog den Namen eines korrupten Beamten veröffentlicht, der daraufhin aus der Partei ausgeschlossen wurde und seine öffentlichen Ämter verlor. „Das Internet kann Wissensmonopole aufbrechen“, so Changqing.



Mai 2014 | 63  
19. Jahrgang

# Scheinwerfer

Themenswerpunkt: Psychologische Aspekte von Korruption

Hans-Christian Ströbele: Für eine bessere Kontrolle der Geheimdienste

Sonja Grollig: Anspruch und Wirklichkeit: Das Verhältnis der katholischen Kirche zur Macht

„Alles in Einem: Ein Balz Korrupt“



# Scheinwerfer

Themenswerpunkt: Medien

TRANSPARENCY INTERNATIONAL  
Deutschland e.V.  
Koalition gegen Korruption.

Wenn es darum geht, Korruption und Intransparenz aufzudecken und anzuzweifeln...

Journalisten in der Wandelnde ruft angesehen.

Februar 2014 | 62  
19. Jahrgang



# Schein

Redakteurin Dorthe Siegmund haben sich dieses komplexen Themas als Verantwortliche angenommen. Am Beispiel Nigerias zeigte Gastautor Stefan Plenk hier die Bedrohung der menschlichen Sicherheit auf. Tobias Bock, stellvertretender Direktor des Sicherheits- und Verteidigungsprogramms von Transparency Großbritannien, und Projektmitarbeiterin Emily Knowles erläuterten im Interview, wie das Programm vor zehn Jahren entwickelt wurde und wie die Arbeit funktioniert.

Beim alljährlichen Treffen plante das Redaktionsteam die Schwerpunktthemen für das kommende Jahr. Diesmal fand das Treffen der elf

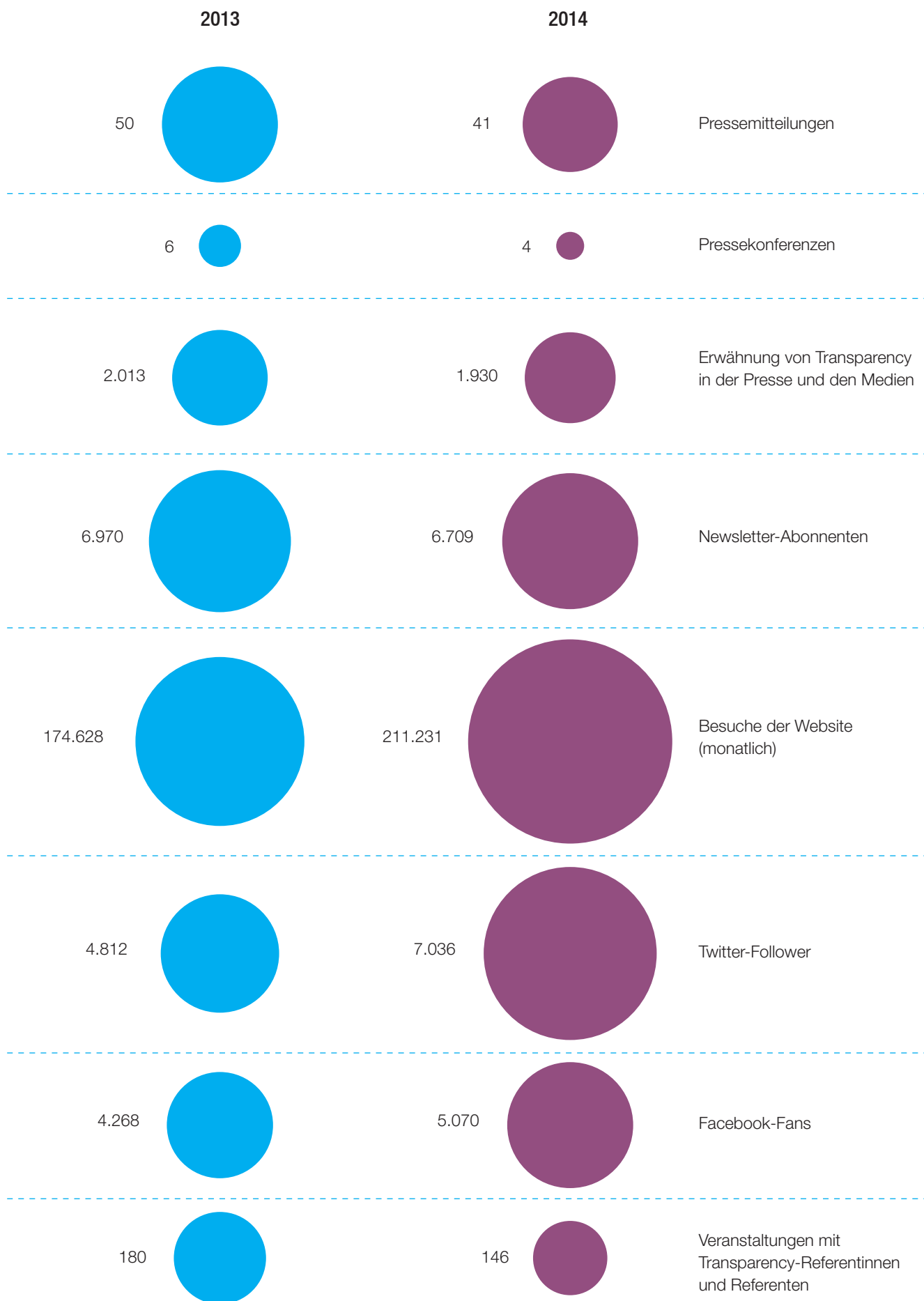
Teilnehmer im Dominikanerkonvent in Leipzig statt. In der Ruhe des Konvents fanden die Redaktionsmitglieder Muße, um kritisch auf die Arbeit des vergangenen Jahres zurückzuschauen – Verbesserungsmöglichkeiten gibt es immer. Darin war sich das Team einig und will weiter daran arbeiten, die Scheinwerferartikel künftig noch besser lesbar zu machen und auch optisch interessant zu gestalten.

Bei aller Abgeschlossenheit – wie sehr das Umfeld des Treffens auch den Redaktionsalltag widerspiegelt, wurde am Abend deutlich: Wegen eines abrupt einsetzenden Unwetters musste der geplante Bootsausflug auf dem Karl-Heine-Kanal abgebrochen werden und die Redakteure sich an Land retten. Das erinnerte stark an die letzten Tage vor Redaktionsschluss: Wenn Beiträge noch auf den letzten Drücker angefordert werden müssen, Änderungen kurzfristig eingearbeitet werden und das Layout feingepolier werden muss, dann sind Erfindergeist, Schnelligkeit und Flexibilität gefragt.

> DAS REDAKTIONSTEAM IM SEPTEMBER 2014, VON LINKS: RICARDA BAUCH, SYLVIA SCHWAB, ANJA SCHÖNE, MARTIN LYCKO, MORITZ MANNSCHRECK, ANKE MARTINY, MARIA REIMER, CHRISTA DÜRR, LAVINIA SCHWEDERSKY, HEIKE MAYER, CHRISTIAN HUMBORG



Bei der Planung der Schwerpunktthemen für das Jahr 2015 zeigte sich einmal mehr: An Ideen mangelt es nicht. Jeder der vier Ausgaben widmet sich auch im kommenden Jahr wieder einem Schwerpunktthema. Die Themenvorschläge sind vielfältig; mehr als sieben davon wurden intensiv diskutiert und kamen in die nähere Auswahl. Die Entscheidung fiel schließlich für vier Schwerpunkte, die sowohl klassische Transparency-Themen aufgreifen – wie zum Beispiel »Auftragsvergabe« und »Handel und Weltwirtschaft« – und zugleich auf neue Themen eingehen. Deshalb entschied sich das Team für die Themen »Korruptionsbekämpfung im Netz« und den Schwerpunkt »Der Luxus der Straflosigkeit«.



## 06

FINANZEN UND  
MITGLIEDER**Erträge**

Die Einnahmen fielen im Jahr 2014 mit 411.641 € höher aus als im Vorjahr (355.011 €). Dies ist vor allem auf die Einnahmen aus den beiden von der EU-Kommission geförderten Projekte »Staying on side: How to stop match fixing« und »Lifting the lid on lobbying: Taking secrecy out of politics in Europe« sowie auf die Einnahmen aus dem von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekt »The Corruption Threat to the Stability and Security of Fragile States – Towards a Better International Response« zurückzuführen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Einnahmepositionen erläutert. Die Beträge der einzelnen Einnahmepositionen können der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden.

**Mitgliedsbeiträge**

Die Mitgliedsbeiträge von Einzelmitgliedern stiegen auf 88.188 € (Vorjahr 87.040 €) und die Mitgliedsbeiträge der korporativen Mitglieder auf 114.900 € (Vorjahr 110.900 €). Die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH wurde 2014 als korporatives Mitglied neu in den Verein aufgenommen.

**Spenden**

Erfreulicherweise sind die Spendeneinnahmen gegenüber dem Vorjahr (40.331 €) auf 46.147 € angestiegen. Sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen und Körperschaften spendeten mehr an Transparency Deutschland.

**Förderbeiträge**

Demgegenüber gab es bei den Förderbeiträgen (regelmäßige Spenden) leider einen Rückgang auf 55.925 € (Vorjahr 58.667 €).

**Geldauflagen**

Die Zuweisungen von Geldauflagen von Gerichten und Staatsanwaltschaften lagen mit 25.900 € höher als im Vorjahr (20.475 €).

**Honorare**

Die Einnahmen aus Honoraren lagen im Jahr 2014 bei 7.393 € und sind damit im Vorjahresvergleich (15.016 €) zwar zurückgegangen, liegen aber im Durchschnitt der letzten Jahre. Im Jahr 2013 war dieser Posten aufgrund einer Honorarzahlung in Höhe von 6.000 € außergewöhnlich hoch ausgefallen.

Honorare an den Verein werden gezahlt, wenn Mitglieder von Transparency Deutschland auf Veranstaltungen oder Tagungen Vorträge gehalten haben. Allen ehrenamtlich arbeitenden Referentinnen und Referenten sei herzlich für ihr Engagement gedankt.

**Zinserträge und –aufwendungen**

Diese Einnahmeposition ist mit 380 € geringer ausgefallen als im Jahr 2013 (811 €). Der Verein hat 2014 interimswise die Treuhandschaft des Stiftungsvermögens der Transparency Deutschland Stiftung übernommen. Die hieraus entstandenen Zinserträge in Höhe von 38 € werden im Jahr 2015 an die Stiftung abgeführt.

**Projektmittel**

Die Einnahmen aus den oben genannten Projekten werden auf Empfehlung der Wirtschaftsprüferin im Jahr 2014 separat aufgelistet. Sie waren 2013 in der Position »Sonstige betriebliche Erträge« enthalten und stammen von der EU-Kommission und der Robert Bosch Stiftung.





### Aufwand

Die Ausgaben sind mit 428.528 € höher ausgefallen als im Vorjahr (393.367 €). Die größte Ausgabenposition ist auch weiterhin der Personalaufwand, dessen Höhe im Vergleich zum Vorjahr (216.143 €) mit 221.422 € geringfügig angestiegen ist. Personalausgaben fallen in der Geschäftsstelle für die Geschäftsführerin, vier Mitarbeitende, einen Netzwerkadministrator und zwei Praktikanten an.

Die Mitglieder des Vorstands und des Beirats sowie die Leiterinnen und Leiter der Arbeits- und Regionalgruppen sind ehrenamtlich tätig und erhalten vom Verein keine Bezüge.

Die Reise- und Veranstaltungskosten stiegen an auf 81.383 € (Vorjahr 78.717 €). Der überwiegende Anteil der Reise- und Veranstaltungskosten entstand durch das Führungskreistreffen in Erfurt, die Mitgliederversammlung in Köln, die Vorstandssitzungen und die von der EU-Kommission und von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekte. Die Kosten für Bürobedarf, Kommunikation und Literatur sanken geringfügig auf 46.603 € (Vorjahr 48.042 €).

Die sonstigen Kosten beinhalten unter anderem Nebenkosten des Geldverkehrs, Kosten für die externe Lohnbuchhaltung, Spenden des Vereins und Abschreibungen.

### Rücklagen

Zum 31. Dezember 2014 wurde die Betriebsmittelrücklage in Höhe von 83.058 € aufgelöst. Mit Vorstandsbeschluss vom 27. Februar 2015 wurde eine neue Betriebsmittelrücklage in Höhe von 66.459 € gebildet.

### Ergebnis

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen entsteht ein Jahresergebnis von -16.599 € (Vorjahr -37.545 €). Nach Entnahmen aus der Rücklage und Bildung der selbigen verbleibt ein Bilanzergebnis von null (Vorjahr null €).

### Prüfung

Transparency Deutschland lässt seine Vereinsfinanzen freiwillig prüfen. Die Prüfung erfolgte durch die Wirtschaftsprüferin Dipl.-Kffr. (FH) Martina Schmidt, Berlin und wurde im Februar 2015 durchgeführt.

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Demnach wurde die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen und die Prüfung hat insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt.

BILD: PAULINE/PIXELIO.DE



## Gewinn- und Verlustrechnung

Beträge auf volle Euro gerundet, 1.1.2014 bis 31.12.2014 bzw. 1.1.2013 bis 31.12.2013

ERTRÄGE		2014	2013
<b>1.</b>	<b>Mitgliedsbeiträge und Spenden</b>	<b>305.160</b>	<b>296.938</b>
	Mitgliedsbeiträge Einzelmitglieder	88.188	87.040
	Mitgliedsbeiträge korporative Mitglieder	114.900	110.900
	Förderbeiträge Unternehmen und Körperschaften	3.550	3.550
	Förderbeiträge Einzelpersonen	52.375	55.117
	Spenden Einzelmitglieder	8.615	7.981
	Spenden korporative Mitglieder	500	40
	Spenden Einzelpersonen Nichtmitglieder	32.179	31.127
	Spenden Unternehmen und Körperschaften Nichtmitglieder	4.853	1.183
<b>2.</b>	<b>Bußgelder</b>	<b>25.900</b>	<b>20.475</b>
<b>3.</b>	<b>Erlöse aus Veranstaltungen und Vorträgen</b>	<b>12.673</b>	<b>21.059</b>
	Honorare (erhalten)	7.393,39	15.016
	Veranstaltungseinnahmen	1.470	2.140
	Reisekostenerstattungen	3.810	3.903
	<b>Projektmittel</b>	<b>62.763</b>	<b>-</b>
	Projekteinnahme Sport	5.636	-
	Projekteinnahme Lobbyismus	18.814	-
	Projekteinnahme Robert Bosch Stiftung	38.313	-
<b>4.</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>5.145</b>	<b>16.539</b>
	Summe Erträge	411.641	355.011
AUFWAND		2014	2013
<b>5.</b>	<b>Personalaufwand</b>	<b>-221.422</b>	<b>-216.143</b>
	Löhne/Gehälter	-180.665	-175.105
	Sozialaufwand	-40.757	-41.039
<b>6.</b>	<b>Abschreibungen</b>	<b>-1.837</b>	<b>-1.640</b>
<b>7.</b>	<b>sonstiger betrieblicher Aufwand</b>	<b>-205.324</b>	<b>-175.584</b>
	Reisekosten	-52.163	-45.554
	Bürobedarf, Kommunikation, Literatur	-46.603	-48.042
	Honorare (gezahlt)	-36.633	-298
	Veranstaltungskosten/Mieten Veranstaltungen	-29.220	-33.164
	Raumkosten	-20.623	-20.971
	Sonstige Aufwendungen	-7.723	-9.779
	Buchführungs-/Prüfungskosten	-7.603	-7.832
	Beiträge und Versicherungen	-1.887	-1.571
	Werbe- und Repräsentationskosten	-1.739	-2.311
	Rechts- und Beratungskosten	-623	-4.025
	Instandhaltung/Anschaffungen	-510	-2.037
	Summe Aufwand	-428.583	-393.367
<b>8.</b>	<b>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>380</b>	<b>811</b>
	Zinsaufwand Treuhandvermögen	-38	-
	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-16.600</b>	<b>-37.545</b>

**Bilanz**

Beträge auf volle Euro gerundet, zum 31.12.2014 mit den Vergleichszahlen zum 31.12.2013

AKTIVA	2014	2013
<b>A Anlagevermögen</b>		
I. Sachanlagen	3.620	4.555
<b>B Umlaufvermögen</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände <sup>2</sup>	5.773	5.262
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	357.183	430.230
<b>C Treuhandvermögen</b>	37.590	-
Summe Aktiva	404.166	440.047

PASSIVA	2014	2013
<b>A Eigenkapital</b>		
I. Rücklagen		
1. Betriebsmittlrücklage	66.459	83.058
2. freie Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO	257.324	257.324
II. Bilanzgewinn	0	0
<b>B. Rückstellungen</b>		
Sonstige Rückstellungen	11.920	13.011
<b>C Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <sup>3</sup>	9.988	2.305
2. Sonstige Verbindlichkeiten <sup>4</sup>	20.885	84.349
<b>D Treuhandvermögen</b>	37.590	-
Summe Passiva	404.166	440.047

<sup>1</sup>Die Projektmittel werden auf Empfehlung der Wirtschaftsprüferin ab 2014 gesondert ausgewiesen.

Im Jahr 2013 wurden die Projektmittel unter »Sonstige betriebliche Erträge« gebucht.

<sup>2</sup>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 2.040,38 (Vorjahr: Euro 1.876,66)<sup>3</sup>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.304,66 (Vorjahr Euro 10.389,08)<sup>4</sup>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 84.348,57 (Vorjahr: Euro 4.429,51)

## Mitglieder und Förderer

Im Jahr 2014 konnten 120 neue Mitglieder begrüßt werden (Vorjahr: 118). 69 Mitglieder beendeten im Laufe des Jahres ihre Mitgliedschaft (Vorjahr: 68) und 12 wurden von der Mitgliederliste gestrichen. Die Gesamtzahl der Mitglieder zum 1. Januar 2015 lag damit bei 1.193 Einzelmitgliedern (zum 1. Januar 2014: 1.154). Das entspricht einem Nettozuwachs von 39 Einzelmitgliedern (Vorjahr: 35).

Die Anzahl der korporativen Mitglieder sank auf 43 (Vorjahr 45). Darunter befinden sich fünf

Mitglieder auf Gegenseitigkeit. Die Gesamtzahl der Mitglieder zum 1. Januar 2015 lag damit bei 1.236.

Die Anzahl der Personen, die Transparency Deutschland durch eine regelmäßige Spende unterstützen, ist erneut angestiegen. Zum Jahresende waren 340 Förderinnen und Förderer zu verzeichnen (Vorjahr: 307). 84 Förderinnen und Förderer sind gleichzeitig Mitglieder, die zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag einen regelmäßigen Betrag spenden.



»ICH BIN TRANSPARENCY DEUTSCHLAND BEIGETRETEN, DA ICH EINE PLATTFORM GESUCHT HABE, UM MICH ZU THEMEN WIE GELDWÄSCHE, KORRUPTION UND FINANZKRIMINALITÄT AUSZUTAUSCHEN UND WEGE ZU FINDEN, MICH MIT KONKRETEN MASSNAHMEN ZU ENGAGIEREN. KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG IST EIN OFT VERNACHLÄSSIGTES THEMA, DA ES SEHR KOMPLEX UND ABSTRAKT WIRKT. UMSO WICHTIGER IST HIERBEI DER BEITRAG VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND.«

Marina Popzov, Mitglied,  
Compliance Officer aus Mainz

## Mitgliederentwicklung im Jahresvergleich

Anzahl der Mitglieder zum 1. Januar

 Korporative Mitglieder     Individuelle Mitglieder

2014



2013



2012



2011



2010



2009



59

## Einnahmen über 1.000 Euro

## EINZELPERSONEN

Hans-Jörg Bantleon	5.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Robert Demohn	1.500 €	Spende
Thomas Diehl	1.000 €	Spende
Clemens Eckes	2.480 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Thomas Ehlert	1.001 €	Spende
Leo Englert	1.000 €	Spende
Dr. Georg Fischer	2.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Winfried Gaußelmann	2.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Lieselotte Hartmann	2.000 €	Spende
Dr. Gabriel Meinhardt	1.000 €	Spende
Dr. Stefan Michallik	1.200 €	Spende
Raymund Münster	3.000 €	Spende
Klaus Wiegand	1.000 €	Spende
Dr. Inga und Winfried Zacher	1.000 €	Spende

## UNTERNEHMEN, ORGANISATIONEN, KOMMUNEN

ABB AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
AGEG Consultants eG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Allianz SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
BASF SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Bundesagentur für Arbeit	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Bundesstadt Bonn	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Business Keeper AG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Camp Adventure e.K.	1.013 €	Spende
Commerzbank AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Control Risks Deutschland GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Daimler AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	5.500 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Deutsche Bahn AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2.800 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Lufthansa AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
digital spirit GmbH	1.000 €	Spende
Fraport AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
GFA Consulting Group GmbH	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
HELIOS Kliniken GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
HOCHTIEF AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Innenministerium Schleswig-Holstein	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
KfW Bankengruppe	2.750 €	Mitgliedsbeitrag und Spende



KUGLER MAAG CIE GMBH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Landeshauptstadt Potsdam	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
MAN SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Michael Koch GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Pfalzkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie AdöR	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Regionale Kliniken Holding RKH GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Robert Bosch GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
SAP Deutschland AG & Co. KG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Halle (Saale)	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Hilden	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Leipzig	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadtwerke Bonn GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag

Namen der Personen, Organisationen, Unternehmen oder Kommunen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2014 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen und Vortragshonoraren zugewendet haben. Für Ihre Unterstützung sei gedankt.

## Korporative Mitglieder

### KORPORATIVE MITGLIEDER

AGEG Consultants eG, Kirchheim unter Teck  
akzente Kommunikation und Beratung GmbH, München  
Allianz SE, München  
BASF SE, Ludwigshafen  
Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg  
Bundesstadt Bonn  
Business Keeper AG, Berlin  
Commerzbank AG, Frankfurt am Main  
Control Risks Deutschland GmbH, Berlin  
Daimler AG, Stuttgart  
Deutsche Bahn AG, Berlin  
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn  
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH, Köln  
Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt am Main  
Dr. Buchert & Partner Rechtsanwälte, Frankfurt am Main  
Fraport AG, Frankfurt am Main  
GFA Consulting Group GmbH, Hamburg  
GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH, Bad Homburg  
HELIOS Kliniken GmbH, Berlin  
HOCHTIEF AG, Essen  
Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel  
KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main  
KUGLER MAAG CIE GmbH, Kornwestheim  
Landeshauptstadt Potsdam  
MAN SE, München  
Michael Koch GmbH, Ubstadt-Weiher  
OCHSENFELD + COLL Rechtsanwälte, Hildesheim  
Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdÖR, Klingenmünster  
PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main  
Regionale Kliniken Holding RKH GmbH, Ludwigsburg  
Robert Bosch GmbH, Stuttgart  
SAP AG, Walldorf  
Stadt Halle (Saale)  
Stadt Hilden  
Stadt Leipzig  
Stadtwerke Bonn GmbH, Bonn  
Stiftung Evolutionsfond Apfelbaum, Köln  
Wirtschaftsgilde e.V., Weinheim

**KORPORATIVE MITGLIEDER AUF GEGENSEITIGKEIT**

Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V. (dnwe), Zittau

European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN), Brüssel

Global Cooperation Council (Nord Süd Forum) e.V., Bonn

ICC Deutschland e.V., Berlin

Nord-Süd-Forum München e.V., München

## 07

## ORGANISATION

Stand: 31. Dezember 2014

**Vorstand**

Prof. Dr. Edda Müller (Vorsitzende)	Honorarprofessorin, Ministerin a. D., Berlin
Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten (Stellvertretender Vorsitzender)	Rechtsanwalt, Berlin
Dr. Hedda von Wedel (Stellvertretende Vorsitzende)	Staatssekretärin a. D., Präsidentin des Bundesrechnungshofes a. D., Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a. D., Andernach
Peter Conze	Lehrbeauftragter, ehem. Afrika-Direktor der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin
Gabriele C. Klug	Stadtkämmerin der Stadt Köln, Leitende Ministerialrätin a. D., Köln
Dr. Christian Lantermann	Rechtsanwalt, Certified Fraud Manager, Köln
Dr. Anke Martiny	Senatorin a. D., Publizistin, Berlin
Dr. Andreas Novak	Berater von Unternehmen im Bereich Kultur, Personal und Führung, Berlin
Dr. Gisela Rüß	Leiterin Ministerialbüro a.D., Berlin
Marion Stein	Rechtsanwältin und Mediatorin, Unternehmensjuristin, Hürth
Caspar von Hauenschild	Berater von Unternehmen, München
Dr. Wolfgang Wodarg	Arzt, Bundestagsabgeordneter a. D., Berlin

**Beirat**

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	Bundesministerin der Justiz a.D., Berlin
Prof. Dr. Hans Fleisch	Generalsekretär beim Bundesverband Deutscher Stiftungen, Berlin
Cornelia Füllkrug-Weitzel	Vizepräsidentin des Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, Berlin
Dr. Lutz Hachmeister	Gründungsdirektor Institut für Medien- und Kommunikationspolitik, Berlin
PD Dr. Ansgar Klein	Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Prof. Dr. Philipp Manow	Professor an der Technischen Universität Bremen, Bremen
Dr. Günter Metzges	Vorstandsmitglied und Mitbegründer von Campact e.V., Berlin
Volker Monnerjahn	Präsident des DJK Sportverbandes, Oberwesel
Ramona Pisal	Präsidentin des Deutschen Juristinnenbund (djb), Berlin
Pavel Richter	Freier Berater, Berlin
Barbara Rinke	Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen, Nordhausen
Peter Rohland	Vorstand des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Karenina Schröder	Projektleiterin des Berlin Civil Society Center, Berlin
Thomas Schröder	Präsident des Deutschen Tierschutzbund, Bonn

Prof. Dr. Hubert Weiger	Vorsitzender des BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Berlin
Hugh Williamson	Direktor der Europa- und Zentralasien-Abteilung von Human Rights Watch, Berlin

### Ethikbeauftragter

Dr. Peter Hammacher	Rechtsanwalt und Mediator, Heidelberg
---------------------	---------------------------------------

### Arbeitsgruppenleiter/-innen

Ricarda Bauch	Politische Bildung
Dr. Helmut Brocke	Kommunen
Stefan Calvi	Finanzmarkt
Dr. Rainer Frank	Hinweisgeber
Sieglinde Gauer-Lietz	Staatliche Entwicklungszusammenarbeit
Norbert Graf Stillfried	Wirtschaft
Sonja Grolig	Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit
Friedrich Hauernt	Transparenz in der Zivilgesellschaft
Christian Heuking	Vergabe
Reiner Hüper	Strafrecht
Dieter Hüsgen	Informationsfreiheit
Prof. Dr. Wolfgang Jäckle	Politik
Janina Kalle	Transparenz in den Medien
Dr. Heike Mayer	Informationsfreiheit
Dr. Angela Reitmaier	Internationale Vereinbarungen
Dr. Gisela Rüß	Bundes- und Landesverwaltung
Sylvia Schenk	Sport
Dr. Kirsten Schubert	Integritätspakt
Prof. Dr. Günter-Ulrich Tolkiehn	Wissenschaft
Dr. Wolfgang Wodarg	Gesundheitswesen

### Regionalgruppenleiter/-innen

Wolfgang Frauenkron	Regionalgruppe Bremen
Dr. Michael Heisel	Regionalgruppe München
Lothar Hermes	Regionalgruppe Sachsen
Dr. Jan Tibor Lelley	Regionalgruppe Ruhrgebiet-Westfalen
Jan Lemanski	Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt
Marion Nobbe	Regionalgruppe Metropolregion Nürnberg
Helena Peltonen-Gassmann	Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein
Nicole Perez	Regionalgruppe Baden-Württemberg
Andreas Riegel	Regionalgruppe Rheinland
Dennis Schwarz	Regionalgruppe Niedersachsen
Joachim Walther	Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main
Dr. Astrid Wokalek	Regionalgruppe Berlin/Brandenburg



## Gremienvertretungen von Mitgliedern als Repräsentanten der Organisation

Allianz für Integrität Steering Group (Dr. Andreas Novak)  
 Arbeitsgruppe Good Governance des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) (Sylvia Schenk/Dirk Seeburg)  
 Beirat beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (Dr. Heike Mayer)  
 Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V. (DGIF) (Dieter Hüsgen)  
 Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN) (Helena Peltonen-Gassmann)  
 European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN) (Dr. Wolfgang Wodarg)  
 Expert Group Good Governance der EU (Sylvia Schenk)  
 Kuratorium des Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V.(dnwe) (Caspar von Hauenschild)  
 Lenkungskreis des CSR-Forums der Bundesregierung (Prof. Dr. Edda Müller)  
 Netzwerk Steuergerechtigkeit (Caspar von Hauenschild)  
 Netzwerk für Unternehmensverantwortung Corporate Accountability (CorA) (Paul Hell)  
 OECD Watch (Shirley van Buijen)  
 UNCAC Coalition (Dr. Sebastian Wolf)

## Sitzungen

Vorstandssitzung in Hannover	25.01.2014
Treffen des Führungskreises in Erfurt	07. bis 09.03.2014
Vorstandssitzung in Erfurt	09.03.2014
Vorstandssitzung in Berlin	05.04.2014
Beiratssitzung in Berlin	09.04.2014
Vorstandssitzung in Köln	13.06.2014
Mitgliederversammlung in Köln	14.06.2014
Vorstandssitzung in Berlin	14.10.2014

## Geschäftsstelle

### Team

- Dr. Christian Humborg  
Geschäftsführer (bis Oktober)
- Dr. Anna-Maija Mertens  
Geschäftsführerin (seit Dezember)
- Ricarda Bauch (bis Januar)
- Maria Bramer (Januar bis Juli)
- Tobias Hecht
- Sylvia Just
- Sylvia Schwab
- Lavinia Schwedersky (seit September)
- Thomas Hoffmann, Student/IT
- Lisa Radsey  
(Initiative Transparente Zivilgesellschaft)

- Marleen Berner (April bis August)
- Simon Lindörfer (seit September)
- Christoph Stiller (seit September)

> SYLVIA SCHWAB, CHRISTOPH STILLER, ANNA-MAIJA MERTENS, SIMON LINDÖRFER, SYLVIA JUST, TOBIAS HECHT



### Externe Unterstützung

- Folkard Wohlgemuth, Buchhalter

### Praktikant/innen

- Nora Niepmann (bis März)
- Ruben Rauber (bis April)
- Marieke Eckhardt  
(März bis September)

> DIE PRÄSENZBIBLIOTHEK IN DER GESCHÄFTSTELLE IN BERLIN



### Bibliothek zum Thema Korruption

Wir führen in der Geschäftsstelle eine Präsenzbibliothek, die auf das Thema »Korruption« spezialisiert ist und eine gut sortierte Auswahl an wissenschaftlicher Fachliteratur, Aufsätzen, Nachschlagewerken, Vorträgen und Fachzeitschriften rund um das Thema »Korruption und Korruptionsprävention« umfasst. Bücher zu unseren Themen werden regelmäßig von ehrenamtlichen Mitgliedern für unsere Zeitschrift »Scheinwerfer« rezensiert. So sind auch fast alle Titel, die bisher rezensiert wurden, dort zu finden.

Mit Hilfe der Suchmaske können Sie in der Bibliotheksdatenbank online nach Sammelbänden, Aufsätzen, Monographien und Vorträgen recherchieren. Wir empfehlen, die Recherche bereits vor Besuch der Geschäftsstelle vorzunehmen. Unsere Bibliotheksdatenbank, eine Übersicht der vorhandenen Literatur und weitere Hinweise zu unserer Bibliothek finden Sie auf unserer Internetseite [www.transparency.de](http://www.transparency.de) unter »Präsenzbibliothek«.

Die Präsenzbibliothek befindet sich in der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland, Alte Schönhauser Str. 44, 10119 Berlin. Sie haben die Möglichkeit, Dokumente der Bibliothek vor Ort einzusehen. Da die Bibliothek auch als Konferenzraum fungiert, können wir keine Öffnungszeiten festsetzen, sondern bitten Sie darum, mit uns per E-Mail ([office@transparency.de](mailto:office@transparency.de)) oder telefonisch unter 030- 54 98 98 0 einen Termin zu vereinbaren.



BILD: ELSA KEMPPAINEN

## Korruptionsprävention braucht Ihre Unterstützung!

Die Mitglieder von Transparency Deutschland engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für die Bekämpfung von Korruption in Deutschland. Sie bringen Ihr Fachwissen, Ihre Zeit und auch finanzielle Ressourcen ein. In thematischen Arbeitsgruppen setzen Sie sich gegen Korruption im Gesundheitswesen, der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung ein. In Regionalgruppen machen Sie sich für Transparenz vor Ort stark. Mit Hilfe von Vorträgen, öffentlichen Diskussionen, Stellungnahmen in der Presse, Vertretungen bei Gesetzesanhörungen oder durch Publikationen leisten die ehrenamtlichen Mitglieder von Transparency Deutschland den wesentlichen Teil unserer Arbeit und stoßen dabei oft auf Widerstände. Um weiterhin so erfolgreich arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf Ihre Unterstützung angewiesen.

So können Sie aktiv werden:

### Förderbeitrag:

Regelmäßige Förderbeiträge geben uns hohe Planungssicherheit und stärken unsere Unabhängigkeit. Wir informieren Sie regelmäßig über unsere Arbeit.

### Spende:

Einzelne Spenden ermöglichen es uns, Projekte durchzuführen, die sonst nicht möglich wären.

[Spendenkonto: Transparency International Deutschland e.V.](#)  
[Konto-Nr. 11 46 00 37 00 bei der GLS Bank \(BLZ 430 609 67\)](#)  
[IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00](#)  
[BIC: GENO DE M 1 GLS](#)

### Mitglied:

Als Mitglied bringen Sie sich aktiv ein, zum Beispiel in einer unserer Regionalgruppen oder für Schwerpunktthemen wie Wirtschaft, Politik, Sport und Gesundheitswesen.

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Webseite [www.transparency.de](http://www.transparency.de) unter dem Menüpunkt »Mitmachen«.


Wir bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern, Förderinnen und Förderern und natürlich bei unseren Mitgliedern, die die Bekämpfung der Korruption finanziell unterstützt haben!

Dr. Anna-Maija Mertens, Geschäftsführerin

## Impressum

Transparency International Deutschland e.V.  
Alte Schönhauser Straße 44  
10119 Berlin

**Telefon** 030-549898-0  
**Fax** 030-549898-22  
**E-Mail** [office@transparency.de](mailto:office@transparency.de)  
**Web** [www.transparency.de](http://www.transparency.de)

 [www.facebook.com/TransparencyDeutschland](http://www.facebook.com/TransparencyDeutschland)  
 [@transparency\\_de](https://twitter.com/transparency_de)

Innenteil und Bilder -  
soweit nicht anders angegeben:  
Transparency International Deutschland e.V.

Wir danken den Autorinnen und Autoren für  
ihre Beiträge zu diesem Jahresbericht.

Redaktion:  
Sylvia Schwab

Redaktionsschluss:  
Februar 2014

Gestaltung:

Friendship Berlin  
Nachhaltige Gestaltung und Kommunikation  
[www.friendshipberlin.de](http://www.friendshipberlin.de)

ISBN: 978-3-944827-13-1

Klimaneutral gedruckt  
auf 100 % Recyclingpapier

Die von Transparency Deutschland genutzte Lizenz  
CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung  
und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn  
der Name der Autorin/des Autors genannt wird,  
wenn die Verwendung nicht für kommerzielle Zwecke  
erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung  
oder Veränderung erfolgt.

